
Nr. 33 / 1 - 1988 3,- DM
AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
"WENN WIR ERST MAL RICHTIG LOSLEGEN SIND DIE AUTONOMEN AUS DER HAFENSTRAßE ARME WEISENKINDER GEGEN UNS"
(Zit. Stahlarbeiter Rheinhausen)
STARTBAHN UND REPRESSION
BUNDESWEHR RUHRGEBIET
AUFLÖSUNG DES KAPITALS
Bibliothek des



REDAKTIONEN:

AKTION und Regionalredaktion Frankfurt:
(Einschreiben, Pakete o.ä.:
z.Hd. G. Neumann)
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen: dienstags ab 19 Uhr im LZ

Regionalredaktion Göttingen:
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

Regionalredaktion Rhein-Ruhr:
c/o Libertäres Zentrum
Essensberger Sr. 100
4130 Moers

Regionalredaktion Darmstadt:
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
Frankfurter Str. 70
6100 Darmstadt

VisdP: G. Neumann

Konto:
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit der Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Business-Glas ist unser Standard

EDITORIAL

REDAKTIONSSCHLUSS: 14.3.1988

Im Schweiße unseres Angesichts haben wir unter Einsatz von Leib und Leben an der Medienfront eine weitere Ausgabe der AKTION trotz der mehr als beschissenen Zahlungsmoral unserer Wiederverkäufer herausgebracht. Es stinkt uns, daß wir bis heute immer noch hinter mancher Kohle vom Frühjahr letzten Jahres hinterherlaufen und Mahnungen in der siebten Ausfertigung versenden müssen. Über 5.000 DM an Außenständen! Wir staunen selbst, wie das die AKTION bis jetzt aushalten konnte. Also: reißt euch zusammen und zahlt, verdammt noch mal! Nichts desto trotz suchen wir weiter nach WiederverkäuferInnen (es gibt 30% WiederverkäuferInnen-Rabatt!).

Regionalteile:

Die Mitarbeit von Gruppen und Einzelnen aus verschiedenen Städten entwickelt sich gut. Ob in Hamburg, Darmstadt oder Moers - überall wird, hoffentlich, heftigst gebaggert, um die AKTION zu einer gefährlichen politischen Waffe zu machen. Es gibt weitere Anfragen. Diesmal drucken wir einen Beitrag der Regionalredaktion Bielefeld ab, z. B., und auch in Wilhelmshafen wird an eine Mitarbeit gedacht. Das Angebot für weitere Regionalteile besteht nach wie vor, d. h. ihr liefert maximal 4 Seiten und nehmt dafür mindestens 100 Zeitungen zum Wiederverkauf ab. Interesse? Dann schreibt uns!

Inhaltliches:

Die Schwerpunkte der Nummer sind Militarismus (vier Beiträge), Ökonomie, Weltsozialkonfliktualität, Börsencrash, militanter ArbeiterInnen-Widerstand, Rheinhausen und kapitalistischer Zusammenbruch, Startbahn, mit Berichten und Erklärungen. Abschied vom Metropolenmagazin Pflasterstrand, ein Gespräch mit anarchistischen Verlegern und noch ein paar Artikel vervollständigen die Ausgabe. Der Internationalismusteil fällt leider wieder sehr dünn aus. Wir fordern euch auf, uns verstärkt Materialien zu den Kämpfen in anderen Ländern zuzusenden, seien es eigene Artikel, Flugblätter, Infos oder Übersetzungen aus anderssprachigen anarchistischen Zeitungen.

Repression:

Die Schikanen des Staatsapparates plagen uns zunehmend. Z. B. wurde die letzte Ausgabe, Nr. 32, bei sämtlichen Startbahngefangenen des 02.11. unter fadenscheinigen Begründungen vom BGH beschlagnahmt und "zur Habe genommen". Diese staatlichen Willkürmaßnahmen lassen wir uns nicht gefallen. Wir fordern die Einhaltung des Rechts auf freie Information für alle Gefangenen! Freiheit für Rainer, Andreas und Andi!

Und wer es noch nicht weiß: Wir vergeben immer noch kostenlose Frei Abos an Leute, die im Knast sitzen!

INHALT



KEINE AUSSAGEN!

BLEIBEN DIE AUSSAGEN DÜRR, WÄCHST TIETZES MAGENGESCHWÜR!

In den letzten Wochen mussten sich einige Herren der Soko 18 West, die Herren Tietze, Brandt und Bolz vermehrt beklagen, daß sich das Aussagenkarusell nicht mehr weiter drehen würde. Anscheinend hatte unsere Aussageverweigerungskampagne Erfolg, wenn auch leider etwas spät (für manche sogar zu spät); andererseits läßt der anfängliche Druck durch die Mordereignisse vom 2.11. nach, den die Bullen bewußt dazu benutzt haben scheinbar "weniger gewichtige" Aussagen zu erpressen wie z.B. zu Strommasten und Strukturen.
In diesem Zusammenhang fuhren sie abgehörte Telefongespräche auf, die über Wanzen und Richtmikrophone sowohl im Wald und in Wohnungen und durch Telephonüberwachung aufgenommen, den Beschuldigten vorgehalten wurden. Dieses Material an aufgezeichneten Gesprächen stammt aus der Zeit vor dem 2.11.87. Mehrmals "begleiteten" Richtmikrophone mehrere, bestimmte Personen, die schon länger in Verdacht standen, an Strommastaktionen beteiligt gewesen zu sein. Ein beschlagnahmtes Auto wurde verwanzt zurückgegeben.
Angesichts des Gefühls, daß die Bullen bereits alles wissen, brachen einige zusammen, ohne im Hinterkopf zu haben, daß dieses Material rechtlich nicht verwertbar ist.

Bezeichnenderweise taucht nicht dieses vorgehaltene Material in den Protokollen auf, sondern nur die dadurch erpressten Geständnisse!
Bisher konnten sie konkrete Aussagen im wesentlichen zu den Strommasten in Hasselroth und Offenthal erpressen, aber es gibt Ermittlungen und diffuse Aussagen darüber hinaus zu:
- dem 100. Spaziergang (1.4.84 umgezogener halbfertiger Mast)
- Anschlag auf die Dresdner Bank (Kirchentag 1987; Bergerstraße Ffm)
- die Wahlurne in Mörfelden-Walldorf (Frühjahr 1987)

Zu diesen Aktionen sind in den letzten Wochen, besonders gegenüber "ausgemachten Schwachstellen" der Bewegung (Personen, die schon Aussagen gemacht haben), immer wieder Fragen gekommen, wurden Bilder vorgelegt,... und es existieren darüber Aussagen.
Auch wenn die Bullen definitiv bisher nichts in der Hand haben, außer Spuren und konstruierte Ermittlungsergebnissen, werden sie versuchen, den Hebel in Form von Aussageerpressungen (Vorladung, vorübergehende Festnahme), Einschüchterungen, Hausdurchsuchungen... in der Bewegung anzusetzen.
Bezogen auf die erste und zweite Verhaftungswelle haben wir nur reagieren können, da wir überrascht wurden.
Um diffuse Angst und Paranoia zu vermeiden, anzugehen und offensiv mit den Einschüchterungsversuchen umzugehen, müssen wir uns alle mit der Möglichkeit auseinandersetzen, daß es zu weiteren Verhaftungen z.B. im Zusammenhang mit den genannten Aktionen kommen kann. Deshalb ist es wichtig, gemeinsame Handlungsebenen zu finden; den z.T. haben die Bullen schon auf kleinere Aktionen empfindlich reagiert - siehe:
- Flugblattaktion auf der Leipziger Straße in Ffm
- Unsere Begleitung zu einer Vorladung beim LKA Wiesbaden

DESHALB:
- Verhalten vorher gemeinsam überlegen
- Keine Vorladungen in aller Stille, wir kommen mit!
- Flugblätter an die Nachbarn
- Aktionen am und zum Knast

Was klar sein muß: Hätte seit dem 2.11. bisher niemand ausgesagt, ständen die Bullen bis jetzt noch im Wald!
Das Heißt für kommende Vorladungen und Verhaftungen:
An Arthur denken - Den Bullen nichts schenken, Weihnachten ist vorbei

KEINE AUSSAGEN - KEINE UNTERSCHRIFTEN!

Flugie aus Ffm, Anfang Januar

Vorläufige politische Einschätzung

Es hat eine Veranstaltung mit dem ehemaligen hessischen Innenminister gegeben unter dem Titel "Neue Dimensionen der Gewalt?" Der Anlaß war die Ermordung der zwei Polizisten an der Startbahn.
Einen Tag vor der Ermordung wurden in Hannover auch zwei Polizisten erschossen.
Warum, fragen wir uns, wurde in Hannover keine hundertköpfige Sonderkommission unter Führung der Bundesanwaltschaft gebildet, kein "Ausnahmerecht" für die ganze Region verfügt, keine massenhaften Hausdurchsuchungen usw durchgeführt?
Warum wurde hier im Rhein-Main-Gebiet eine Repressionsmaschinerie in Gang gesetzt, deren Auswüchse nur noch vergleichbar sind, mit dem, was im "Deutschen Herbst" entfaltet wurde?
Mittlerweile ist längst klar, daß die Ermordung der zwei Polizisten nicht der Grund dafür ist. Das war nur der Aufhänger für einen Angriff gegen etwas, was sehr wohl als gefährlich von den Herrschenden eingeschätzt wird. Es ist nicht der kriminelle Gehalt der Taten, wegen derer ermittelt wird. Ein Polizistenmord, ein Strommastenanschlag, ein Brandanschlag für sich erfordern nicht den Einsatz politisch hochbrisanter Mittel. Es ist der vermutete und befürchtete sozialpolitische Zusammenhang, dem diese Taten zugeordnet werden.
Die Startbahnbewegung, wenn gleich sie sich auch zahlenmäßig verringerte, hat einige Merkmale:
Über die Jahre hinweg hat sie sich nicht nur nicht aufgelöst, sie wurde auch nicht integriert und sie hat darüberhinaus vielerlei Bewegungsansätze in sich aufgenommen: Außerparlamentarische, kirchliche, ökologische, antimilitaristische und ein Nebeneinander von radikal-militanten und gewaltfreien Widerstandsformen. Eine solche soziale Bewegung ist, wenn man so will, eine "Neue Dimension einer politischen Kraft". Hier ist ein Widerstandspotential entstanden, das sich mit den herkömmlichen Mitteln der Kriminalitätsbekämpfung nicht mehr fassen läßt. Nachdem die üblichen politischen und administrativen Mittel, wie parlamentarische Wahlverfahren, Totschweigen, Versammlungsverbot usw. nicht den erhofften Erfolg brachten, wird jetzt mit der dicken Keule zugeschlagen.
Noch in der Nacht der Morde zog die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich mit der Begründung einer bestehenden Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland.
Wir wollen nicht vermessen sein und behaupten, daß die Startbahnbewegung wirklich eine Gefahr für die BRD war oder ist, die Perspektive einer sozialen Bewegung jedoch, mit all den Keimen verschiedenster Ansätze, mit all den Möglichkeiten von verbindenden Zusammenhängen und vor allem mit vielen Jahren Erfahrung, diese Perspektive von Widerstand wird jetzt konsequent bekämpft.
Und machen wir uns auch klar, daß bereits in den letzten beiden Jahren eine politische "Vorbereitung" betrieben wurde. Von dem alten §129a wurden in der BRD vielleicht 2tausend potentielle Täter bedroht. Mit der Ausweitung der Terroristengesetze Anfang 1987 werden jetzt vielleicht 20tausend potentielle Terroristen ausgedeutet. Und das sind eben nicht nur "Bombenleger", sondern z.B. die Feierabendhandwerker, deren Mastsägeaktionen schon begannen, zu einer Art Volkssport zu werden. Aber auch die Bürger, die in Wackersdorf während eines Sonntagsspaziergangs durch Aufspannen ihrer Regenschirme Videoaufnahmen vom Abfackeln eines Steuerungscomputers verhinderten, sind mittlerweile konkret von Isolationshaftbedingungen bedroht. Sind sie doch Unterstützer einer terroristischen Vereinigung.
Parallel wurde in diesem Zeitraum im Zuge der Debatte um Amnestie für politische Gefangene immer wieder von bestimmter Seite unter dem Stichwort "Versöhnung" folgendes eingebracht: Mit Gnade oder Amnestie sollte nur rechnen, wer sich politisch lossagt. Wer nicht abschwört, keine öffentlichen Erklärungen abgibt, läuft Gefahr, in den Isolationstrakten zu verschimmeln.
Wer heute in der Nähe solcher Orte wie Wackersdorf oder der Startbahn seinen Schirm aufspannt oder sein Halstuch umbindet, der muß sich darüber klar sein, welche politische Ebene er betritt und welche Folgen auf ihn zukommen.
Denn auch das ist langsam klar geworden: solche zentralen Projekte wie der Flughafen Frankfurt als wirtschaftli-

aus; BI-Info 20

Sonntagsspaziergänge gegen Startbahn West

ab 14 Uhr SKG-Heim Walldorf



che und militärische Weltdrehscheibe oder wie die WAA Wackersdorf als Kernpunkt der Atomindustrie sind empfindliche Stellen dieser Gesellschaft. In deren Zusammenhang wird nicht mehr nur gedroht mit einer möglichen Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen, sondern knallhart zugeschlagen und eingeknastet unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel.
Und daß in Hamburg beim Konflikt um den sozialen Brennpunkt Hafenstraße durch die politische Intervention des Bundespräsidenten eine Eskalation verhindert wurde, zeigt nur eben das eine: Neben dem Rhein-Main-Gebiet sollte nicht noch eine zweite Region gleichzeitig zum Terroristengebiet erklärt werden. Es war zu diesem Zeitpunkt politisch nicht günstig.
Aber machen wir uns nichts vor. Die Marschrichtung ist vorgegeben. Auf der Tagesordnung stehen noch weitere Punkte nach Frankfurt Startbahn: Hamburg Hafenstraße, Berlin Kreuzberg, Wackersdorf WAA, Ruhrgebiet Stahlkrise usw. Überall wird zu gegebener Zeit ein aufgespannter Schirm, ein Brandanschlag der Aufhänger sein für die weitere Zerschlagung sozialer politischer Widerstandsbewegungen.

Das Ziel ist eindeutig:

Gegen die Projekte von Kapital und Politik soll sich keine Stimme mehr erheben, soll sich überhaupt nichts mehr bewegen. Wir sollen so mit uns beschäftigt sein, daß sich Grabesruhe breitmacht. In diesem Sinne ein Gedicht von Bert Brecht:

Kontakt für EA:
Kassandra Buchladen, Am Sedanplatz, 6100 Wiesbaden

Libertäres Zentrum, Kriegkstr.38, 6000 Frankfurt
Mi 19 Uhr: Knastgruppe
Di 18 Uhr: EA zu Vorladungen etc.
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt
c/o Helga Arnold, Wilh.Leuschner Str.50a, 6082 Mörfelden-Walldor

Solidaritätskonto für alle Beschuldigten:
Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 50050201 Kto. 30728755 Ralf Stutzke

Spendenkonto der Bürgerinitiative:
Volksbank Mörfelden
BLZ 50863612 Kto. 530069

Die Untersuchung

Die Behörden sollen eine Untersuchung führen
So heißt es. Im Stadtviertel
Schläft niemand mehr nachts.

Niemand weiß, wer es gewesen ist
Noch was verbrochen wurde
Alle sind verdächtig.

Wenn das Volk nachts den Verdacht von seiner Tür kehren muß
Können die Haufen von Verbrechen der Oberen
Unbeachtet
Liegen bleiben.

Stellungnahme zu den Haftbedingungen

Der überwiegende Teil der Inhaftierten ist seit mehreren Jahren in der Startbahnbewegung aktiv.

Sie werden zum Teil des Mordes an 2 Polizisten beschuldigt, zum Teil auch wegen verschiedener Anschläge, u.a. auf Strommasten und am Bau der Startbahn beteiligte Firmen.

Sie unterliegen größtenteils der Isolationshaft und damit Haftbedingungen, die wegen ihrer Schärfe und ihren gesundheitlichen Folgen auch "weiße Folter" genannt werden. Die Isolationshaft wird von ihren Anwendern mit der Begründung gerechtfertigt, daß sie die Gefahr der Verdunklung von Straftaten durch Minimierung der Außenkontakte der Gefangenen verringere.

Faktisch aber hat sie zur Folge, daß die menschliche (und damit die politische) Identität des Gefangenen zerstört werden kann. Der Mensch, ohne jeden Umweltreiz, soll in der Haft zu einem seelischen Krüppel verkümmern.

Diese Haftbedingungen sind durch nichts zu rechtfertigen, ganz gleichgültig, ob die Gefangenen des Mordes oder anderer Straftaten beschuldigt werden. Wir verurteilen diese Haftbedingungen als eine barbarische und zutiefst menschenverachtende Praxis.

Darüberhinaus stellen wir fest, daß die inhaftierten Startbahngegner durch diese Isolationshaftbedingungen einer Sonderbehandlung gegenüber anderen Beschuldigten unterworfen sind.

Isolationshaft wird in der Bundesrepublik regelmäßig nur gegen Personen aus dem linken, fortschrittlichen Spektrum angewandt und entlarvt sich so als ein Mittel der Regierenden gegen eine fortschrittlich-radikale Opposition. Wir betrachten diese Haftbedingungen damit auch als einen Versuch, an den Inhaftierten exemplarisch für alle Startbahngegner/innen eine Zerstörungshaft zu vollziehen. Aus diesem Grund ist die Solidarität zu den Inhaftierten für uns eine politische Pflicht.

Zu den Tatvorwürfen erklären wir:

1. Wir verurteilen die Morde vom 2. November 1987 auf das schärfste; hierfür kann es weder eine politische Rechtfertigung noch eine moralische Entschuldigung geben.

2. Bezüglich der anderen, den Beschuldigten zur Last gelegten Aktionen besteht ein kritisches Verhältnis. Verschiedentlich sind die inhaltliche Begründetheit und die politische Aussage einzelner Aktionen zweifelhaft, teilweise auch einem Fortschritt in der außerparlamentarischen Bewegung abträglich.

Trotzdem erscheinen die verschiedenen Aktionen als Versuche, mit radikalen Mitteln auf gesellschaftliche Mißstände hinzuweisen oder diese zu bekämpfen.
Sie dokumentieren eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, deren Erscheinungsformen u.a. Umweltzerstörung, Beton- und Atompolitik und Militarisierung sind.

Die Bürgerinitiative als eine ökologisch und antimilitaristisch orientierte soziale Bewegung teilt diese Kritik und erklärt sich insofern mit den Inhaftierten und den Beschuldigten solidarisch.

 aus; BI-Info 20

Freiheit für ALLE Gefangenen

Zu den Gefangenen aus der Startbahnbewegung

Zur Zeit sitzen Andi Eichler, Reiner Hübner und Andy Semisch im Knast. Michael M. ist am 30.12.87 wieder freigelassen worden.

Zu Reiners jetztiger Situation:
Die Isolationsbedingungen von Reiner haben sich seit Haftbeginn nicht verändert.
Reiner bekommt drei Tageszeitungen und zwei Magazine meistens am Erscheinungstag. Nur die Samstagausgaben erst am Montag, damit das Wochenende schön lang ist.
Der Briefverkehr ist schwierig, da die Briefe unverschämt lange beim BGH liegen bleiben (zwischen 1 und 4 Wochen), so daß eine regelmäßige briefbezogene Kommunikation sehr schwer ist. Zum Teil kommt z.B. der 4. Brief vor dem 2. usw.
Selbst die Anwaltspost wird verzögert, was die rechtliche Vertretung er - schwert.
Reiner versucht sich mit ständigen Eingaben und Beschwerden dagegen zu wehren. Seit Mitte Januar hat Reiner einen Radio-Recorder. Ein Fernseher ist genehmigt, will er aber nicht, da er keinen Bock hat, sich zuzudröhnen. Schreiben ist ihm wichtiger.
Die Hofgangzeiten und die Postauslieferung sind jeden Tag zu unterschiedlichen Uhrzeiten. Er kann sich den Tag deswegen nie einteilen, wie er es will.
Reiner versucht immer wieder, Kontakt zu den anderen Gefangenen aufzunehmen, was durch Zu- und Zwischenfälle immer mal möglich ist. Er kann durch die Lage seiner Zelle z.B. den Hofgang der anderen mithören und z.T. auf den Hof schauen.
Von dem Weihnachtspaket und dem Jahrespaket (5 und 3 Kg) sind nur ca. 3 Kg durchgekommen (z.B. wurden Büromaterial und Körperpflegemittel entfernt). Es wurden dann 5 kg mit Käse, Dauerwurst, Süßigkeiten und Tabak nachgereicht. Die Beschwerde zu den Paketen wurde abgewiesen. Begründung: kann er im Einkauf kriegen und braucht er hier nicht.
Reiner schreibt dazu:
"Ich versuche es mir gutgehen zu lassen und zu 90% gelingt es mir auch. Ich sitze hier allein, das ist richtig, aber ich bin mir eurer Solidarität sicher. Meine Gedanken sind frei in meinem Kopf, und meine Gefühle, auch wenn sie mich durch Isolationshaft, Geräuschterror und Überwachung fertig machen wollen.
Es wird ihnen nicht gelingen, no pasaran.
Ich habe viel Liebe und Kraft in mir, und das mit dem nicht reden können, daran kann man sich gewöhnen, wenn man will. Das Schreiben ist für mein Gehirn sehr wichtig und das müssen sie mir lassen. Das wichtigste in der Isolation ist, die Orientierung nicht zu verlieren. Du lebst ohne gegenüber, ohne Austausch. Den größten Teil muß ich selber hinkriegen und bei dem Teil Austausch brauche ich euch draussen, um durch Schreiben die Isolation wenigstens zu knacken.
Manchmal ärgert es mich dann auch, daß ich auf den allergrößten Teil meiner Brief keine Antwort habe. Bis jetzt!"
Aus einem anderen Brief:
"Spitze, es war gerade von mehreren Menschen 'ne Kundgebung hier hinten am Knast. Ich war sehr aufgeregt und habe gleich zurückgegrölt, dann wollte ich Klopapier aus dem Fenster hängen, das scheiterte, weil es am großen Gitter hängen blieb, nicht runterrutschte und ich nicht damit winken konnte. Mir viel dann das Licht ein, durch das ich mich bemerkbar machen wollte, weiß aber nicht, ob es unten wahrnehmbar war. Habe deswegen nur Teile der Kundgebung mitbekommen, weil auch ein ausländischer Genosse mit "Hoch die internationale Solidarität" lauter war.



Zu Silvester. Am Donnerstag den 31.12.87 gab es draußen ein Feuerwerk mit Krachern und Gejohle, Gerufe und Geschrei von 20 bis 20.30 Uhr. Ich fand es auch sehr gut und richtig, daß es diesmal an keine speziellen Gefangenen gerichtet war. Und man merkte auch, daß meine Mitgefangenen im Gegensatz zur Solikundgebung am 22.12. damit auch was anfangen konnten. D. h., daß sie sich gefreut haben, daß draußen Menschen auch an uns denken und es durch die Praxis zeigen. Ich denke, daß das den Menschen draußen auch gut getan haben muß. Weil es auch ein Schritt ist, mit ihrer Angst klarzukommen und zu zeigen, daß das Kalkül des Staates nicht aufgeht. Viel Kraft an alle draus--sen besonders an die Sonntagsspazeirgänger. Wir lassen uns den Startbahnkampf nicht nehmen, mit anarchistischen Grüßen, Reiner."

Die ersten beiden Besuche bei Reiner wurden von ihm nach kurzen Grüßen sofort wieder abgebrochen. Er sah sich weder auf menschlicher noch auf politischer Ebene dazu in der Lage, die vorgeschriebenen "Besuchsbedingungen" zu akzeptieren.
Reiner meint dazu:
"Manchmal wird mir der Besuch über Gegensprechanlage mitgeteilt, aber ohne Namen. Heute standen zwei VZ-Beamte gleich in der Tür, haben aber auch beim Nachfragen keinen Namen gesagt, wußte als erst, wer kommt, als ich ... sah. Auf dem Weg zur Besuchszelle wurde ich durchsucht, Tabak abgedrückt, beim ersten Besuch sogar Kuli überprüft. Auf dem letzten Gang gab es dann immer Streit über die Kontrolle und die LKA-Bullen, die immer auf meiner Seite reinwollten, besonders mit Tietze von der Kripo Frankfurt.
Ich habe die ersten beiden Besuche dann auch gleich abgebrochen. Es ist so beschissen mit LKA und Kripoleuten. Es kommt ihrer Schnüffel- und Observerationsmethode und Tendenzen zum Verhör nahe. Unter solchen Bedingungen verweigere ich mich."



Genauso wie ich nie eine Aussage machen werde, sei sie noch so unwichtig. Wir müssen also erstmal über's Schreiben machen".
Beim dritten Besuch war Reiner etwas optimistischer. Er wollte versuchen, ob es geht, so wie in den Briefen zu reden. Er schreibt dazu:
"Klar ist die Ermittlungsbehörde daran interessiert, was sich in der Szene wann und wo tut. Man muß also versuchen über andere zwischenmenschliche Sachen zu reden. Wo die Grenze ist, müßen wir uns gegenseitig erarbeiten. Es darf aber nie zum Stillstand kommen. Und wir müssen uns auch deswegen gegenseitig kritisieren, wo es beim ein- oder anderenmal angebracht erscheint".
Am 20.1. hatte Reiner Haftprüfungstermin in Karlsruhe. Die Fortdauer der Haft wurde bestätigt.



Weg mit dem Summton Weg mit der Folter

Beim vorletzten Besuch am 2.2. erzählte Reiner folgendes:
"Seit 16.1. werde ich mit einem elektronischen Gerät gefoltert. Es ist außen an der Zellentür angebracht und strahlt Summ- und Piepstöne ähnlich einem elektronischen Wecker aus. Das Gerät wird meistens abends zwischen 16 und 17 Uhr das erste Mal eingeschaltet. (Ich schätze, daß es damit zusammenhängt, daß um 16 Uhr Einschluß ist.) Die Summtöne erfolgen in Abständen mit einer Dauer von 15 - 45 Minuten. Es handelt sich um verschiedene hohe Frequenzen. Ich bekomme davon Kopfschmerzen und zwar an der Kopfseite, die jeweils der Zellentür zugewandt ist; z.B. beim Sitzen am Schreibtisch - rechte Kopfhälfte. Während das Gerät läuft, befindet sich auch eine Person vor meiner Zellentür. Ich merke das am Atmen und an verschiedenen Geräuschen."

Beim Haftprüfungstermin gab Reiner dies alles zu Protokoll. Natürlich gibt es laut BGH und Knastleitung ein solches Gerät nicht.
Am Freitag, den 5.2. machte Reiner während dem Hofgang mit einer Aktion auf seine Situation aufmerksam. Er hatte in der Zelle sein Unterhemd mit folgenden Sätzen beschrieben: Weg mit dem Summton - Weg mit der Folter!
Der Hofgang findet im neunten Stock, einer Art "Balkon" statt, der mit Betonmauer und darüber befindlichen Gitterstäben umzäunt ist. Reiner stieg die Mauer hoch, hängte sich an die Gitterstäbe, hielt sein Hemd mit Schrift nach außen und versuchte durch Hilferufe die Leute auf der Straße auf sich aufmerksam zu machen. Mehrere herbeigerufene VZ-Beamte versuchten ihn herunterzuholen, während Reiner sich weiter an den Gitterstäben festklammerte. Anschließend wurde er in den Bunker geworfen, nach ein paar Stunden aber wieder auf seine Zelle gebracht.
Am 8.8. machten ca. 20 Leute eine Lautsprecherdurchsage vor dem Preungesheimer Knast. Außer Musik und Power-Rufen für Reiner, gab es noch eine kurze Rede, in der die anderen Gefangen auf Reiners Situation aufmerksam gemacht wurden.
Es ist nicht das erste Mal, daß man von dieser Art von Folter und Experimenten hört. Wer näheres darüber weiß oder Informationen hat, soll diese an das Libertäre Zentrum Ffm schicken.



Das Anarchistische Lesebuch

Wir erhielten in letzter Zeit ein paar Anfragen bezüglich des anarchstischen Lesebuches. Das Projekt läuft natürlich nach wie vor und wer Lust hat, kann uns seine Beiträge zusenden (Libertäres Zentrum, Anarchistisches Lesebuch, Kriegkstraße 38, 6000 Frankfurt M.). Wer eine Bestätigung haben möchte, daß seine/ihre Beiträge angekommen sind, soll es dazu schreiben. Ende dieses Jahres soll das Buch fertig sein. Wir melden uns natürlich dann bei sämtlichen AutorInnen mit einem Freiexemplar. Schreibt also auf jeden Fall dick und fett eure Adresse auf die Manuskripte, und schreibt: Lyrik-prosa-dada-gedichte-stories-chaos-thrills ...

Angeklagt: Die Bundesanwaltschaft

Wir klagen an! In der Nacht zum Freitag hat Andreas Eichler in der JVA Preungesheim einen Suizid-Versuch unternommen. Andreas Eichler sitzt wegen angeblichen Mordes an den beider Polizisten in der Nacht vom 2.11. in Untersuchungshaft. Die sogenannten Beweise der Bundesanwaltschaft (BAW) sind dürftig und widersprüchlich. So gibt es zum Beispiel keine Beweise gegen die Aussage von Andreas, daß ihm die angeblich in seinem Rucksack gefundene Tatwaffe zugesteckt wurde. Mehr noch, es gibt keine Belege, die die Mutmaßung stützen, daß er der Täter oder auch nur Tatbeteiligter sein könnte.

Daß es der BAW gar nicht so sehr um die Aufklärung der zwei Morde geht, ist in den Ermittlungen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Vorladungen und Beschuldigungen gegen etliche Mitglieder der Anti-Startbahn-Bewegung der letzten Wochen nur allzu offensichtlich geworden. Der Tatvorwurf „Tötung zum Nachteil zweier Polizeibeamter" dient zur Einschüchterung und als Freibrief polizeilichen Handelns gegen die sogenannten KJleingruppen. Ermittelt wird hauptsächlich, auch bei Andreas Eichler, wegen verschiedener Brandanschläge im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Startbahn, Entwendung einer Wahlurne und Umsägen von Strommasten. Die Umkehr der Beweislast, das heißt, daß der/die Angeklagte die Unschuld beweisen muß, während der Schuldvorwurf auf einer kaum nachvollziehbaren, hanebüchend spekulativen Ebene ausreichend ist, ist erprobte rechtsstaatliche Taktik im Umgang mit politischen Prozessen. In Abstimmung mit einer in den Medien breit angelegten Vorverurteilung und den Haftbedingungen (Isolationshaft) wird der/die Gefangene zur Geisel, an der die exemplarische Bestrafung der Bewegung, des Umfeldes des/der Gefangenen vollzogen wird. Hausdurchsuchungen im großen Stil, willkürliche Festnahmen, das wahllose Herausgreifen einzelner, in der Hoffnung, auch nur irgendetwas zu finden, womit sich irgendein Tatvorwurf konstruieren läßt, das ist die polizeiliche Praxis der letzten Wochen. „Wir wissen ja, daß du mit den Morden nichts zu tun hast, aber wir drücken dir x Jahre wegen Beteiligung oder Unterstützung bei diesem oder jenem Anschlag rein." Diese Drohung bekamen all diejenigen, die von der Polizei dem Umfeld einer der militanten Kleingruppen zugeordnet wurden, bei ihrer Vernehmung zu hören. Anschließend wurden ihnen Bildmappen mit circa 40 Personen vorgelegt. Diese Bildmappen waren bei den Vernehmungen unterschiedlich bestückt, insgesamt sind mindestens 80 Personen in ihnen erfaßt. Gekoppelt an die Aufforderung „doch nur zu bestätigen, was wir eh schon wissen", und dem Versprechen, daß schon ein paar kleine Aussagen mit Haftverschonung belohnt würden, führte diese Drohung zu einer unglaublichen Aussageflut. Nicht zu vergessen die üblichen Vernehmungstaktiken wie: „Dein Freund hat gesagt, du hättest..." Es sind schätzungsweise 200 Ermittlungsverfahren im Gange. Derzeit läuft wieder eine Vorladungswelle (polizeilich und staatsanwaltschaftlich), von der circa 150 Personen im gesamten Rhein-Main-Gebiet betroffen sind. Die ersten konkreten Tatvorwürfe mit namentlicher Aufführung der angeblich Beteiligten liegt vor (durchweg 129a-Verfahren). Die BAW führt ihr gesamtes, in langjähriger menschenzerstörender Praxis erprobtes und als Isolationsfolter auch von Amnesty International geächtetes Repressionsinstrumentarium auf: 23 Stunden allein in der Zelle. Leere Nachbarzellen. Eine Stunde Einzelhofgang (bewacht). Alle 14 Tage eine halbe Stunde Besuchszeit. Mit Trennscheibe. Postzensur. Andreas bekam lange Zeit die Zeitungsabos nicht ausgehändigt. Seine Freundin erhält als Mitbeschuldigte keine Besucherlaubnis. Für sein Kind (zwei Monate alt) muß ein extra Besuchsantrag gestellt werden. Und wenn dieser dann hin und wieder genehmigt wurde, durfte Andreas seinen Gefühlen freien Lauf lassen — durch die Trennscheibe!

Einen Menschen durch totale Isolation von anderen Menschen, durch gezielten optischen und akkustischen Reizentzug (graue Zelle, keine Bilder, Milchglasscheiben, Sichtblenden vor dem Fenster, leere Nachbarzellen) und der Zerstörung eines natürlichen Tagesrhythmus' (kein regelmäßiger Schlaf durch Dauerlicht und permanente nächtliche Zellenkontrollen) psychisch unter Druck zu setzen, bis er/sie Selbstmord begeht, das ist Mord!

Wir klagen die zuständigen rechtsstaatlichen Organe (BAW, Knastleitung) an, Andreas Eichler zum Selbstmordversuch getrieben zu haben! Sie haben einen Zustand geschaffen, der den Selbsttötungsversuch von Andreas Eichler und ungezählten anderen Gefangenen in den Knästen dieser Republik als kalkuliertes Risiko in Kauf nimmt. Die Stellungnahme der BAW, die Andreas aufgrund des Suizidversuchs 'eine realistische Einschätzung seiner Lage' attestiert, offenbart deren ganzen menschenverachtenden Zynismus.

Wir fordern Freiheit für Andreas Eichler!

Wir fordern die Freilassung aller im Rahmen des 2.11. Inhaftierten und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Startbahn! Wir fordern die Abschaffung aller menschenvernichtenden Haftbedingungen!

Linke Liste Uni Frankfurt

Andreas Eichler im Kasseler Knast

Am 29. 1. 88 kam über die Medien die Meldung, Andreas habe sich im Knast Preungesheim umbringen wollen. Sie sagten, er habe sich die Pulsadern aufgeschnitten, sei dann aber am Leben geblieben, weil er Hilfe gerufen habe. Sie haben ihn ins "Anstaltskrankenhaus" im Hochsicherheitstrakt Kassel-Wehlheiden gebracht.

Ob es tatsächlich so abgelaufen ist, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß Andreas sich an nichts erinnern kann, daß er erst im Kasseler Knast aufgewacht ist. Auch wenn Andreas einen Selbstmordversuch gemacht hat, sind sie, die Bundesanwaltschaft, verantwortlich. Sie versuchen seit mittlerweile drei Monaten, ihn durch Isohaft zu zerstören, seine Lebenskraft und Identität zu brechen. Der zynische Kommentar von BAW-Sprecher Prechtel, Andreas schätze seine Situation wohl "realistisch" ein, läßt keinen Zweifel an ihren schweinischen Absichten.

Wir können seine konkrete Situation nicht ändern, aber wir können ihm und der Öffentlichkeit zumindest unsere Solidarität bekunden. Jede/n von uns könnte es genauso treffen, weil Isohaft (u. a.) eine Drohung gegen die gesamte Bewegung ist.

Kaum eine von uns wird sich dies lebend-tot-sein vorstellen können, trotzdem mussen wir uns damit beschäftigen, mit der Situation. Vor den Knast und auf die Straße ziehen und laut sein.

Am Abend des 30. 1. sind wir deshalb mit ca. 40 Menschen aus Rhein-Main und Kassel zum Wehlheidener Knast gezogen. Mit Krachern und Rufen wollten wir Andreas und den anderen Gefangenen zeigen, daß sie nicht vergessen sind. Über Megaphon sagten wir ihm, daß wir und ganz besonders seine Freundin Ina zu ihm halten und ihm alle erreichbare Kraft wünschen. Wir erzählten, was draußen läuft, und daß er trotz aller Distanzierungen, die ihm aufgetischt werden, nicht aufgeben soll. "Dein Kampf ist unser Kampf" und wir sind immer so stark, wie unser Zusammenhalt.

Wir haben unsere Forderungen nach Freiheit, gegen Folter, an die Mauern der Staatsgewalt gesprüht und uns lautstark verabschiedet, bevor die Bullen aus ihrem Schlaf erwachten. Wir hoffen, daß Andreas uns gehört hat.

P.S.: Am 2. 2. war am Nachmittag eine Göttingen-Kasseler Gruppe aus gleichem Anlaß am Knast, diesmal mit Musik, über Mega, und auch Gesang, ja ja, auch das.
Andreas hat's gehört und er konnte uns auch zurufen, daß er uns hört und alle grüßt. Dann war er nicht mehr zu verstehen.

Flugblatt aus dem Rhein-Main-Gebiet

KNAST...

Zu Andreas Eichler:

Andi unterliegt den gleichen Isolationsbedingungen wie Reiner. Die Tageszeitungen kommen sehr unregelmäßig bis gar nicht. Für sein Kind wurde eine Dauerbesuchserlaubnis genehmigt, doch unterliegt es den Bedingungen der jeweiligen Besucher, mal mit mal ohne (Angehörige) Trennscheibe. Am 27.1. war Andi zu einem Ortstermin am Startbahngelände, wo er sich einem zufällig vorbeikommenden Radfahrer bemerkbar machen und Grüße zurufen konnte.

2. Solidaritätsaktion für Andi vorm Kasseler Knast

Wir sind am 2.2.88 nachmittags mit ca. 35 Leuten nach Kassel gefahren, haben uns dort mit einigen Kasselern getroffen und sind zum Knast gegangen. Es ging uns darum Andreas Eichler, der dort aufgrund seines Selbstmordversuches in der Krankenabteilung liegt, solidarische Grüße rüberzuschicken und ihm zu erzählen, was "draußen" los ist und was wir über seine Haftbedingungen wissen. An den Knast sind wir problemlos rangekommen, haben mit Megaphon, Trillerpfeifen und Gejohle höllisch Krach gemacht und ihm dann folgenden Text vorgelesen:

Hey Andreas,

Du bist jetzt seit 3 Monaten im Knast, seit 3 Monaten versuchen die Schweine, Dich systematisch zu isolieren und von der Außenwelt abzuschotten. Deshalb versuchen wir heute auf diesem Weg, Dir was rüberzubringen. Wir sind ca. 40 Leute aus Kassel un Göttingen. In Göttingen war jetzt am Wochenende Fascho-Skin-Alarm, und viele Leute von uns waren Tag und Nacht auf den Beinen. Deshalb sind wir nur wenige - Grüße von vielen mehr!

Wir wissen, daß Du Total-Iso-Bedingungen hast, wie wir sie von anderen politischen Gefangenen kennen, daß sie Dich bei Besuchen nicht über Deine Haftbedingungen reden lassen, daß Du kaum Zeitungen, geschweige denn Briefe oder Besuche bekommst, die Dich darüber informieren, was draußen, in Frankfurt, in der Startbahnbewegung, im Widerstand geschieht. Damit wollen die Schweine dich schwächen, Dich verwirren, Dich brechen, Dir den Eindruck geben, Du wärest allein. Auf der anderen Seite versuchen sie, indem sie Dich in die Mangel nehmen, Lüben verbreiten, nichts Authentisches von Dir rüberkommen lassen, die Startbahnbewegung und den gesamten Widerstand zu demoralisieren und einzuschüchtern. Wir kennen ihre Methoden. Sie werden nicht aufgehen.

Außer Dir sind noch 2 Genossen aus der Startbahnbewegung im Knast. Reiner Hübner in Preungesheim und Andreas Semisch in Frankenthal. Es gibt zwischen 50 und 150 schwebende Ermittlungsverfahren und immer noch massive Repression, um Aussagen zu erzwingen.

Trotzdem, der erste Schock ist überwunden. Die Bewegung arbeitet hart daran, Positionen und Verhaltensweisen zu diskutieren und zu klären. Die Sonntagsspaziergänge an der Startbahn gehen weiter. Gleichzeitig hat eine tiefgreifende Diskussion über Ziele, Strategien und Etappen unseres Widerstandes angefangen. Es ist wichtig, daß Du an ihr teilnehmen kannst. Jede und jeder einzelne ist uns dafür wichtig.

Deshalb fordern wir:

WEG MIT DER ISOHAFT
ZUSAMMENLEGUNG IN GRÖSSERE GRUPPEN
ZEITUNG, RADIO, BESUCHE UND FREIER BRIEFVERKEHR

NIEDER MIT DEN KNÄSTEN, DER STARTBAHN, DEM IMPERIALISMUS!
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Anschließend haben wir noch, unterstützt vom mitgebrachten Kassettenrecorder, gemeinsam zwei, drei Lieder gesungen. Wir waren sehr laut und anscheinend gut zu verstehen. Wir haben Antwort von "drinnen" erhalten, die allerdings nicht gut zu verstehen war - wir nehmen an, daß es Andreas war, der uns antwortete. Das Ganze hat ungefähr zehn Minuten gedauert, und wir haben nicht einen Bullen zu Gesicht bekommen.

Von Kasseler Genossen wissen wir, daß in der Samstagnacht eine ähnliche Aktion mit ca. 20 Leuten aus Frankfurt stattgefunden hat. Bei dieser Gelegnheit wurde die Knastmauer mit der Forderung nach Freilassung von Andreas besprüht.

Kontakt:
Infoladen
c/o Buchladen
Rote Straße 10
3400 Göttingen



Zu Andreas Semisch:

Andy sitzt in Frankenthal/Pfalz. Er hat Hofgang und Umschluß mit anderen Gefangenen (auch Fernsehen). Bei Besuchen ohne Trennscheibe besteht Berührungsverbot. Er hat insgesamt zwei Stunden Besuchszeit im Monat.

Erklärung von Andreas Semisch

Erst einmal möchte ich mich bedanken für die breite Solidarität und die vielen Briefe, die ihr mir und den anderen Gefangenen des Startbahnwiderstandes geschickt habt. Ich glaube auch im Namen der anderen Gefangenen zu sprechen, wenn ich sage, daß eure Briefe unsere Entschlossenheit und unseren Widerstand hier drinnen stärken, daß wir uns nicht aufgeben werden.

Knast ist außer der gezielten Liquidation eines der offensten und letzten Mittel ihrer Herrschaftssicherung, das dann eingesetzt wird, wenn andere Maßnahmen zur Korrumpierung und Brechung deiner Identität versagt haben. An Knast und Isolation wird das Gewaltverhältnis in diesem System am klarsten zum Ausdruck gebracht. Es ist eine neue, subjektive Erfahrung, die jede, jeder macht, der einfährt. Die Isolation zu durchbrechen, den Kampf gegen die organisierte Unmenschlichkeit auf allen Ebenen zu führen, heißt für mich, permanenter Kampf um eigene Identität, aber auch Kritik - Selbstkritik an unseren Fehlern und Schwächen, wie an unseren Stärken zu führen. Das gleiche fordere ich natürlich auch von euch draußen!

Zu den politischen Konsequenzen der Schüsse am 02.11.87 wie z. B. die Zerschlagung von sozialen Bewegungen, ist schon eine Menge Qualifiziertes und Unqualifiziertes gesagt bzw. geschrieben worden. Ich möchte dem nicht noch eins draufsetzen, sondern vielmehr das umreißen, was uns alle hier und jetzt angeht.

Nur so viel zu dem Thema: Die Schüsse nur als "politischen Fehler" zu begreifen, heißt die Dimension dieser Tat nicht zu erkennen. Ich meine damit nicht nur die moralische Zweifelhaftigkeit dieser Aktion, sondern vor allen Dingen ihre Verantwortungslosigkeit gegenüber vielen Menschen, die dadurch in eine Auseinandersetzung hineingezogen worden wären, der sie weder politisch noch praktisch gewachsen gewesen sind. Was wäre passiert, wenn es einen Schußwechsel gegeben bzw. die Polizei zurückgeschossen hätte? Auch wenn es inzwischen müßig ist, weiter über diese Frage zu spekulieren, so muß man sie sich immer wieder vor Augen halten, um zu begreifen wie viele Menschenleben diese Aktion gefährdet hat. Sie ist politisch gesehen objektiv konterrevolutionär!

Jede Bewegung, die sich revolutionär nennt, hat auch eine Verantwortung in Bezug auf die Mittel, die in einer Auseinandersetzung zum tragen kommen. Sie müssen der Situation und dem Kräfteverhältnis angemessen sein, im politischen wie praktischen.

Deshalb ist in der momentanen politischen Auseinandersetzung auch innerhalb der autonomen Bewegung, bei unserer Klarheit/Unklarheit, der Einsatz von Schußwaffen kein Mittel autonomer Politik und daher abzulehnen. Trotzdem finde ich es politisch falsch, sich in eine Distanzierungskampagne des Staates und der öffentlichen Medien einspannen zu lassen, wie es anfangs auch in Teilen der Autonomenszene geschehen ist. Diese Teile sind zu unfreiwilligen Helfern der bürgerlichen Hetzkampagne gegen die autonome Bewegung geworden. Es trifft sie, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, die Verantwortung für die Situation wie sie gerade ist. Man muß es ganz klar formulieren: Die Bundesanwaltschaft wäre mit ihrer abstrusen Konstruktion einer terroristischen Vereinigung, wegen der ich und andere jetzt im Knast sitzen, nie durchgekommen, wenn nicht in einer Atmosphäre der Entsolidarisierung und gegenseitigem Distanzierungswahn viele Leute aus der Szene, die vorgeladen und verhaftet worden sind, der Polizei alles mögliche erzählt hätten. Aus Angst und aus

KNAST....

dem wahnwitzigen Bestreben, irgend etwas zu erzählen, nur damit ja kein Verdacht auf einen zurückfällt, sind einige sogar so weit gegangen, andere aus Unwissenheit oder bewußt mit falschen Aussagen zu belasten. Nicht nur diese Leute, sondern jeder, der eine Aussage gemacht hat, und sei sie angeblich noch so unwichtig, hat objektiv dazu beigetragen, der Bundesanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, diese umzudrehen und in ihrem Sinn zur Legitimierung ihres Konstrukts zu verwenden. Für uns als Gefangene ist dies natürlich eine bittere Erfahrung. Letztlich werden diese Aussagen dazu benutzt, uns länger in Haft zu halten.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist die, wie wir uns gemeinsam der Repression gegenüber verhalten und zur Wehr setzen wollen. Dazu ist es notwendig, über den regionalen Tellerrand der Startbahnbewegung hinwegzusehen und andere politische Gefangene bei einer eventuellen Kampagne miteinzubeziehen. Für die Festlegung gemeinsamer Forderungen ist es notwendig, einen Konsens zu finden und mit der Diskussion drinnen wie draußen anzufangen.

Es ist für uns drinnen nicht nützlich, ideologische Gräben noch zu vertiefen und zu streiten, wer zu wem und warum das richtige politische Verhältnis hat, oder nicht hat. Es ist klar, daß es Unterschiede und Widersprüche in der Einschätzung bzw. Beurteilung der Situation zwischen den Gruppen gibt. Es gilt diese in der Diskussion aufzulösen.

Am 19.12.87 gab es eine bundesweite Durchsuchungs- und Verhaftungswelle von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft mit dem Ergebnis, daß vier Leute: Andrea Sievering, Eric Prauss, Ingrid Strobl, Ursula Penselin wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Knast gelandet sind. Auch wenn die Bundesanwaltschaft behauptet, es wäre keine konzertierte Aktion und es gebe keine Parallelen, so ist doch allein die geringe zeitliche Abfolge zu der Verhaftungs- und Repressionswelle im Rhein-Main-Gebiet Gegenbeweis genug. Auch wenn z. B. die Durchsuchung des Gen-Archivs in Essen auf den ersten Blick wenig mit der Startbahnbewegung zu tun hat, so geht es doch hier um die Einschüchterung von Gruppen, die an konkreten Themen arbeiten, wie auch um die Zerschlagung jeglichen revolutionären Widerstands, der für sie nicht mehr integrierbar ist.

Deshalb gilt für mich als Gefangener des Startbahnwiderstandes meine uneingeschränkte Solidarität den Leuten, die am 19.12.87 und danach eingefahren sind. Sie gilt natürlich auch allen anderen politischen Gefangenen, die gleich mir noch in den Knästen sitzen, so auch den Gefangenen von Action Directe, die seit dem 01.12.87 für ihre Zusammenlegung im Hungerstreik kämpfen.

Januar 1988

Adressen:
Briefe an Andreas Eichler, Reiner Hübner und Andreas Semisch

über
BGH
Ermittlungsrichter
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe

TIETZE im L.Z.

Kommentar
Sekt und Tietze

Die Repression des Staates hat auch kroteske Züge, und sie nährt sich bisweilen von linksradikalen Fehlern. Die Plauderstunde des Chefs der Frankfurter politischen Polizei Tietze im Libertären Zentrum Frankfurt hat eine Kontroverse ausgelöst über die Konsequenz geschlossenen Handelns, sozialrevolutionäre Vortänzer und staatliche Verunsicherungsstrategien.

Erschreckend bzw. verwunderlich ist es, daß derartige "Informationen" in windeseile München und Berlin genauso wie Hamburg erreichen. Deprimierend ist es aber, daß Diskussionsinhalte kaum den Stadtrand verlassen, falls sie je über eine Türschwelle überschreiten.

Der Chef der Frankfurter politischen Polizei Tietze sitzt gut gelaunt und Sekt schlürfend im Allerheiligsten, dem Libertären Zentrum Ffm. Für die einen eine wahrgewordene Horrorvision, für die anderen Grund genug, höhnisch aschebewährte Selbstkritik der Beteiligten zu fordern. In der Tat ist die Art und Weise, wie sich da ein paar "alte Hasen" der linksradikalen Frankfurter Szene von Tietzes Magengeschwüren und Geschichtchen haben beeindrucken lassen nicht alltäglich!

Es dauerte nur eine halbe Stunde und hat für alle Beteiligten, vielleicht, wenig gebracht. Wer weiß. Doch danach setzte jene Gerüchtemühle ein, die zum großen Teil von den Beteiligten mitverschuldet ist. Die achselzuckende Gleichgültigkeit und das "wir wollten doch nur mal hören, was er sagt", verschlimmerte das Ganze noch.

Sicher bringt es außer unseren politischen Gegnern niemanden etwas, diesen Faux pas im Nachhinein künstlich zu dramatisieren und breitzutreten. Doch ist es ein Alarmsignal, eine längst überfällige Diskussion über unsere Strukturen zu führen. Die Ansätze, die es dazu nach Tietzes Besuch im LZ gegeben hat, reichen bei weitem nicht aus. Das Autoritätsproblem ist keine Erscheinung, die sich auf das LZ beschränkt, sondern tritt überall dort auf, wo Menschen leichtfertig mit Verantwortlichkeit umgehen und durch das eigene Nichtverhalten solchen Situationen Vorschub leisten.

Halten wir fest: Tietze hat ein paar Punkte für sich verbucht. Die Verwirrung ist gelungen. Doch trotz dieser Panne ist das Libertäre Zentrum nun keineswegs die heimelige Schmuddelecke für magenkranke Beamte der Politischen Polizei.

Es ist offensichtlich, daß Tietze gerade auch zu einem Zeitpunkt das LZ heimsuchte, wo die Kampagne "Maul halten! Nichts gehört, nichts gesehen" für eine offensive totale Aussageverweigerung ins Rollen kam. Sein Besuch war Teil der allgemeinen Verunsicherung, sollte der Szene klar machen, daß es keine sicheren Treffs, keinen Rückzug mehr gibt.

TIETZE

Es ist aber auch eine Panne unserer Strukturen, die weit davon entfernt sind, egalitär zu sein oder den Keim einer befreiten Gesellschaft darzustellen. Was heißt Anarchie, wenn es Vortänzer gibt oder autoritäre Vaterfiguren? Wenn von fünf Leuten vier wollen, daß Tietze rausfliegt und einer meint, "ihn erst mal reden zu lassen" und die anderen das Maul halten - was ist das? Sind wir autonom bzw. anarchistisch genug, das zu tun, was die eigene Überzeugung für richtig hält, egal ob Staatsanwälte, Bullen oder "anerkannte Fighter" anderer Meinung sind?

Wir haben gelernt, daß gerade auch "anerkannte Kämpfer" dazu neigen, auf Grund ihrer Position eigenmächtig zu handeln und sich sogar leichthin über vorher von ihnen selbst mitgetragene kollektive Entscheidungen hinwegsetzen.

Dies scheint noch unverständlicher, zumal eine Woche zuvor auf dem wöchentlichen Ladenplenum nochmals klar entschieden wurde, daß "feindliche Figuren" nichts im LZ zu suchen haben (Es ging dabei um einen FAZ-Reporter, der rausgeworfen wurde).

Ohne aus dem Bullen den übermächtigen Leibhaftigen machen zu wollen, müssen wir die konkrete Bedrohung durch Bullen und Staatsschutz sehen und uns zu ihr ge- und entschlossener verhalten. Es sollte in dieser Lage klar sein, daß jeder Bulle eine große Gefahr darstellt. Es gibt keine "harmlosen Gespräche" mit dem Staatsapparat!

Doch "der Bulle" ist kein Übermensch und nicht allwissend. Ihre Methode ist ein Gemisch von gezielten Gerüchten, Lügen und Halbwahrheiten, von freundlichen Worten und übelsten Drohungen. Ihnen helfen Computer, Archive, Kriminologie, Psychologie und nicht zu letzt auch die Fehler der Gegenseite.

Daher ist auch jede Paranoia gefährlich und lähmend. Es ist unverantwortlich, ständig über die "lasche Szene" zu lamentieren, die angeblich "massenhaft aussagt". Solche geschürten Ängste wirken demoralisierend. Es hilft dem Staatsapparat, sein Wissen größer erscheinen zu lassen, als es wirklich ist.

Die Fronten sind wieder fester geworden. Es gibt seit geraumer Zeit keine Aussagen mehr. Die offensive Strategie einer totalen Aussageverweigerung ist allgemeiner Konsens. Somit dürfte Tietzes Magengeschwür mit der wachsenden Zuversicht in der Szene noch um einiges größer werden.

AKTION

Beteiligten-Bericht

Mitte Dezember kam der Frankfurter Politbulle Tietze, mal ohne seine uniformierten Horden, im Libertären Zentrum vorbei. Es war ausnahmsweise keine Hausdruchsuchung, sondern er wollte eine Tüte voll beschlagnahmter Sachen zurückgeben.

Da sich um diese Sache die wildesten Gerüchte ranken, wollen wir diese Geschichte kurz beschreiben.

Am 14.12. gegen 19.30 Uhr saßen wir zu dritt vorne im LZ und unterhielten uns. Zwei andere waren in der Küche am Kochen. Die Tür ging auf, ein Typ kam rein, stellte sich an den Tisch und meinte, er hätte was abzugeben. Er schüttete die Tüte aus und fing an zu reden. Wir erkannten ihn jetzt, Tietze. Er sagte, er kenne uns ja schon lange (soll heißen, er versucht seit 8 Jahren uns durch verschiedene 129a-Verfahren in den Knast zu bringen) und fragte, ob "wir bei dem Mord nicht an einem Strang ziehen" würden.

Damit hatter er unsere Neugier geweckt, bekanntlich hatten die Bullen auf diese Tour einige Aussagen gekriegt und wir wollten wissen, wie das so abläuft.

Einer meinte Tietze solle sich verpissen, aber wir dachten dann doch, daß es nicht schaden könne, ihm zuzuhören, vielleicht würden sich ja Schlüsse zum Stand der Ermittlungen wegen dem 2.11., zu den Gefangenen und zum eigenen 129a-Verfahren ziehen lassen. Er erzählte viel, um uns zum Nachfragen zubringen, wir gingen darauf aber nicht ein. Erwähnenswert ist noch, daß er dauernd meinte, wir sollten die TAZ mal fragen, die wüßten mehr als sie schreiben und daß die beiden Andy's nie mehr raus kämen...

Pünktlich um 20.00 Uhr hatte er seine Asservatenliste fertig, da standen die ersten Leute in der Tür und uns begann langsam klarzuwerden, daß er die ganze Sache genau getimt hatte. Soweit in aller Kürze zum Ablauf.

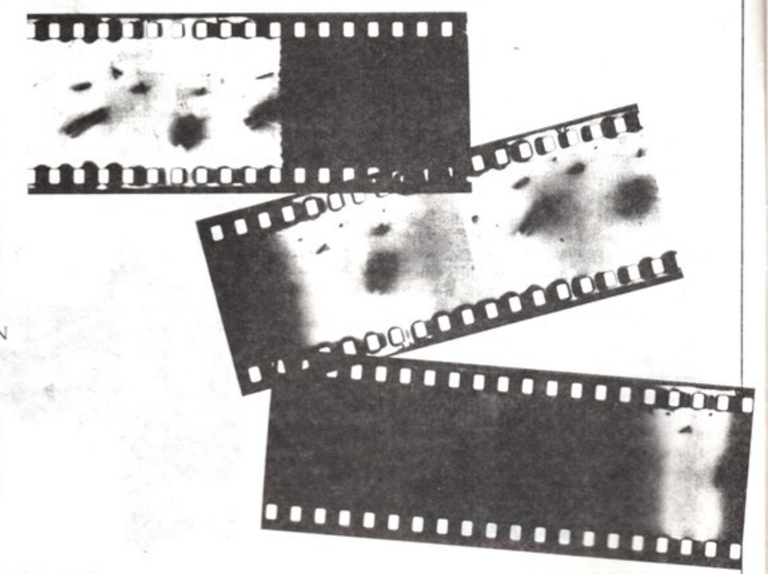
Im folgenen gab es viele heftige Diskussionen um diese Sache und es fehlte nicht an scharfer Kritik. Wir selber hatten am Tag danach, bei der Aktion vorm LKA, bereits erklärt, daß wir eingesehen haben, daß es ein Fehler war den Typen, als wir in erkannt hatten, nicht sofort rauszuschmeißen.

Was wir wichtig finden, ist nochmal die Art zu beschreiben, mit der er vorgeht, damit es nicht wieder so läuft.

Wie sich in Gesprächen mit verschiedenen Leuten gezeigt hat, wiederholen sich die Mittel, die Tietze anwendet um irgendwie in ein Gespräch zu kommen. Er arbeitet mit dem Überraschungsmoment und spricht Leute sofort persönlich mit ihren Namen an. Dies führt zu dem Gefühl nicht direkt auf ihn losgehen zu können, da man/frau ihm schließlich bekannt ist. Tietze besitzt umfassende Detailkenntnisse, d.h. er weiß über private "Nebensächlichkeiten" bescheid und wendet dies immer wieder an ("das mit ihrem Unfall letztens war ja bedauerlich..."). Wenn er irgendwo auftaucht, fängt er sofort an Sachen zu erzählen, von denen er (oft richtig) einschätzt, daß sie die Leute interessieren (s.o.).

Ihn dann nicht rausgeschmissen oder stehengelassen zu haben führt so oder so zu einer gefährlichen Situation. Denn selbst wenn wir nicht auf seine Erzählungen eingehen (bzw. keine Fragen zu den Sachen stellen, die er hören will) und wie gehabt den Mund dazu halten, ist es ihm möglich bestimmte Reaktionen an den Gesichtern abzulesen. Dies ist aber nur eine seiner Seiten, Tietze ist auch ohne weiteres in der Lage mit gezogener Knarre durchs Fenster zu springen und den harten Schläger zu mimen. Selbst in Situationen, wo 10 Leute mit eindeutigen Absichten auf ihn zu laufen, schafft er es ruhig zu bleiben und den ersten Menschen mit Namen anzureden und nach dem Befinden des Freundes oder der Freundin zu fragen.

Tietze soll hier nicht als "Überbulle" dargestellt werden, gegen den wir nichts machen können, wir müssen uns "nur" über sein Vorgehen im Klaren sein und ihn genauso konsequent angehen, wie wir es auch mit Uniformierten machen würden...



FöGa

Zum "offenen Brief an die Autonomen"

Hierzu erhielt die AKTION folgenden Brief:

In der letzten AKTION erschien im zweiten Teil der Dokumentation zu den Startbahnschüssen ein offener Brief an die Autonomen, der mit "Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen" unterzeichnet abgedruckt wurde. Dies ist falsch. Die FÖGA hat diesen Brief nie unterschrieben. Der Brief ist weder innerhalb von FÖGA-Kreisen entstanden, noch wurde er von einem FÖGA-Mitglied formuliert. Richtig ist, daß er unter anderen von drei Einzelmitgliedern der FÖGA unterzeichnet wurde. Innerhalb der FÖGA selbst hat es Kritik an diesem Brief gegeben, aus der heraus eine Erklärung von FÖGA-Leuten formuliert wurde, die auf einer Tagung "gewaltfreie Politik" vom 04. - 06.12.87 in Burscheid verabschiedet wurde. Da diese Erklärung in Diskussionszusammenhängen der FÖGA entstand und aus diesen in die Tagung eingebracht wurde, ist die Burscheider Position viel authentischer für die FÖGA als der "offene Brief an die Autonomen". Ich weiß nicht, ob es ein Mißverständnis war, daß ihr den offenen Brief mit FÖGA unterzeichnet abgedruckt habt oder ob ihr mit voller Absicht der FÖGA die Position des "offenen Briefs" unterschieben wollt. Ich hoffe, es handelt sich um ein Mißverständnis. Deshalb bitte ich euch, die Erklärung von Burscheid als Gegendarstellung und authentischere Position aus FÖGA-Kreisen ganz abzudrucken.

Mit libertären Grüßen
Alfons Schwab

Erklärung der Tagung "gewaltfreie Politik"

Vom 4.-6.12.87 hat in Burscheid eine Tagung zum Thema "gewaltfreie Politik" stattgefunden, an der 160 Personen aus unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen aus dem gewaltfreien Spektrum teilgenommen haben. In einer AG wurden auch die Ereignisse vom 2.11. an der Startbahn West diskutiert, die nur vordergründig als Auseinandersetzung allein zwischen Staatsgewalt und Autonomen erscheint. Tatsächlich haben diese Ereignisse grundsätzliche Bedeutung für die politische (Widerstands)Kultur und Praxis. Die folgende Erklärung wurde nach einer kurzen Plenumsdiskussion mit 69 Ja-Stimmen verabschiedet. 8 Menschen stimmten dagegen. Niemand enthielt sich. 16 Personen beteiligten sich nicht am Abstimmungsverfahren. Die letztgenannten relevanten Minderheiten halten das Verfahren, das zur Verabschiedung führte, für zu kurzfristig anberaumt. Entsprechend der bisherigen Praxis sei eine Grundsatzentscheidung in der kurzen Zeit nicht möglich. Außedem gibt es inhaltliche Bedenken gegen einige Passagen der Erklärung.

Die von der Mehrheit verabschiedete Erklärung lautet:

Die Schüsse vom 2.11. sind anzusehen als eine Folge staatlicher Unterdrückung und Verfolgung von Bewegungen, z. B. auch an der Startbahn West und eine Folge von Konzepten, mit denen Teile sozialer Bewegungen auf diese Unterdrückung reagiert haben. Obwohl wir noch nicht wissen, ob der Mord von Provokateuren, aus Verzweiflung, Haß oder als Teil einer Strategie des gewaltsamen, bewaffneten Kampfes für eine herrschaftsfreie Gesellschaft verübt wurde, halten wir eine Auseinandersetzung mit staatlicher Reaktion und Widerstandskonzepten zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig.

1. Wir kennen alle diese Formen organisierter Gewalt, die Staatsgewalt, aus den Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands. Und wir wissen auch, daß die Staatsgewalt nicht nur in der direkten Auseinandersetzung Menschenleben gefährdet, sondern das die Herrschafts- und Gewaltstruktur tagtäglich zu einer Vermehrung von Gewalt auf allen Ebenen führen: Männergewalt, Militarimus, soziale Armut, Ausbeutung von Naltur und sogenannter dritten Welt. Wir kritisieren den Ausbau staatlicher Gewalt mittels der geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich des Vermummungsverbotes und des Landfriedensbruchs. Befürworter der Gesetze geben vor, damit Gewalt eindämmen zu wollen, in dem sogenannte Gewalttäter von Gewaltfreien getrennt werden. Die staatlichen Organe maßen sich an zu definieren, welche Protest- und Widerstandsformen gewaltfrei und daher erlaubt sind, und welche nicht. Stattdessen haben für uns die sozialen Bewegungen selbst zu prüfen und zu entscheiden, welche Handlungen gewaltfrei sind oder nicht, welche legitim sind oder nicht.

Die staatliche Repression richtet sich gegen uns alle. In Zukunft soll jede/r Aktive die/der an einer Demonstration teilnimmt, festgenommen werden können, wenn staatliche Organe zuvor erklären, aus dieser sei Gewalt zu befürchten. Außerdem werden Ermittlungen gegen mögliche Täter schon heute dazu benutzt, Hausdurchsuchungen bei Personen im weiteren Umfeld des Widerstandes zu rechtfertigen. Deshalb kritisieren wir auch die Haltung derjenigen Grünen, die zur Fahndung nach den Tätern aufrufen ~~und damit~~ die geschilderten Angriffe ~~der Staats-~~gewalt auf Bewegungsstrukturen billigend in Kauf nehmen. Gewaltfreiheit bedeutet auch die unter dem Vorwand der Strafverfolgung von staatlicher Repression Betroffenen zu schützen.

2. Die Diskussion um die Startbahnschüsse wird auch in der autonomen Szene geführt.

Viele sind bestürzt und kritisieren wiederholt die Anwendung lebensgefährdender Mittel im Kampf um das Ziel. Andere behaupten dagegen, die gesellschaftliche Situation sei "heute noch nicht so weit, um den bewaffneten Kampf zu führen". Selbst innerhalb dieser Strategie läßt sich nicht erklären, wann der objektiv richtige Zeitpunkt gekommen ist. Entscheidend ist, daß die Option der Autonomen für den bewaffneten Kampf grundsätzlich offen gehalten wird, sei es durch den rational begründeten Gebrauch von Waffen oder die unbeabsichtigte Inkaufnahme von Verletzung und Tötung durch andere Gewaltmittel.

Wir treten dafür ein, daß in unseren Kampfformen das Ziel einer gewalt- und herrschaftsfreien Gesellschaft sichtbar wird und menschengefährdende Gewalt ausgeschlossen wird. Nur in Aktionskonzepten, die die Anwendung menschengefährdender Gewaltmittel ausschließen, sehen wir eine Chance, die für Gesellschaftsveränderungen unabdingbare Verbreiterung unserer Basis zu ermöglichen und zu politischen Erfolgen zu kommen. Es ist falsch, die Schüsse - für den immerhin denkbaren Fall, daß sie tatsächlich von Personen aus der Bewegung abgefeuert wurden - als Ausrutscher oder individuelles Versagen abzutun. Wir meinen, daß eine Wiederholung nicht ausgeschlossen werden kann, solange die Option für den bewaffneten Kampf aufrecht erhalten wird.



Forts. FögA ....

3. Autonome und Gewaltfreie teilen nach langen Jahren des Widerstands die Erfahrung der Ohnmacht und der begrenzten Wirkung der jeweiligen Aktionen. Wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, eine Handlungsperspektive gegen staatliche Herrschaft und patriarchale Gewalt, Gefahren der Aufrüstung und Naturzerstörung zu entwickeln.

Abgesehen davon, daß günstige politische Bedingungen bei dem Kampf um den Erhalt der Häuser in der Hafenstraße gegeben waren, sehen wir dies doch als ein Beispiel, daß gerade gemeinsame Teilerfolge zu erreichen sind. Wesentlich hierfür war sowohl die radikale Entschlossenheit der Autonomen an den Häusern festzuhalten als auch die Anwendung von gewaltfreien Kampfformen und die breite Solidarisierung vieler Bevölkerungsgruppen. Weitere Beispiele dafür sind: die gemeinsame Verteidigung der Republik Freies Wendland, der von Massen getragene kämpferische Protest gegen Mittelstreckenraketen in Bremerhafen im Herbst 1983.

Gewaltfreie haben in den letzten Jahrzehnten eine Kultur und Kontinuität von Kampfformen entwickelt, die die Chance in sich tragen, mittels zivilem Ungehorsam, Streik und Boykottkampagnen gesellschaftlich relevante Protestpotentiale in eine radikale Widerstandsperspektive einzubinden.

Wir selbst und auch die Autonomen sind aufgefordert, unsere gesellschaftlichen Ziele erneut zu bestimmen und verbindliche Strukturen in unseren Gruppen zu schaffen. Wir wollen den Dialog führen mit all denjenigen, die eine radikale Gesellschaftsveränderung anstreben. Für zukünftige gemeinsam organisierte Aktionen wird es wichtig sein, zu verbindlichen Absprachen und zu Vorbereitungen, die diese gewährleisten, zu kommen oder - wenn dies nicht möglich ist - an anderen Orten oder zu anderen Zeitpunkten getrennte Aktionen durchzuführen. Es gilt, aus Diskussionen vor Ort und in überregionalen Zusammenhängen einen Widerstand zu organisieren, der jenseits der Perspektivlosigkeit und Gewalteskalation den Erfolg sucht.

Burscheid, den 06.12.1987

Faschos...

Sylvestertreffen der Faschisten in Leubach

Pressemitteilung des Ermittlungsausschusses Fulda

Als Mitglieder des Ermittlungsausschusses Fulda sehen wir es als nötig an, zu den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Faschistentreffen am 31.12.87 Stellung zu nehmen.

Auf die Lügen, Diffamierungs- und Spaltungsversuche des durch seine Äußerungen einschlägig bekannten Landrats Kramer (CDU) (Linksfaschisten, Schwarzer Block kommt, Volksgesundheit usw.) wollen wir hier nicht näher eingehen. Das hat diesmal sogar eine Mitarbeiterin der Fuldaer Zeitung übernommen. Wir hoffen, daß sie dies nach ihrem Kommentar noch bleibt.

Eine bisher nahezu unbekannte Variante bundesdeutscher Politik lieferte der Bürgermeister Leubachs, der entgegen sonstiger Politikergewohnheiten mal auf die Bürger hörte. Diese haben ihm angeblich versichert, wie harmlos die Wikingjugend ist, so daß er überhaupt keinen Grund sah, den Faschistenaufmarsch zu verbieten. Wikingjugend, FAP und nationalistische Front bedankten sich dafür mit Naziliedern und Randale.

Das Verhalten der bayrischen Polizei hat uns natürlich nicht überrascht. Es war schon vorher bekannt, daß in Wackersdorf die Leute gnadenlos niedergeknüppelt werden, während die Faschisten z. B. in Sonthofen von der Polizei geschützt werden, oder wie jetzt in Leubach gemütlich Sylvester feiern können. Wir gehen davon aus, daß nur durch ein Verbot faschistischer Organisationen und Aktivitäten diese nicht wirksam bekämpft werden. Jedoch meinen wir, daß die bestehenden Möglichkeiten genutzt werden müßten!

Polizei deckt Mordversuch durch Faschisten

Während die taz und sämtliche anderen Medien (ausgenommen die Fuldaer Zeitung) von einer Demonstration ohne Zwischenfälle faselten, sah die Realität ganz anders aus:

Fünf Teilnehmer der Demonstration wurden von Faschisten überfallen, als sie sich mit ihrem Auto aus der Innenstadt entfernten. Dabei wurde eine Frau schwer verletzt (Milzriß) und vier weitere leicht verletzt. Das Auto wurde demoliert. Die Faschisten versuchten, mit einer Leuchtpistole ins Wageninnere zu schießen und den Wagen samt seinen Insassen in Brand zu setzen, was glücklicherweise mißlang.

Dies ist ganz klar als Mordversuch zu werten!

Die Polizei hat in diesem Zusammenhang neun Faschisten festgenommen, die Personalien überprüft, und sie, wie sollte es auch anders sein, wieder laufen lassen. Zur gleichen Zeit haben die Überfallenen Anzeige erstattet und eine Gegenüberstellung verlangt, da sie sich sicher waren, die Faschisten wieder zu erkennen. Die Polizei verweigerte die Gegenüberstellung, obwohl sich die neun verhafteten Faschisten im Nebenraum befanden!

Wir sehen dies als ganz klaren Versuch der Polizei, den Mordversuch zu vertuschen!

Auch den Grünen blieb noch ein Fettnäpfchen vorbehalten. Nachdem die Grünen im Aktionskomittee mehrfach kritisiert wurden (wegen inkompetenter Leute, Veröffentlichung von Internas, usw.) stiegen sie aus den Vorbereitungen zur Demo aus. Obwohl sie absolut nichts mehr mit der Vorbereitung und der Durchführung zu tun hatten, drängten sie sich bei der Berichterstattung nach der Demo in den Vordergrund, um ihr nicht vorhandenes Licht unter den Scheffel zu stellen. Einen Redebeitrag wollten sie dreisterweise auf der Abschlußkundgebung auch noch halten. Dies blieb uns zum Glück aber erspart.

Kampf dem Faschismus!

Für weitere Informationen:
EA Fulda
c/o Asta der FH Fulda
Anti-Repressionsreferat
Marquardstraße 35
6400 Fulda

..... FöGA ......

Antwort auf den offenen Brief der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen

- Diese Antwort bezieht sich auf die in der letzten Nummer (AKTION 8/87) veröffentlichte und fälschlicherweise der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen zugeordnete Stellungnahme. Sie ist keine Antwort auf die vorstehende Stellungnahme der FöGA! Die Redaktion -

★

Wir, einige Autonome und AnarchistInnen, wollen mit dieser Stellungnahme unsere Kritik an den Positionen der "Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen" formulieren.

Fangen wir mit den "gefährlichen Vereinfachungen" an, die ihr uns unterstellt. Niemand von uns begreift diesen Staat als bloßes Schweinesystem, d. h. unser inhaltlicher und praktischer Kampf gegen den Staat beschränkt sich nicht auf Parolen wie "Staat hau ab!" Wenn ihr euch mit Publikationen und Veröffentlichungen von uns auseinandergesetzt habt, dann wißt ihr, daß wir diesen Staat nicht als "faschistisch" abtun. Worum es geht, ist, daß die Ursachen des Faschismus nach 1945 nicht beseitigt wurden. Es gab keine "Befreiung" vom Faschismus, weil dessen Grundlage, der Kapitalismus, in seiner Existenz nicht gefährdet war oder gar beseitigt wurde. Der Faschismus brach nicht über Nacht herein, und er ist natürlich nicht über Nacht verschwunden. Dazu kommt, daß dieser Staat, auch wenn die Herrschenden momentan nicht auf die Organisationsform "Faschismus" zurückgreifen, faschistische und faschistoide Mittel einsetzen. Sind Zwangsernährung, Isolationsfolter, Vernichtungshaft, Flüchtlingspolitik, Patriarchat, Polizei- und Gesetzesterror etwa "demokratisch"? Vielleicht geht ihr zu subjektiv von eurer Situation aus. Nach dem Prinzip "Teile und Herrsche" bzw. "Zuckerbrot und Peitsche" behandelt der Staat euch "demokratisch" und läßt euch Freiräume in diesem System. Wenn ihr jetzt von "Demokratie" redet und mit der Artikulation von ein wenig Staatskritik zufrieden seid, dann ist genau diese Rechnung aufgegangen.

In dem Punkt "innerlinke Dialog" müssen wir euch teilweise recht geben. Die Auseinandersetzung unter Linken sollte solidarisch, konstruktiv und offen sein. Differenzen gibt es wohl da, was ihr und was wir als links begreifen. Schily, Fischer, Cohn-Bendit und Konsorten sind für uns keine Linken mehr. Unter "Dialog" verstehen wir allerdings keinen Rechtfertigungszwang für Autonome (die sich auch noch zu absoluten Gewaltfreiheit bekennen sollen); Selbstkritik können wir genauso und erst recht von euch fordern.

Zu eurer "Aufrüstungsthese": Uns geht es natürlich nicht darum, es militärisch dem Staat gleichzutun. Zweck und Mittel müssen sich bedingen; unserer Vorstellung von einer freien, selbstverwalteten Gesellschaft widersprechen MILITÄRISCHE Strukturen völlig. Unser Hauptansatzpunkt in der jetzigen Situation ist die politische Ebene. Militante Aktionen halten wir allerdings trotzdem auch jetzt für nützlich und erforderlich, es läßt sich zum Teil konkret bereits etwas erreichen (vgl. Adler/Südkorea, Hafenstraße ...), oder es läßt sich die politische Ebene durch militante, beispielhafte Aktionen unterstützen (z. B. Strommastensterben, Angriffe auf Banken, Aktionen gegen das Militär). Es geht darum, die Angreifbarkeit des Systems aufzuzeigen, Zusammenhänge klarzustellen und eben so viel wie möglich bereits jetzt zu erreichen. Da es absehbar ist - sollte unsere Politik erfolgreich sein -, daß sich mal die Alternative Faschismus oder Revolution stellen wird, bzw. daß es in einer nichtrevolutionären Situation nötig sein kann, Schußwaffen anzuwenden, distanzieren wir uns nicht grundsätzlich von diesem Mittel, sondern kritisieren wir den Schußwaffengebrauch nur da, wo wir ihn für fehl am Platze halten. (Dies meinen wir allerdings nicht in Bezug auf die Ereignisse in Frankfurt, wir gehen mittlerweile davon aus, daß diese Schüsse eine Staatsschutz- oder Geheimdienstaktion waren.) Weiter kann es nicht darum gehen, die "Zwillen wegzuschmeißen", wie ihr es fordert, es geht darum, unsere Mittel, und dazu gehören Zwillen und vieles andere, sinnvoll einzusetzen. Wir stehen zu der Geschichte militanter Kämpfe; euer Geschwafel von Abschreckungsniveau entspricht dem Bildzeitungsnieveau. Wir beschränken Militanz nicht nur auf gewalttätige Aktionen, sondern sehen Militanz als theoretischen und praktischen Ausdruck von Radikalität auf allen Ebenen (vom "privaten" bis hin zum gesellschaftlichen Bereich), von Entschlossenheit und eigener Stärke, vom selbstbestimmten Kampf gegen Staat, Kapital und Patriarchat.

Eure Kritik an autonomen Strukturen bezüglich Verbindlichkeit ist teilweise richtig. Doch solltet ihr auch die Ursachen sehen. Zum einen geben wir zu, daß es uns noch nicht gelungen ist, eine bundesweite Organisationsstruktur zu schaffen, die sowohl unseren Vorstellungen von Vorwegnahme der von uns angestrebten Gesellschaft nahekommt, als auch gegen den Druck des Aufstandsbekämpfungsapparates ankommt. Das war bis jetzt nicht möglich; wir werden auch weiterhin mit Provisorien auskommen müssen. (Übrigens ist das ganz allein unser Problem!)

Die Kritik hinsichtlich nicht eingehaltener Absprachen können wir so nicht akzeptieren. Wenn ihr euch bei Konfrontationen zwischen den Bullen und uns dazwischen stellt, wenn ihr uns die Masken vom Kopf reißt, wie es schon oft genug der Fall war, gefährdet ihr uns erheblich und brecht die Abmachung von der Tolerierung aller Aktionen (sofern sie nicht die eigenen Leute gefährden). Ihr steht damit in der Tradition des grünen Reformismus. Wir werden das Gewaltmonopol des Staates nie akzeptieren und wir werden uns nie auf die Mittel beschränken, die der Staat uns zugesteht. Außerdem können wir uns nicht, wie ihr, damit zufriedengeben, den Staat nur theoretisch zu bekämpfen. Wir wollen eine revolutionäre Praxis gegen die HERRschenden, die sich aus unseren Inhalten entwickelt. OB GEWALTFREI ODER MILITANT – HAUPTSACHE WIDERSTAND!

Zu den Vorfällen an der Startbahn ist nicht mehr viel zu sagen. Zusammenfassend steht fest, daß sich fast alle autonomen und anarchistischen Stellungnahmen gegen die Schüsse aussprechen (wenn auch mit durchaus unterschiedlichen Begründungen). Eure Stellungnahme jedoch beweist, daß der Staat sein Ziel erreicht hat, nämlich Spaltung und Isolierung. Die Tatsache, daß ihr euch praktisch von uns isolieren wollt, verurteilt euch zur Ohnmacht gegen dieses Unterdrükkungssystem. Ihr macht das, was der Staat von euch erwartet - und damit akzeptiert und legalisiert ihr das bestehende System und steht auf der anderen Seite der Barrikade. Durch eure Schwarz-Weiß-Malerei vom "richtigen" und "falschen" Widerstand versucht ihr die Öffentlichkeit zu verdummen und macht Spaltung und Entsolidarisierung erst möglich.

Solidarische Grüße können wir unter diese Antwort nicht setzen. Wir können nur hoffen, daß sich eure Haltung nach einigen Diskussionsprozessen noch ändert.

HASTA LA VICTORIA SIEMPRE!
Münchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen (MAFIA)

Knast in Weiterstadt

Am 22.1.88 fand dazu eine Veranstaltung der Bunten Hilfe Darmstadt mit ca. 250 Interessierten statt (siehe auch AKTION Nr.29). Zum Weiterstädter Knastbau wurde im Wesentlichen der Text einer neu erschienen Broschüre referiert. Nach einem Beitrag über die Auswirkungen von Isolationshaft schlossen sich ein Bericht über den Frauenknast Plötzensee sowie ein Videofilm an. Durch die Veranstaltung vorbereitet, überzeugten sich am nächsten Tag ca. 80 Menschen, begleitet von einigen Schupos, bei einer Ortsbegehung vom Stand der Bauarbeiten in Weiterstadt. Hiermit sei zur näheren Information die Broschüre empfohlen:

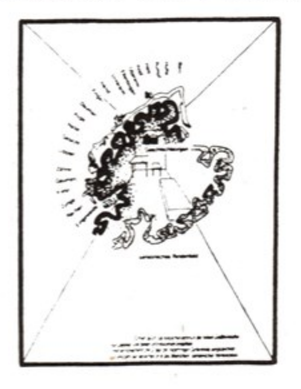
Neu erschienen: Die High - Tech - KZ's

Die 70 - Seiten - Broschüre der Bunten Hilfe Darmstadt enthält Artikel und Hintergrundinformationen über die neuen Hochsicherheitsknäste in Berlin/-Plötzensee und Darmstadt/Weiterstadt. Diese aktuellen Teile werden ergänzt durch Hintergrundmaterial über Folterforschung aus der leider vergriffenen Autonomie 2 - Die neuen Gefängnisse. Der Weiterstadt - Teil umfaßt alle Aspekte des 700 - Iso - Haftplätze umfassenden Knasts in Weiterstadt, dessen Teilbelegung nach Abschluß der ersten zwei Bauabschnitte noch 1988 beginnen soll. Da Weiterstadt und Plötzensee zu der gleichen Art von Knästen gehören, veranschaulicht das Interview mit einer ehemaligen Gefangenen aus der Plötze, was die zukünftigen Inhaftierten in Weiterstadt erwartet.

Die zwei anschließenden Autonomie - Artikel - Reprints geben erstmals wieder einem interessierten Kreis die Möglichkeit, sich auch mit der Entstehung, Entwicklung und den politischen Hintergründen und Absichten der Folterforschung und ihrer Anwender auseinander zu setzen. Dabei geht es vor allem um die moderne Form der Folter, der sogenannten "Weißen Folter", die Persönlichkeits- und Identitätszerstörung bis zur physischen Vernichtung der Gefangenen ohne einen einzigen Blutstropfen erreicht, und zwar durch wissenschaftliche Umsetzung der Bereiche sensorische Deprivation, Isolation und Gruppendynamik. Die bislang nur in Hochsicherheitstrakten (von denen auch Weiterstadt zwei bekommen wird) praktizierte Form der Isolationshaft und Gehirnwäsche wird jetzt quasi zum Normalvollzug. Hier werden vor allem politische Gefangene, wie Startbahngegner, Anti - AKW' ler usw. und andere undisziplinierbare Gefangene eingewiesen werden.

Petronella

DIE NEUEN HIGH-TECH-KZ'S
Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug:
Weiterstadt und Plötzensee



Inhalt

Bestellungen: (nur gegen Vorkasse!!!)
Literaturkonto der Bunten Hilfe
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150
Kontonummer 111 036 349
Einzelausgabe DM 8,-- incl. Porto
10 Ausgaben DM 60,-- incl. Porto
Herausgeber: Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt
Tel.: 06151-20480 (MO & MI von 20 - 22 Uhr)

Interview mit einer Gefangenen aus dem Info 'Neues vom Knast' d. Berliner 'Knast AG'.
'Gehirnwäsche gegen den Umsturz' und 'Zerstörung der Persönlichkeit' aus Autonomie Neue Folge Nr. 2: 'Die neuen Gefängnisse' (Hamburg 1979).

Presseerklärung

HÄNDE WEG VON DER Au - Wir bleiben drin

zu dem polizei-überfall auf das besetzte haus "IN DER AU" in frankfurt rödelheim am samstag den 6.2.88.

am 6.2.88. gegen 10 uhr umstellten 40 beamte des HLKA unser haus und forderten uns auf, sie rein zu lassen.
es handle sich nicht um eine räumung, sondern lediglich um eine durchsuchung zwecks auffindung von frank h..beschluß vom BGH im auftrag der BAW vom 27.1.88..
wir sagten, daß frank h. nicht bei uns sei und daß sie verschwinden sollten.
einer ihrer sprecher bekundete, daß er durchaus wisse, frank h. bei uns nicht aufzufinden, aber das käme eben von ganz oben und sie könnten nichts machen. das SEK stünde schon einsatzbereit da. sie gaben uns 5 minuten zeit, die tür zu öffnen, um mindestens 15 beamte ins haus zu lassen.
panzerwagen, unimogs, kamerawagen und notarztwagen fuhren vor. bewaffnete mit schrotflinten amerik. bauart und mit gasgranatwerfern wurden postiert. wir wiederholten, daß frank h. nicht im haus sei, das ultimatum verstrich, die türen blieben zu. ein feuerwehrwagen mit hydraulischem leiterwerk fuhr vor. ein mit äxten bewaffnetes, behelmten und mit motoradmasken vermummtes spezialkommando kletterte auf das dach und zerschlug dachziegel, dachfenster und stürmte ins haus. alle anwesenden wurden in einem haus festgehalten und bedroht. weitere kommandomitglieder, die durch die balkontür eingebrochen waren, verwüsteten unser haus. fenster wurden aus den rahmen gerissen und zerschlagen. maschinen in unseren werkstätten, musikinstrumente und andere für uns

Fortsetzung auf Seite

AUSSAGEN VERWEIGERN !
WARUM ?

Aus gegebenen Anlaß haben wir diesen Beitrag zur Aussageverweigerung verfaßt; er versucht bisherige Erfahrungen, die auch teilweise schon veröffentlicht sind , zusammenzufassen und zu ergänzen. Im folgenden sind drei Bereiche abgehandelt:
Am Anfang wird versucht dem näherzukommen, warum so viele Aussagen gemacht wurden; der mittlere Teil liefert Argumente und Überlegungen ,die für eine Aussageverweigerung sprechen, und daran schließt ein Abschnitt, in dem Methoden der Polizei, an Aussagen ranzukommen, dargelegt werden.

Seit dem 2.11.87 kam es im Rhein--Main-Gebiet zu einigen Verhaftungen und zahlreichen Vernehmungen von Personen als Beschuldigte oder als ZeugInnen. Dabei setzten Polizei und Justiz verschiedene Druckmittel ein (oder gaben vor solche in der Hand zu haben) ; diese Mittel und Methoden waren keine unbekannten (z.B. abgehörte Telefongespräche), erreichten aber dennoch ihr Ziel: eine Menge Informationen über Strukturen in der Szene zu bekommen.
Viele Leute aus der Startbahn(rest)bewegung hielten dem Druck nicht stand und belasteten sich und/oder andere, obwohl sie es vorher nicht wolltenund es zu früherer Zeit schon Diskussionen stattfanden, die Konsequenzen daraus hätten klarmachen können. Aber sie wurden oft nur oberflächlich, ungenau und auch unehrlich geführt und die bittere Folge ist dann u.a. eine schwach entwickelte politische Identität. Dies hat natürlich auch viel mit den Schwierigkeiten der Restbewegung zu tun, aber wir wollen uns zum großen Teil auf die "persönliche" Ebene beschränken, damit für einzelne ihr tatsächlicher Stand überprüfbar wird.
Außerdem haben persönliche Beweggründe auch immer ihre politische Entsprechung.Es ist eben schon allein menschlich gesehen sehr schwach die eigene Haut zu retten, wenn die "Opferung" anderer Personen der Preis dafür ist. Zudem hat dies in der Regel die Folge, daß die Person selbst und andere es ausbaden müssen, und die vorher gemachte "Rechnung" gar nicht aufgeht. Es wurde aber von vielen Leuten praktiziert, bewußt der unbewußt, mit unterschiedlicher Schwere der Belastung von anderen Personen; vieles, was vorher klar schien, geriet ins Wanken(z.B.dem Fandungsapparat keine Informationen zu liefern), beziehungsweise war als Position nur scheinbar vorhanden oder aber nicht einlösbar.



Wir wolleh mögliche Ursachen nachvollziehen, um damit die Möglichkeit zu haben, ähnliche Fehler in Zukunft vermeiden zu können. Für die folgenden fünf Punkte gilt, daß sie rein schematisch aufgezählt sind und in der Realität nur in Mischformen auftreten. Auch soll nicht die absolute Klarheit beschworen werden, die sich in der Regel auch nie erreichen läßt; aber zumindest die, daß mensch nicht an Aktionen teilnimmt, falls einige Zweifel daran bestehen, in der Lage zu sein in einer Situation der verschärften Konfrontation niemanden zu belasten. Auf der anderen Seite müßte durch genaueres Umgehen vermieden werden, daß Leute ohne bestehende Notwendigkeit Dinge erfahren, die für sie eine Belastung in eben genannten Situationen bedeuten könnten.

Mögliche Ursachen und Beweggründe:

1)Das bestehende Mißverhältnis zwischen der Teilnahme an Aktionen, die Knast oder zumindest Geldstrafen zur Folge haben können, ohne vorherige Auseinandersetzung mit diesen möglichen Konsequenzen für die eigene Person.
Es wird dann an den unmittelbaren Bedingungen für die geplante Aktion überlegt (was ja auch Spass machen kann), aber der unangenehme "Rest" wird ausgeblendet und verdrängt. Die "Erkenntnis" kommt dann erst beim Verhör, das drohende Monate/Jahre Knast für die Person "zu viel " sind ; da ist es natürlich zu spät sich aus der Afaire zu ziehen und es wird der Versuch unternommen sich zu retten, in dem andere belastet werden.
Auseinandersetzung heißt im wesentlichen, sich die drohende Situation Festnahme/Verhör/Knast vorher möglichst genau vorzustellen, um herauszubekommen, ob du so wie du bist (du selbst kennst deine Schwächen am besten) mit dieser Situation zurecht kommst. Mit anderen kannst du diskutieren, was es für Möglichkeiten gibt sich in solchen Situationen zu verhalten. Das Ganze hat natürlich nur Sinn , wenn du dich nicht selbst bescheißt und ein gewisses Vertrauen besteht, und es deswegen nicht notwendig ist sich und anderen den/die Helden/in vorzuspielen und z.B. vorhandene Ängste zu verschweigen. Insgesamt liegt darin die Möglichkeit , sich klar zu werden, wie mensch sich verhalten will und was dafür zu beachten ist.Die Drohung mit Knast verliert an Schrecken, wenn du geklärt hast, daß du für bestimmte Vorstellungen bereit bist diese Möglichkeit in Kauf zu nehmen.

2)Überlegungen (oder vielmehr Zweifel), ob es sich überhaupt "lohnt" Strukturen zu schützen, die wir oft schon als mangelhafte und zersplitterte erkannt und benannt haben und einige von uns sich schon öfter gefragt haben, ob es noch Sinn hat, diese aktiv zu unterstützen.Dazu ist zu bemerken, daß es der vollkommen falsche Zeitpunkt ist, Konsequenzen aus vorhandenen Zweifeln im Verhör oder während der Vorladung zu ziehen.
Sie zu ziehen ist zu einem früheren Zeitpunkt angesagt, wo bestehnde Differenzen und daraus entstandene Distanz nicht solche verheerenden Folgen haben, wie im Verhör.
Bei Verhör oder Vorladung bekommt es den bitteren Beigeschmack von verspäteter Rache, wenn die "Schuld" dann bei allen anderen nur nicht bei sich selbst gesucht wird.
Um es ausdrücklich dazu zu schreiben: Wir meinen nicht, daß Leute mit großen Differenzen zu autonomer Politik generell eher bereit sind andere zu belasten.

So berechtigt uns eben genannte Zweifel auch erscheinen, halten wir es für richtig und notwendig die "desolaten" Strukturen zu schützen, auch wenn vieles, was wir formulieren höchstens im Ansatz verwirklicht ist. Es ist noch verdammt viel zu tun diese Vorstellungen Realität werden zu lassen, aber die Preisgabe im Verhör hilft der Gegenseite, bescheidene Ansätze schon im Keim ersticken zu lassen. Ein anderer Aspekt ist zudem der, daß ein in Jahren politischer Arbeit entwickelter Teil der Persönlichkeit sich auch dann lohnt zu schützen, wenn genannte Szenenstrukturen nicht so verteidigenswert erscheinen.

3) Eine andere Schwierigkeit ist die festzustellende Schwäche der Restbewegung, als deren Teil wir uns begreifen. Sie ist lediglich ansatzweise in der Lage drohende Konsequenzen politisch oder materiell abzuwenden, mangels Stärke und Geld.
Dies ist so traurig als es wahr ist, aber ähnlich wie bei Punkt 2 läßt sich da nur sagen: es ist eine späte Erkenntnis und daß der Preis für politische Arbeit, die dem Staat unbequem ist, ein hoher ist und immer sein wird liegt in der Logig und Berechnung der Gegenseite.

4) Ein ursächlicher Standpunkt mag schließlich der einfache egoistische sein, von dem aus betrachtet eine anstehende Verteilung von Lasten logischerweise immer hauptsächlich auf andere umzulegen ist. Nach dem Motto "ich hab kein Bock auf Knast" muß dann folgerichtig geplaudert werden.

5) Als letzte Möglichkeit kommt schließlich noch in Betracht, daß Leute sagen/denken "alles was sie hier und im folgenden lesen, war ihnen nicht bekannt" oder zumindest nicht bewußt. Das ist in der Zukunft dann ja anders und für die gilt dann : vor allen Organen des Staates pssst !!
Zusammengefaßt läßt sich sagen : Auch wir können uns nur auf uns selbst und das Prinzip Hoffnung stützen und wollen im folgenden Argumente für eine totale Aussageverweigerung aufzählen und versuchen zu belegen warum diese notwendig ist.

★

Mordvorwurf und schlotternde Knie

Die ersten Verhöre zu den Schüssen an der Startbahn fanden noch in der Nacht vom 2./3.11. statt. Hier, wie auch in den nächsten Wochen, wurde den Leuten Mordbeteiligung vorgeworfen. Der damit verbundene enorme Druck hatte zur Folge, daß einige versuchten sich diesem durch Aussagen zu entziehen. Da wurde beteuert mit Mord nichts zu tun zu haben, und um vor den Bullen glaubwürdig zu erscheinen, mußte das dann belegt

werden. Da hatten die Bullen sie dann genau an dem Punkt, an dem sie die Leute haben wollten. Die für fast alle ungeheure Dimension von 2 toten Polizisten, führte dazu, daß Leute über Treffen, Demos und Aktionen plauderten.Niemand konnte die Folgen seiner Aussagen abschätzen. So wurde jemand in Bezug auf die Schüsse entlastet, weil er ein Megafon mit sich trug, allerdings ist daraus inzwischen ein 129a Ermittlungsverfahren geworden.

MERKE: Der Schritt vom Zeugen zum Beschuldigten ist klein.

-Negativrasterung: dein Alibi z.B. hilft ihnen bei der Fahndung, weil jede Angabe die gemacht wird (auch die "ich habe am 2.11. abends wie üblich betrunken in der Küche gesessen") den von ihnen angepeilten Personenkreis kleiner werden läßt.

-Mit wem du draußen warst; eventuell angegebene Zeugen werden auch vorgeladen, bekommen unter Umständen auch ein Verfahren, belasten vielleicht dich selbst.

-Die Erfahrung aus Hannover (Wirtschaftswunderkinder)1985 und die jüngsten hier im Rhein-Main Gebiet haben gezeigt, daß es ein Trugschluß ist davon auszugehen, wenn mensch bei der Vernehmung Aussagen macht, hätte sie/er "es hinter sich". Denn gerade dann, wenn Bullen/BAW merken, daß der Druck zieht, daß verunsicherung da ist, bohren sie weiter.So wurden z.B.einzelne, die bereits Aussagen gemacht hatten, schon x-mal zu Hause oder von der Arbeit "zum Gespräch"abgeholt.Bei anderen schauen die "netten LKAler" öfter mal vorbei oder erkundigen sich am Telefon über (Un)Wohlbe--finden.

Andere hingegen, die von Anfang an keine Aussagen gemacht hatten, wurden weder mit Vorladungen noch sonstwie belästigt.

-Bei der Vernehmung irgendwelche Geschichten zu erzählen, macht keinen Sinn; denn deine Aussagen werden überprüft, Unstimmigkeiten ziehen weitere Vorladungen nach sich, bis hin zur direkten Konfrontation mit Zeugen (gab es inzwischen auch schon).

-Uneidliche Falschaussagen können mit Knast geahndet werden und somit auch wieder ein Druckmittel gegen dich sein.

-Wer Aussagen macht, kann damit rechnen auch in anstehenden Prozeßen vernommen zu werden. In der Athmosphäre des Staatsschutzsaals mit BAW, massig Bullen und Öffentlichkeit hinter Trennscheibe, mußt du dann ihrer bohrenden Fragen gewachsen sein.

-Einige haben sich selbst belastet(z.B. wegen Strommasten) und bekamen deshalb Haftverschonung. Faktisch gaben sie den Bullen damit selbst ein Druckmittel in die Hand, mit dem diese dann z.B. mit tagtäglichem Telefonterror weitere Infos abzupressen versuchen. Sie haben jetzt etwas gegen dich in der Hand und da kommst du angeblich nur von weg, wenn du andere denunzierst. Einer bekam die Auflage jede Woche persönlich bei der SOKO "zu singen"(tut er seit ein paar Wochen nicht mehr).

-Die Belastung anderer ist extemer Ausdruck unsolidarischen Verhaltens.Damit schließt mensch sich nicht nur aus politischen Zusammenhängen aus, sondern verliert auch das (vielleicht viel wichtigere) Vertrauen zu Teilen von Freunden und Bekannten.

-Offensichtlich haben viele noch nicht die Dimension der ganzen Vorladungen realisiert und meinen sich durch "banale" Aussagen beim Staatsanwalt um die Androhung von Ordnungsgeld bzw. Beugehaft herummogeln zu können.Es wird von vielen verkannt, daß jede Aussage ein Mosaikstein ist, dessen Wert für die Ermittlungen du selbst gar nicht einschätzen kannst. Zumal wir nicht mal absehen können, in welche Richtung die Ermittlungen noch gehen werden.

-Für den Vernehmungstatbestand scheinbar noch so unrelevante Infos werden sie dennoch speichern. Du perfektionierst deine eigene Erfassung, beziehungsweise die anderer, in dem du zumindest Teile von Persönlichkeits-/Strukturbildern lieferst. Es sollte klarsein, was das auch für die Zukunft heißt.

Den individuellen Vorladungen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen müssen wir gemeinsames solidarisches Verhalten und Handeln entgegensetzen. Nur so können wir politisch auf die laufende Repressionswelle reagieren; das fängt schon bei der Vorbereitung auf eine Vorladung beim Staatsanwalt an:

-Dein Verhalten bei der Vernehmung mit Freunden oder Gruppe diskutieren.

-Klären wer sich um was kümmert, falls sie dich in Beugehaft stecken(Kinder, Ausbildung, Arbeit, Wohnung....). Geh zu einer Anlaufstelle und sag Bescheid, auch danach wie es gelaufen ist.

-Sich überlegen wer mitgeht, ob eine Flugblatt oder Transparentaktion während der Vernehmung gemacht werden soll.

-Erst zum Anwalt gehen, wenn du klar hast, ob du die Aussage total verweigern willst, und dann abklären wer dich unterstützen kann. Denn einige Anwälte finden es nervig, wenn Leute zu ihnen kommen und nur wage im Kopf haben wie sie sich verhalten wollen und nicht klar haben wie sie das durchsetzen können. Wir diskutieren unsere politische Entscheidungen sonst auch nicht mit Anwälten.

Zu den bisherigen Vernehmungen ist zu sagen:

-Mit der Beugehaft gibt es kaum Erfahrungen in der BRD. Bei Massenvernehmungen in Hanover 1985 und 1987(Radikalverfahren), wurde sie oft angedroht, aber auch gegen Leute die weiterhin nichts aussagten nicht durchgesetzt.

-Der § 55 (Selbstbelastung) kann nur bedingt eingefordert werden. Umstritten ist, ob er für die Tatsache gilt, daß mensch sich am 2.11. an der Startbahn aufgehalten hat (dies wird von einigen Staatsanwälten als Begründung akzeptiert, von anderen abgelehnt). Bei Fragen z.B. zu den Strommastaktionen ist es offensichtlich unsinnig sich darauf zu berufen.

-Einige haben in den letzten Wochen die Aussagen total verweigert; ihnen wurde bis jetzt Ordnungshaft lediglich angedroht; die dafür verhängten Ordnungsgelder lagen zwischen 150.- und 400.- DM.

-Bei totaler Aussageverweigerung weiß mensch genau, was im grassesten Fall auf ihn oder sie zukommen kann.- Das ist Leuten vielleicht nicht klargewesen, die sich auf Aussagen eingelassen haben.

Soeben genanntes sollte aufzeigen, daß es sinnvoll ist das Verhör als eine Konfrontation zu begreifen und sich dessen Schärfe klarzumachen. Durch die totale Aussageverweigerung baust du eine psychologische Barriere auf, mit der du nie in die Bedrängnis kommst, den Punkt ab dem du nichts mehr sagen willst (neu) bestimmen zu müssen.

★

Verhörmethoden

Im verlauf der Vernehmungen haben sich bestimmte z.T. bekannte Muster ergeben, nach denen die Bullen arbeiten. Sie stimmen ihre Vorgehensweise auf die individuelle Verfassung und Lebenssituation der Beschuldigten ab; da werden die Angst vor Knast, Verlußt von Arbeitsplatz und Angst vor Prüfungen aufgegriffen, als auch Beziehungen und Kinder als Druckmittel verwendet. Das Ziel dabei ist ausschließlich Aussagen aus den Leuten herauszubekommen; sie benutzen die Möglichkeit bei der die größte Chance auf Aussagen besteht und das ist in der Regel massiver Druck.Einige sind auf die uralte Kombination vom bösen Bullen und seinem ach so freundlichen Kollegen hereingefallen. Da waren bei Verhören agressive LKAler die nach einiger Zeit vom "netten"Herrn Tietze, dem Leiter der politischen Abteilung in Ffm, abgelöst wurden.

Das kann einem am Anfang als enorme Erleichterung vorkommen, da vorher ein großer Widerstand gegen den LKA`ler aufgebaut werden mußte, um dem Verhör standzuhalten. Doch dieses Gefühl mit jemanden reden zu können, der Verständnis aufzubringen scheint, hat sich dann auch in Aussagen ausgedrückt.

Es wurde auch gezielt belastendes und scheinbar belastendes Material eingesetzt. Durch das Vorhalten angeblich belastender Zeugenaussagen wurden Leute "fantastisch" gegeneinander ausgespielt.Mit falschen Anschuldigungen wurde versucht den Eindruck zu erwecken, es hätten sowieso schon alle geredet und es würde dementsprechend auch keinen Sinn machen den Mund zu halten.

Zusätzlich wird oft mit "bonbons", wie Haftverschonung oder Strafmilderung gelockt, die natürlich bei Bedarf zurückgezogen werden können oder es sind sowieso Versprechungen die gar nicht eingelöst werden können.

Es wurden auch abgehörte Gespräche, aus Wohnungen und vom Telefon, mit belastendem Inhalt vorgehalten. Daraufhin belasteten sich einige Leute selbst, ohne zu wissen, daß dieses Material für die Bullen ohne Geständnis völlig wertlos ist; da ohne richterliche Genehmigung keine abgehörten Gespräche vor Gericht verwendet werden dürfen.

★ ★
★

Einige Autonome aus Ffm

DER ZUSAMMENBRUCH DES KAPITALISMUS

Kaum jemand rechnet damit, daß der Kapitalismus zusammenbrechen könnte. Doch die Krisenzeichen mehren sich. Die Verschuldungsspirale powert immer mehr Länder aus. Vollgestopfte Warenlager und Lebensmittelberge in den reichen, Massenelend in den armen Ländern. Auch in der BRD steigt die Massenarbeitslosigkeit. Rheinhausen ist da nur das Vorspiel. Der Börsenkrach vom Oktober 1987 erschütterte die Finanz- und Devisenmärkte. Die Young Urban Professionals (Yuppies) erlitten ihre bisher bitterste Niederlage. Und wenn selbst die Kapitalisten ihrem eigenen System nicht mehr trauen, stinkt es gewaltig nach Krise. Ist die radikale Linke darauf vorbereitet?

Er ist stolze zweihundert Jahre alt, geboren aus Dreck, Elend, Aufklärung und Revolutionen. Mit glänzenden Höhen und mörderischen Krisen taumelte er oft am Abgrund entlang. Doch allen Krieg und Zusammenbruch überstand er bisher wie eine Katze mit sieben Leben. Der Kapitalismus hat sich verändert, daß manche ihn schon nicht mehr erkennen, und andere glauben, sie hätten ihn bereits hinter sich. Aber sein Prinzip der Ökonomie, das Karussel von Profit, Lohnarbeit, Ausbeutung und Reichtum, gilt überall auf dem Planeten.

Wieder einmal mehren sich die Sterbesymptome. Ein Zusammenbruch kündigt sich an. Ob und wie dieser stattfindet, ist beherrschendes Thema in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse. Die radikale Linke ist anderweitig engagiert. Ökonomie ist kein Gegenstand der Auseinandersetzung. Ein Zusammenbruch würde diese völlig überraschen. Die Vorstellung von Revolution ist undeutlich, teils gar nicht erst vorhanden. Denn die radikale Linke ist felsenfest überzeugt, daß eine Revolution nicht heute, nicht morgen und vielleicht nicht einmal übermorgen möglich ist.

Der Widerspruch zwischen materiellem Reichtum und Produktivität auf der einen Seite sowie Massenelend und Vernichtung menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen auf der anderen spitzt sich zu.

"Die Revolution muß in den Zentren laufen, weil sie nur hier finanzierbar ist." erklärte ein Autonomer kürzlich in einer Diskussion. Und wirklich ist der Reichtum an Wissen, Ressourcen und Kapital weltweit so gigantisch wie noch nie. Somit ist die materielle Basis für eine freie, soziale und humane Gesellschaft so groß wie nie zuvor. Warum gilt ausgerechnet in dieser objektiven Lage eine Revolution für ausgeschlossen?

Der Kapitalismus ist schwer angeschlagen. Schuldenkrise, künstlich hochgepuschtes Wirtschaftswachstum, aufgeblähte Finanzmärkte, Überproduktion hier, Hunger und Armut da, lassen den kapitalistischen Moloch schwanken. Dafür ist der Börsencrash vom Oktober 1987 ein weiteres Alarmzeichen. Trotz aktueller Beruhigung der Szene hat sich in der Devisen- und Börsenwelt ein unkontrollierter Schwelbrand festgefressen.

Die Aktion von Hamburger Punks, die aus Solidarität mit den Menschen in Rheinhausen, die hanseatische Börse besuchten, war auf der Höhe der Zeit und weist zukünftigem Widerstand die richtige Richtung.

Die weltweite Yuppiescene hat mit dem Börsencrash einen herben Schlag erhalten. Das schnelle Geld ist trotz Computerterminals, Yet-Setting, Dallasstyling und postmoderner Politabstinenz nicht mehr zu machen.



Vielleicht sollte sich der Rest der Menschheit nicht sonderlich aufregen, wenn ein paar verzweifelte Börsianer in New York oder Frankfurt aus dem Fenster stürzen. Der Aktienmarkt war ohnehin aufgebläht, und die Kurswerte hatten jeden realen Bezug zur materiellen ökonomischen Basis verloren. Der Crash galt selbst manchen Kapitalisten als eine notwendige Vernichtung ungedeckter Papierwerte.

Seit Jahren saugen die Parasiten der Money Society Renditen und Profite aus dem Wirtschaftsprozeß, zeichnen Banken Supergewinne. Rund um den Globus verschieben sich die Machtzentren, weg von den Regierungen und Nationalstaaten, hin zu den Banken und Multis.

"Die Kapitalistenklasse herrscht, aber sie regiert nicht." erklärte Kautsky schon 1906. Aber auch innerhalb der Kapitalistenklasse gibt es Machtverschiebungen. Das produktive Kapital verliert an Einfluß zugunsten der zirkulierenden Kapitalsphäre. Die Nadelstreifen-Banker haben weltweit mehr Regierungen gestürzt, Wirtschaftskrisen ausgelöst, Kriege geführt, gefoltert und gemordet als alle Militärs, Geheimdienste und Terroristen zusammen. Noch die blutigste Diktatur wurde in deren Auftrag errichtet.

Die weltweite Verschuldung ist ein weiteres Alarmzeichen.. Fidel Castros Plan eines Schuldenstreiks aller Schuldenländer sorgt zwar für Unruhe, würde aber nicht nur die Zentren, sondern zunächst in erster Linie die abhängigen Länder treffen.

Die Money Society erwies sich als unfähig sowohl die Verschuldungsspirale als auch den gefährlich überhitzten Börsen- und Devisenmarkt unter Kontrolle zu bringen. Eine Folge davon war der Crash am 19. Oktober 1987, dem schwarzen Montag, als der Dow Jones Index der New Yorker Börse um 22,60 % in den Keller rutschte. Am 28.10.1929, dem legendären schwarzen Freitag, der die Weltwirtschaftskrise mit Millionen Arbeitslosen und galoppierender Inflation auslöste, betrug der Einbruch nur 12,80 %.

Das Massenelend hat damals nicht nur in Deutschland dem Faschismus genutzt.

Nach dem Crash im Oktober 1987 herrscht Ratlosigkeit und Gesundbeterei unter den Regierungen. Die Weltwirtschaft sei doch stabil. Es werde wieder aufwärts gehen. Doch der Crash ist auch ein offenes Mißtrauensvotum für die offizielle Wirtschaftspolitik der Regierenden. Es stinkt nach Krise, wenn die Kapitalisten selbst das Vertrauen in ihr System verlieren.

Die Börse ist stets ein besonderer Seismograph für kommende gesellschaftliche und wirtschaftliche Erdbeben. Ob Kuba-Krise 1961, der Berliner Mauerbau, der Vietnamkrieg, ob Ölkrise oder Tschernobyl, die Kurse schlugen aus, entweder als Reaktion auf aktuelle Ereignisse oder als Vorzeichen kommender Turbulenzen. Das Jahr 1988 wird noch manche Überraschungen bereithalten.

Finanzminister Stoltenberg faselte nach den Kursstürzen noch unbeirrt weiter vom vorzüglichen Zustand der BRD-Wirtschaft, da zogen schon die nächsten Gewitterwolken auf. Das Wirtschaftswachstum der BRD beträgt 1987 gerade noch 1,7 %. 3 % lautete die Prognose. Die Arbeitslosenzahl stieg im Dezember 1987 kräftig an auf über 2,3 Millionen. Die BRD leistet sich somit seit sechs Jahren den Luxus eines Arbeitslosenheeres von über 2,0 Milionen!

Selbst die großbürgerliche FAZ fürchtet, daß Politiker und Fachleute der Entwicklung nicht mehr gewachsen sind.

Kopenhg.	22.12.87	23.12.87
Den Danske Bk	307—	307—
East Asiatic Co	172—	171—
Handelsbanken	230—	228—
Jyskebank	470—	470—

"Sonst hätte es ... Stimmen geben müssen, die auf die Zusammenhänge zwischen den nun bald acht Jahre währenden 'Reagonomics' und dem Bankrott der Angebotspolitik (hierzulande bekannter unter dem Namen 'Wendepolitik') hingewiesen hätten. Die US-Budgetpolitik der verbrannten Erde mit einer Serie nicht zu verkraftender Steuersenkungen und extremen (Rüstungs)Ausgabensteigerungen mit den bekannten Folgen der vom Ausland alimentierten Rekorddefizite im Etat und in der Außenbilanz hat Geld und Kaufkraft aufgebläht, daß nicht nur der Konsum alle Maßstäbe sprengte, sondern leider auch die Kurse." FAZ, 27.10.1987)

Mailand	22.12.87	23.12.87
Breda	7690—	7750—
Farmitalia	9999—	9700—
Fiat St.-A	8590—	8673—
Fiat V.-A	5525—	5570—

Diese systemimanente Kritik steht der Krise mit tiefem Unverständnis gegenüber. Die Geldmarktaufblähung hat den Konsum nämlich äußerst ungleich gesteigert. Denn die Kaufkraft unterer sozialer Gruppen hat weder von den jahrelangen fetten Renditen der Börsianer profitiert, noch von den Supergewinnen der Multis und Banken. Die Lohnzuwächse waren gering. Der Lebensstandard blieb gleich oder sank etwas.

In der BRD hat trotz Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit zugenommen. Das joblose Wachstum der Hightech-Industrien ist dafür (mit)verantwortlich. Die Wende-Regierung wollte den Staat sanieren. Trotz Einsparungen, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, sind die Konservativen unerwartet in ein Schuldenloch gestürzt. Neuaufnahme von Miliardenkrediten stehen an, und weitere drastische Einsparungen, und Steuererhöhungen. Der BRD-Staat konnte die fetten Jahre nicht nutzen, um sich ein notwendiges Polster anzufressen. Verschuldeter Staat, stockendes Wachstum, Massenarbeitslosigkeit, so sieht das Szenario bereits vor der Krise aus!

"In der Tat müßte schon ein Exportwunder geschehen, die Wirtschaft ihre Investitionen enorm hochfahren, der Staat seine Ausgaben in einem unvorstellbaren Ausmaß steigern und/oder der Verbraucher in einen wahren Konsumrausch verfallen, wenn im Durchschnitt des Jahres 1988 die Arbeitslosigkeit nicht über ihre bisherige Höchstmarke von 2,3 Millionen (1985) klettern sollte."
(FR, 14.1.1988)

Die bisherigen Probleme in der BRD, damit auch die von Arbeitslosen, Jobbern oder Sozialhilfeempfängern, waren Wohlstandswewehchen und dem allgemeinen Umbau der gesamten Wirtschaft zuzurechnen. Bisher Flexibilisierung, Rationalisierung, Freisetzung unproduktiver Arbeitskräfte - das war übel genug! Doch nun kommt eine gefährliche Krise hinzu. Rheinhausen könnte angesichts zukünftiger Konflikte bald als Hort bundesrepublikanischer Beschaulichkeit gelten. Nach den "alten" Industrien könnte es nun auch erfolgreiche exportorientierte Branchen wie die Auto-, Maschinenbau- oder die Chemieindustrie erwischen. Die Entlassungen in Hattingen oder Rheinhausen, im Saarland oder bei AEG-Kanis in Köln konnten bisher bei laufendem Motor der Gesamtwirtschaft durchgezogen werden. Sie waren relativ abgefedert mit reichlich Watte unterschiedlichster Sozialpläne und allen Kniffen moderner Sozialtechnokratie. Was aber geschieht mit den überflüssigen Arbeitskräften, was mit den Arbeitslosen und Sozialfällen, was mit den Alten, was in den Schulen und Unis, wenn der Wirtschaftsmotor zu stottern beginnt? Kapitalistisch "schwache" Unternehmen werden eingehen wie die Fliegen. So viele Sozialplänen gibt es gar nicht!

Sicher wäre nun ein Ausflug möglich in das theoretische Reich der Produktion und Reproduktion, den Gleichungen der Kapitalakkumulation und dem tendenziellen Fall der Profitrate. Bruchteile der Marx'schen Theorie sind unbedingt richtig. Dennoch aber haben diese Ansätze neben der allgemeinen Unverständlichkeit auch noch das traurige Erbe eines wieder und wieder gescheiterten Prognostizismus mit sich herumzuschleppen. Ganze Generationen von Marxisten und dessen Schüler haben oft voll daneben getippt, wenn es um politische und ökonomische Vorhersagen ging. Ein allgemeines Merkmal der heutigen Situation ist, daß keine theoretische Schule, keine Analyse, weder bürgerliche noch marxistische, die gesellschaftliche und ökonomische Situation erklären kann.

"In dieser Auseinandersetzung und Beschäftigung müssen wir von neuem unsere gesamte Begrifflichkeit überprüfen."
(Wildcat, Herbst 1987, s.14)

Die Karlsruher Stadtzeitung läßt diesem Satz noch keine Taten folgen und kreist bisher weiter um den italienischen Stern der Avantgarden, Chronisten und Klassenminderheiten. Die Zeit drängt, wirklich eigene Begriffe zur Lage der Gesellschaft zu entwickeln. Denn zum Wesen des Kapitalismus gehört es, daß er zwar jederzeit zusammenbrechen kann, aber immer wieder neu entsteht. Der Kapitalismus stirbt nicht. Er muß erschlagen werden! Aber von wem? Denn das Proletariat ist längst nicht mehr ein Heer von Totengräbern dieses Systems!

Schon jetzt kündigt sich eine verzweifelte Offensive von Kapital und Staat an, um ein weiteres Mal die Krise zu meistern.

"Vorbedingung für eine kapitalistische Lösung der Depression ist eine radikale Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, zwischen imperialistischen Metropolen und der III. Welt, zwischen West und Ost - jeweils zugunsten der ersteren. Das muß nicht notwendigerweise zu Faschismus und Krieg führen, kommt dem jedoch sehr nah."
(E. Mandel, 1982)

Sechs Jahre später ist jene Veränderung der Kräfteverhältnisse noch nicht abgeschlossen. Im Gegenteil! Die Metropolen, das Kapital, der Imperialismus, dies alles steht geschwächt vor einer schweren Krise.

"Solange das Volk den Wohlstandshafer roch, fand es von selbst seinen Stall, und der Kutscher konnte sich darauf beschränken, mit schleifenden Zügeln und gekreuzten Armen auf dem Bock zu meditieren. Jetzt aber ist dieser Instinkt verloren gegangen. Jetzt muß der Kutscher Zügel und Peitsche gebrauchen, um das Gespann auf dem Weg zu halten."
(Industriekurier 28.7.1966)

So resümierte ein Herrenmensch angesichts der ersten ernsten Krise in der BRD. Ist die radikale Linke auf das Ausmaß einer wirklichen sozialen und ökonomischen Krise in diesem Lande vorbereitet? Geht die sozialrevolutionäre Phantasie hinaus über die idyllische Vorstellung plündernder autonomer Kleingruppen? Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ist stets ein janusköpfiges Ungeheuer. Es hat zwei Gesichter: das eine ist die Perspektive eines revolutionären Umbruchs, das andere ist die Barbarenfresse einer Notstandsdiktatur, nennt es faschistisch oder totalitär. Es ist die Roßkur für den Kapitalismus, aus welcher er verjüngt und gestärkt hervorgeht.



1985 gab es in Hamburg zum 1. Mai eine starke sozialrevolutionäre Demo und die bekannten Auseinandersetzungen mit dem ordnungsliebenden DGB. 1986 gab es in vielen Städten der BRD zum 1. Mai autonome und sozialrevolutionäre Demonstrationen. Dies war jedoch noch kein Ausdruck eines radikalen Aufbruchs. Es gibt die autonomen JobberInnen, oppositionelle GewerkschafterInnen, AnarchosyndikalistInnen, ArbeiterInnenbörsen, Erwerbslosen-Inis. Bei den Kämpfen um die 35-Stundenwoche, gegen die Verschärfung des Streikrechts (§ 116 AFG), bei Betriebsbesetzungen und Entlassungen wurden wichtige Erfahrungen gesammelt. Aber das reicht nicht! Wo bleibt die libertäre Gewerkschaft? Wo bleibt die Vernetzung aller radikalen Ansätze im ökonomischen Bereich? Die Organisierungsdebatte muß weiter geführt werden.

Organisierung heißt für manche schon wieder der radikale Doppelnelson mit "legaler" Struktur einer Partei und dem "bewaffnetem Arm" im Untergrund. Vollautonome setzen weiter aufs militante Sonntagsfrühstück und träumen von einem Stadtteilcafe. Der Bezug zum "Territorium" ist ihnen wichtig. Es gibt aber auch überregionale Treffs, etwa der Pulverfassgruppen (anarchistische Schüler und Studenten) oder die Freie Arbeiter Union. Kontakte zwischen den Zentren und Läden sind kaum vorhanden.

"Was wir wollen, ist die Überwindung der Trennung zwischen politischen und ökonomischen Kämpfen, was ein Zusammengehen unserer Anti-Nato-, Anti-AKW-, Südafrika- und Mittelamerikafights mit den Kämpfen ums tägliche Überleben (Miete, Maloche, Sozial- und Arbeitsamt, Schule usw.) bedeutet."
(Autonomes Plenum Süddeutschland, 1987, in AKTION Nr. 26-2-87)

Die süddeutschen Autonomen wollten vom bloßen Reagieren zum agieren gelangen, gemeinsame Inhalte erarbeiten und über eine "sinnvolle Organisierung" den Angriff von unten beginnen.

Doch die Verbindung von sozialen und ökonomischen Kämpfen ist noch zu schwach. In der zukünftigen Revolution wird es die erste Aufgabe der revolutionären Kräfte sein, neben der Eroberung der Knäste, Polizeiwachen und Militärkasernen, die Börsen und Banken zu besetzen.

Am 1. Mai 1988 könnte diese Perspektive schon einmal geübt werden. Demonstrationen und Protestaktionen vor den Börsen und Banken, vielleicht eine bundesweite Demo vor der Börse in Frankfurt! Das würde der derzeitigen Lage praktisch und politisch gerecht werden!

Spiegelbruch





„Es ist Zeit, daß dieses Gebiet entvölkert wird"

HELMUT WILPS, Vorstands-Mitglied der Thyssen Stahl AG

DER RÜCKZUG DES KAPITALS AUS DEN MONTANBEREICHEN

DIE VERARMUNG DES RUHRGEBIETS

DIE KÄMPFE IN RHEINHAUSEN

Seitdem die Vorstände von Thyssen, Krupp und Mannesmann Ende November durch ihr "Optimierungs"Konzept den Wegfall des Stahlwerks Rheinhausen beschlossen haben, regt sich ein Widerstand, der nicht nur auf die Stahlarbeiter in Rheinhausen beschränkt blieb, sondern der auf große Teile der Bevölkerung, bzw. auf Kollegen in den Bereichen Stahl, Kohle und Automobil im ganzen Ruhrgebiet übergegriffen haben.

Anders als in Hattingen, wo SPD/DKP den Widerstand durch symbolische Aktionen ins Leere laufen ließen, regt sich in Rheinhausen der erste nennenswerte Kampf gegen den sogenannten Strukturwandel in den traditionellen Sektoren in der BRD überhaupt.

Dabei kommt den Kämpfen in "Eurpas bestem Stahstandort" (O-Ton SPD) eine weitaus größere Bedeutung zu, es geht um das Ende des "Modell Deutschland", dem organisierten Interessenausgleich zwischen Lohnarbeit, Staat und Kapital.

Die vielschichtigen Erscheinungsformen des Kampfes in Rheinhausen, die Radikalität spontaner Demos und Blockaden, die Arschtritte für Blüm und die Eier für Krupp-Vorstandssprecher Cromme bis hin zu ökomenischen Gottesdiensten und Bürgerkommitte sind Ausdruck von sowohl vorhandenen autonomen Klassenkampfformen als auch der Interventions= und Pazifizierungsversuche von Kirchen, SPD und Gewerkschaften.

Bevor wir uns aber näher mit den Ereignissen im Ruhrgebiet beschäftigen, wollen wir, um den Hintergrund und die Vorgeschichte der gegenwärtigen Ereignisse zu beleuchten einen Blick zurück zur Entstehung des Ruhrgebiets, seiner Strukturen und Kapitale werfen, kurz ihre Rolle vor, während und nach den Weltkriegen beleuchten, um uns dann mit dem augenblicklichen Rüchzug des Kapitals aus den Montanbereichen zu beschäftigen, wobei die sozialplanerischen Verarmungskonzepte eine große Rolle spielen.

OSTELBISCHE JUNKER UND SCHLOTBARONE

Zwischen 1840 und 1914 entwickelte sich die Region zwischen Rhein, Ruhr und Lippe zu einer gesellschaftlichen Produktivkraft. Die Entwicklung dieser Region setzte während des preußischen Absolutismus ein. Mit dem Aufkommen des Absolutismus (etwa 1640) entwickelte sich in Brandenburg-Preußen eine Zweiteilung des gesellschaftlichen Systems: In den osteuropäischen Landesteilen setzte sich eine osteuropäisch geprägte Gesellschaft durch, die zunächst auch den sich abzeichneden nordwesteuropäischen Wirtschaftsraum in diesen Rahmen zwängte.

Dieser gesellschaftliche Rahmen war durch ein Bündnis von Staat und Adel geprägt, der weitgehend das Aufkommen eines städtischen Mittelstandes, als Vorrausetzung kapitalistischer Strukturen verhinderte. So war das Graben (lassen) nach Bodenschätzen ein Privileg des feudalen Obereigentümer des Bodens. Diese gesellschaftliche Situation wirkte sich für den Bergbau im Ruhrgebiet besonders nachteilig aus.

Das Selbstverständnis vieler Bergleute als Knappen, als Helfer des Adligen wird deutlich, als sie sich anläßlich des großen Bergarbeiterstreiks 1905 bei ihrem Kaiser, als oberstem Besitzer all dessen, was unter der Erde liegt beschwerten, zu einer Zeit also, als der Kapitalismus schon längst das Privileg "für den Kaiser zu arbeiten" hinweggefegt hatte.

Erst ab 1860 konnte der Ruhrbergbau ohne Sondersteuern, staatliche Reglemintierung der Preise, Mengen sowie der Zahl und Löhne der Arbeiter frei nach kapitalistischen Prinzipien arbeiten. Die ersten Verbände im Eisen, Stahl und Kohlebereich (zwischen 1845 und 1858) bilden sich, um neben der Preis und Mengenkartellierung auch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen wie Infrastrukturmaßnahmen durchzusetzen.

Auf unterster staatlicher Ebene, den Kommunen, verfügten sie schon vorher, wie Feudalherren über eine mehr oder weniger uneingeschränkte Handlungsfreiheit. Gleichzeitig sicherte das auf Steuerleistung fußende 3-Klassen-Wahlrecht ab 1871 den Kapitalisten einen beherrschenden Einfluß auf die Kommunen; so war zum Beispiel Krupp über mehrere Wahlperioden hinweg der einzige Wähler in der ersten Abteilung und stellte somit persönlich 1/3 der Ratsherren in Essen.

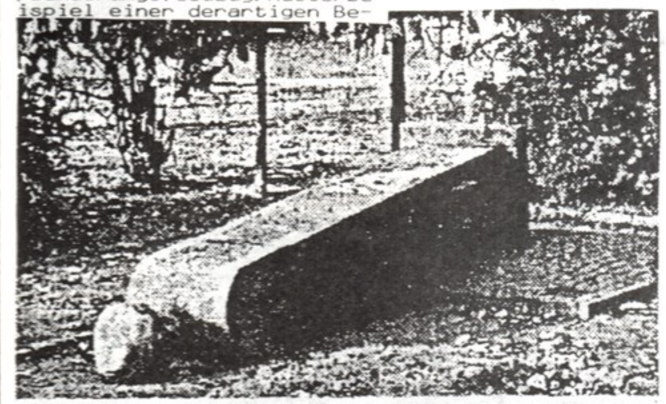
In der Zeit nach 1870 zeichnete sich entgültig eine Veränderung im Verhältnis zwischen Staat und Montankapital ab. Schon damals wurde der Plan einer einheitlichen Ruhrstadt diskutiert aber man verzichtete darauf, ihn durchzusetzen (im Gegensatz zu Berlin), da der Gegensatz zwischen einer zersplitterten, feudalbegründetetn Staatsorganisation in Kommunen und Regierungbezirken und einem durch wachsende Verflechtung und relative Interessengleichheit geprägten Industrieraum den Kapitalisten nur recht sein konnte, und also auch Recht wurde.

Diese Teilung in verschiedene Kommunen hat bis heute ihren Fortbestand, und sichert dem Kapital eine "gesunde" Konkurrenz der Revierstädte, wenn es um Neuansiedlungen von Industrien geht, und hatte ebnfalls die Funktion ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter schon auf formaler Ebene so schwer wie möglich zu machen.

Ihr Einfluß in den Kommunen sicherte den Kapitalisten gleichzeitig die Möglichkeit, die Konsequenzen eines unglaublichen Raubbaus an der Klasse und ihren Lebensbedingungen auf die Klasse selbst abzuwälzen. Erst nach dem Grassieren von Malaria (!), Typhus, Ruhr und Diphterie wurden Wasser= und Abwassergenossenschaften gegründet, die die Masse der Kosten auf die Kommunen abwälzten, die aber die Verursacher der Wasser=Knappheit und Verseuchung nur recht mäßig belasteten.

Das Vorhandensein der oben genannten Krankheiten deutet in etwa an, unter welchen Lebensbedingungen das Ruhrproletariat sein Dasein fristete: Die Schlotbarone herrschten in "ihren" Kommunen, wie die Krautjunker in Ostelbien, alle staatlichen Organe bis hin zur Polizei, die eigene Reviere in(!) den Werken hielten (also quasi der Patrimonialgerichtsbarkeit und Ordnung auf den feudalen Großgrundbesitzen gleichkamen), sorgten für die industriekapitalistische Ordnung durch die Übernahme feudaler Rechtsstrukturen. Die Organisation der großen Betriebe war autoritär-militaristisch, Vorarbeiter Steiger und Meister fungieren als Feldwebel, Ingenieure und Betriebsführer als Offiziere, die Direktoren bilden den Genralstab und der Genraldirektor als oberster Feldherr befehligt den Ausplünderungsfeldzug. Musterbeispiel einer derartigen Betriebsorganisation, die bereits eine Vorwegnahme der nationallsozialistischen Betriebsorganisation darstellt, war die Firma Krupp. Aber nicht nur in den Bergwerken und Hütten wird ihr Leben durch die Kapitalisten bestimmt, die Kruppschen Wohnungen nehmen den Arbeitern ihre Freizügigkeit und fesseln sie ans Werk, in den Kruppschen Konsumvereinen kaufen sie ihre Lebensmittel, und wer alt grnug wird, darf seinen Lebensabend auf dem "Altenhof", eine der viel gepriesenen "Sozialeinrichtungen" aus dem Hause Krupp unter den Bildern des Feldherrn und seiner Gemahlin, die in der Villa Hügel residieren, auf den Tod warten.




Samt Sockel gestürzt: Firmengründer Alfred Krupp. Werkschutzleute haben das Denkmal inzwischen wieder aufgerichtet.

Die vielen damals entstandenen Arbeitersiedlungen, die noch heute das Bild des Ruhrgebiets prägen, ketteten damals wie heute die Existenz der ArbeiterInnen an die Existenz des Werkes.

Das Ruhrgebiet entsteht zwischen 1871 und 1910 in atemberaubender Geschwindigkeit; Hamborn heute Teil von Duisburg wächst innerhalb von 15 Jahren von 6063 Einwohnern (1895) auf 101703 (1910). Die Schlotbarone sicherten sich so schnell wie möglich den Grundbesitz in den Revierstätten, was ihnen nicht nur die Möglichkeit gab, die Städte nach ihren Vorstellungen entstehen zu lassen, sie sicherten sich durch den Landbesitz auch gleichzeitig die Möglichkeit etwa sich ansiedeln wollende Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, eine Tatsache die den Revierstätten bis heute große "Sorgen" bereitet, da die

Stahlkonzerne sich im Besitz fast aller Industrieansiedlungsgebiete befinden.

Der Zustrom neuer Arbeitskräfte ins Revier erfolgte, wie wir es bis heute kennen über Werber, die in Ostdeutschland, Österreich und dem Balkan stets mehr Arbeiter anwarben, als aktuell gebraucht wurden, um so die Konkurrenz der schon Arbeitenden zu erhöhen.

Im Ruhrgebiet bildet sich das Proletariat also nicht durch die Zerstörung des Handwerks, sondern durch das Ansaugen von Menschenmassen aus den agrarischen Regionen in die sich entwickelnden kapitalistischen Zentren.

PRODUKTION UND REPRODUKTION IM RUHRGEBIET

DIE GRUNDLAGEN DER MONTANKAPITALE

Die enstehenden Revierstädte waren dem Ansturm der Arbeitskräfte kaum gewachsen, so daß sich ein Kostgängerwesen entwickelte, das je nach Bezahlung einen Schlafplatz, einen Schlafplatz mit Kost und den Schlafplatz einschließlich der Vermieterin (!) plus Kost umfaßte, was häufig geschah, wenn Ehemann und Kostgänger verschiedene Schichten hatten.

Da es im Ruhrgebiet mit seiner Monostruktur kaum Arbeitsplätze für Frauen gab etwa in der Textilindustrie oder als Bedienstete im Bürgerhaushalt, herrschte in den frühen Jahren des Ruhrgebiets ein Männerüberschuss, der Mädchen und Frauen als "unnütze Fresser", die kaum in der Produktion zum Unterhalt der Familie beitragen konnten, in die Prostitution (in und außerhalb der Ehe) zwang. Indem sich das Kapital das Arbeitsvermögen der Frauen in den Familien einverleibte senkte es die Reproduktionskosten der Arbeiterklasse und kettete die Frauen an die Männer und an die Fabrik. Unter solchen Bedingungen führte die Krankheit eines Vaters oder einer Mutter in die Katastrophe von "Verwarlosung" und Obdachlosigkeit. Da es kaum Verhütungsmittel gab, waren große Kinderzahlen die Regel. Zwischen 1900 und 1913 beträgt in Hamborn die durchschnittliche Kindersterblichkeit in den ersten vier Jahren 49,3 % (!), auf den zwei HambornerZechen (Thyssen) verunglückten von 100 Bergleuten jährlich 27. Das es unter diesen Lebens= und Arbeitsbedingungen kaum Möglichkeiten der Gegenwehr auf institutioneller Ebene gibt, entwickelt sich im nördlichen Revier ein brisantes Gemisch, so daß diese Gegend von Gewerkschaftern und SPD häufig als der "Wilde Westen" bezeichnet wird, in dem die meißten Bewohner weder mein noch dein unterscheiden können, und in der Tat entwickeln die Arbeiter und "ihre" Frauen für sich die "Direkte Aktion" als Kampfform. Diese Entwicklung ist typisch für diesen Raum des Ruhrgebiets, in anderen Teilen entwickelt sich proletarische Gegenwehr durchaus anders, aber nicht minder radikal, was sich in der Märzrevolution 1922 beweist. (Könnt ihr nachlesen bei E. Lucas Märzrevolution/Arbeiterradikalismus, erschienen bei Roter Stern) Das die Montankapitale unter solchen Bedingungen prosperierten bedarf kaum weiterer Erläuterungen, hinzu kam, daß die Interessen des deutschen Reichs nun endlich die verpasste imperialistische Politik nachzuholen, die Abnahme von riesigen Mengen Stahl erforderlich machte zum Bau von Schiffen und Kanonen. Dem schnellen Wachstum des Kapitals standen nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung, so daß sich nicht zufällig Belgien und Frankreich wegen seiner Erzvorkommen auf der Wunschliste des deutschen Kapitals für den imperialistischen Raubkrieg wiederfinden, und auch die ostelbischen Junker sollten ihr Teil durch Gebietserweiterungen im Osten bekommen. In enger Zusammenarbeit mit Militär und Unternehmertum (Burgfrieden und Hilfsdienstgestz) mobilisieren Sozialdemokratie und Gewerkschaft die Arbeiterschaft für die Kriegsziele, so wie sie es nach dem Zusammenbrechen des Kaiserreichs verstanden, die revolutionäre Unruhezeit so weit als möglich abzumildern. Trotz erheblichen Widerstandes bleibt alles beim Alten, die Krupps und Thyssen überstehen Kriegsende, "Revolutionsjahre" und die Weimarer Republick unbeschadet, ihr Engagement für die Faschisten ist bekannt, die sich auch prompt mit einem über Verschuldung finanzierten Aufrüstungsprogramm bedankten, über deren Zurückzahlung sie sich keinerlei Gedanken machten, da sie sich sowieso in anderen Ländern bedienen wollten.

wird in der nächsten AKTION fortgesetzt, mit der Entwicklung bis heute.
(Bitte entschuldigt das begrenzte Wissen unseres Textverarbeitungssystems bzgl. der Trennungsregeln.
Wir hoffen es stört das Lesen nicht allzusehr)

LZ Moers

ROSENHEIM er Staatsfürsorge

Zur Polizeiaktion im Raum Rosenheim am 14.1.1988 nach einem "Anschlag von Kindern auf einen Intercity"

Am Donnerstag, den 14.1. zwischen 16. und 16.30 Uhr warfen Kinder ein Seil, an dessen Ende Steine befestigt waren, in der Nähe des Rosenheimer Bahnhofes über eine Oberleitung. Kein Schaden entstand, nachdem der Lokführer eines IC rechtzeitig den Stromabnehmer einfuhr.
Mindestens zwei Zeugen, darunter ein Fahrdienstleiter, hatten drei Jugendliche im Alter von zehn bis 13 Jahren steinewerfend am Bahndamm gesehen. Angeblich meldeten sich beide Zeugen erst am darauffolgenden Vormittag.

Die Polizei leitete sofort eine "Großfahndung" ein, da ein "terroristischer Hintergrund" vermutet wurde. Weiter ließ der Pressesprecher der Polizei im Rosenheimer "Oberbayerischen Volksblatt" noch verbreiten, daß "noch während der Nacht sechs verdächtige Personen überprüft wurden." Einige Personen waren lediglich zur Personalienfeststellung mitgenommen worden. Ab 19.00h mehren sich die Anrufe, daß die Polizei wahllos in die Wohnungen von Leuten eindringt und dann einige ohne Angabe von Gründen festnimmt. Streifenwagen stehen vor einigen Haustüren. Von der Aktion sind vorwiegend Frauen betroffen, welche aber nur zum Teil zum linken politischen Spektrum bzw. zur Anti-Akw-Bewegung gehören. In Panik geraten, verlassen nun viele ihre Wohnungen.
Für eine der festgenommenen Frauen endete erst am Vormittag die Berufungsverhandlung in Traunstein, wegen des Vorwurfs einer Aufforderung zu Straftaten, erneut mit einem Freispruch. Der Staatsanwalt hatte für die zwei Angeklagten neun Monate, fünf Jahre Bewährung und 2000,--DM in der ersten Instanz und drei Jahre Bewährung mit 500,--DM in der zweiten Instanz gefordert.
Soweit jetzt bekannt ist, kam die Polizei in vier Wohnungen, überprüfte dabei Autokennzeichen, fragte nach BesucherInnen und nicht anwesenden MitbewohnerInnen. Bis jetzt wurden elf Personen überprüft. Fünf Leute wurden zum Teil auf spektakuläre Weise abgeführt. Zwei wurden auf halber Strecke zur Polizeidirektion wieder ausgeladen, nachdem ihnen erklärt wurde es handle sich um einen Irrtum. Auf der Wache dann Abnahme von Textilproben und Überprüfung von Alibis. Ein Mann mußte sich nackt ausziehen, stehenbleiben und die Beamten ertragen, die sich daraus einen Spaß machten. Dann barfuß in das Loch im Keller mit den Handschellen auf dem Rücken. Es wurde außerdem verboten einen Anwalt oder sonst jemanden anzurufen. Nach den Freilassungen am selben Abend wurde nur gesagt, es wäre ein Anschlag auf die Bundesbahn in Rosenheim verübt worden. Überprüft wurden Wohnungen in Aibling, darunter ein grüner Mandatsträger, ~~in Rosen~~heim und Wasserburg.

Weiterhin ist nicht klar,
- Welcher konkrete Tatverdacht gegen die Beschuldigten vorlag. Der diensttuende Staatsanwalt Müller war von den Aktionen angeblich nicht unterrichtet.
- Ob die Ermittlungen gegen die oben benannten nun eingestellt sind oder nicht.
- Auf welche Weise Leute auf die Liste "terroristischer Untergrund Rosenheim" gekommen sind und warum es diese Liste überhaupt gibt.

Die Vorgänge wurden bis heute - trotz der Zusage des Pressesprechers der Polizei - nicht aufgeklärt. Ein münchener Rechtsanwalt beschrieb die Chancen von Widersprüchen und einer gerichtlichen Klärung als aussichtslos, wie viele vergleichbare Fälle in der Vergangenheit gezeigt hätten. Bei Beschuldigungen würde die Polizei oft Gegenanzeigen (Verleumdung, Widerstand, usw.) machen, die dann mit der Verurteilung des Klägers enden. Die Verfahren nach § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen Atomkraftgegner häufen sich. Die Entwicklung im Raum Rosenheim ist dafür beispielhaft. Während nach den Bauplatzbesetzungen in Wackersdorf hauptsächlich noch wegen Nötigung, Widerstand und Beleidigung gegen ca. 20 RosenheimerInnen ermittelt wurde, werden seit einem Jahr Vorwürfe konstruiert, wie das Umsägen von Strommasten, Aufforderung zu Straftaten, Anschlag auf die Bundesbahn jetzt, welche Observierungen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen ermöglichen um möglichst viele Personen zu erfassen.



Es fand eine Durchsuchung eines Mietshauses in der Kloeckelstraße im März '87 statt, bei der 25 Beamte das ganze Haus auf den Kopf stellten und akribisch die Lebensweise der Bewohner - von der Überschrift der gerade gelesenen Tageszeitung bis zum Inhalt der Mülltonne - dokumentierten. Die Durchsuchung war dann für das oben erwähnte Verfahren, das gegen einen der neun Mieter angestrengt wurde, ohne jede Bedeutung. In erster Linie sollten persönliche Lebensumstände, Beziehungen zu anderen und Ansichten ausgeforscht werden und das gesamte "Umfeld" eingeschüchtert werden. Durch die ausgeweiteten Staatsschutzaktionen soll allen klargemacht werden und möglichst vielen so brutal wie irgend möglich: "Wir verfolgen alle, die sich gegen das Atomprogramm stellen oder auch nur mit solchen sympathisieren oder zusammenwohnen. Auch wenn es in den seltensten Fällen zur Anklage oder Verurteilung kommt, die es dann trifft, soll es hart treffen. Bleibt noch zu erwähnen, daß es am Tag dieser letzten Polizeiaktion die Betreiber von Ohu II ihre Genehmigung erhielten und Nukem wegen Proliferation an Lybien und Pakistan die Betriebsgenehmigung vorläufig entzogen wurde.

Für die Festgenommenen und die Davongekommenen
Ludwig

Lokalteil BIELEFELD

Der Maschinensturm - alte Kampfform wiederentdeckt!

Die Regionalredaktion Bielefeld schickte uns folgenden Beitrag.

"Zerschlagt Babylon und alle Knäste!" Unter diesem Motto wurde am 07. Mai 1984 eine Computerausstellung des Nixdorfkonzerns in Gütersloh von Menschen aus dem revolutionären Widerstand angegriffen. Nach der erfolgreichen Aktion, bei der ein sogenannter "gläserner Computer", quasi das Rennomierstück der Ausstellung und einige Bildschirmgeräte zerstört wurden, verhafteten die Bullen drei GenossInnen, die sie beschuldigten, an der Aktion beteiligt gewesen zu sein.

Nach über dreijährigen Ermittlungen, zwischenzeitlich wurde nach dem § 129a ermittelt, fand jetzt vor dem Amtsgericht Gütersloh der Prozeß gegen die drei statt. Ein erster Prozeßtermin am 19. Oktober platzte, weil die Angeklagten und die BesucherInnen sich gegen Kontrollen am Eingang wandten und deshalb nicht zum Prozeß erschienen. Am 7. Dezember konnte der Prozeß mit den drei Angeklagten zunächst beginnen, nachdem die Entschlossenheit der ca. 50 ZuhörerInnen alle Kontrollversuche vereitelten.

Ein sichtlich nervöser Richter ließ aber schon bei der Anklageverlesung durch den Staatsanwalt den Saal räumen. Die ZuhörerInnen gingen - die Angeklagten auch.

Nach einer Kurzdemo in Gütersloh wurde auf einer Veranstaltung in einer Bielefelder Kneipe die Prozeßerklärung verlesen, die die Angeklagten vorbereitet hatten.

Im folgenden soll etwas zum Hintergrund dieser Aktion gesagt werden.

Am 1. Mai 1984 traten sieben Gefangene aus dem Hochsicherheitstrakt in Bielefeld-Ummeln mit folgenden Forderungen in den Hungerstreik:

- weg mit dem Traktkonzept
- weg mit der Zwangsarbeit
- raus aus dem Trakt.

Der Angriff auf die Nixdorf-Computerausstellung war als Unterstützung dieses Hungerstreiks gedacht. In einer öffentlichen Erklärung, die am Abend der Tat einer Bielefelder Zeitung zuging, heißt es:



"Unsere Aktion richtet sich gegen Überwachung, Kontrolle und Isolierung der Menschen in der Gesellschaft und bei der Arbeit durch Computer. Sie ist aber besonders Ausdruck unserer Verbundenheit mit den Menschen, die in den Knästen lebendig begraben werden ... Gegen Computer-Faschismus und Krieg! Für eine Gesellschaft ohne Knäste!"

Die Aktion machte den Hungerstreik der Gefangenen bundesweit bekannt, und die Solidarität mit den Gefangenen wurde stärker. Als die Gefangenen nach einem Monat den Hungerstreik abbrachen, waren ihre Forderungen erfüllt.

Ein großer Teil der Erklärung war für die Nixdorf AG vorgesehen. Hier wurde herausgearbeitet, wie dieser Konzern zum Zwecke der Profitmaximierung Gemeinden und Kommunen zu teuren Infrastrukturmaßnahmen veranlaßt, vom Bau eines AKWs (das dann nicht mehr gebaut wurde), über Landepisten, Autobahnen etc. Überall hatte Nixdorf seine Finger im Spiel. Auch über die Ausbeutungspraktiken der Nixdorf AG in der 3. Welt wurde berichtet. So wurden in Brasilien dreihundert Siedlerfamilien vertrieben, als der Konzern dort ein Agrar- und Holzwirtschaftsprojekt errichtete.

Auch über die Repression der Konzernherren gegen gewerkschaftlich aktive ArbeiternehmerInnen wurde berichtet.

"Man muß zunächst mal bereit sein zu dienen und zu leisten." Dieses Zitat aus einem Interview des Firmenchefs von Nixdorf läßt die Kasernenhofmentalität, die dort herrscht, deutlich werden.

Ein Anwalt brachte die Praktiken dieser AG noch einmal auf den Punkt:

"Nixdorf-Manager loben immer wieder die Vorreiterrolle spanischer Pilotprojekte für ganz Europa ... katalanische und baskische Banken sind inzwischen in der Realisierung solcher Programme sehr weit gegangen." Gemeint ist die Totalüberwachung in Banken.

Doch im Prozeß spielten diese Aspekte ohne Angeklagte und ZuschauerInnen keine große Rolle. Schon vorher hatte sich die Justiz die Möglichkeit offen gelassen, in Abwesenheit der Angeklagten weiter zu verhandeln. Was sie dann auch zehn Stunden lang taten.

Die Angeklagten sind zu Geldstrafen zwischen 1.000 DM und 1.350 DM verurteilt worden. Die Aktion wirft Fragen auf, die über die momentane Aktualität des Prozeßtermins hinaus von all den Menschen gestellt werden, die im Kampf gegen dieses System zunehmend den Kampf gegen Maschinen, Computer und ähnliches richten, die immer auch eine Verkörperung der Strategie der gesellschaftlichen Gewalt sind. Diese hochkomplexen Systeme sind nicht beliebig ersetzbar und daher immer angreifbar.



So wird zunmehmend eine Kampfform wieder aktuell, die unter ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen von den Luddisten in England vor 200 Jahren propagiert wurde und später als Maschinenstürmerei gerade auch von einer technikbegeisterten Linken verspottet und abgelehnt wurde. Der Kampf gegen die Maschine - die Sabotage.

Wenn diese Aktionen und die Diskussionen darum auch darüber neue Möglichkeiten in das Bewußtsein der Menschen bringt, wie solch ein Kampf aussehen könnte, dann hilft das auch, den Anspruch einzulösen, der in einem Prozeßinfo so formuliert wurde:

"Sorgen wir dafür, daß der Stein, den sie aufgehoben haben, sich in einen Felsbrocken verwandelt und ihnen dann auf die Füße fällt!"

Literaturbetrieb, anarchistischer:

Small-Talk mit Anarchistischen VerlegerInnen

Die AKTION hat während der Internationalen Buchmesse in Frankfurt, Oktober 1987, einige anarchistische Verlage zu einem Gespräch ins Libertäre Zentrum eingeladen. Es kamen Vertreter von: Verlag Monte Veritas (Östereich), Verlag Klaus Guhl, Karin Kramer Verlag, Trotzdem Verlag und Libertad Verlag.
Der nachfolgende Text entstand aus den Tonbandabschriften - das Tonband lief etwa anderthalb Stunden mit. Als das Gespräch auf den Themenbereich §129 (kriminelle Vereinigungen), §129a (terroristische Vereinigungen), §130 (Aufruf zu Straftaten, insbesondere Gummiparagraph gegen Massenmedien) kam, wurden die Mikros abgeschaltet.
Die Zitate wurden bewußt weitgehend anonymisiert. Sie konnten weder mit den betreffenden Menschen abgestimmt werden - wie bei Interviews üblich -, noch soll der Verfassungsschutz seinen Nutzen ziehen können. Auch wollten wir keine Verlage in die Pfanne hauen - die Situation ist so schon schlimm genug.

Was unterscheidet einen anarchistischen Verlag von den übrigen, zumeist bürgerlichen? Diese Frage durchzog das ganze Gespräch, doch am Ende hatte ich trotzdem nur viele Puzzlesteinchen in der Hand, die zusammen irgendein Bild ergeben sollten, das erst wenig konkrete Formen angenommen hatte.



Warum soll ich ein Buch bei einem anarchistischen Verlag kaufen und nicht bei einem anderen?
Verlegerin: "Weil er es da nicht kriegt!"
AKTION: "... teilweise ..."
Verlegerin: "... teilweise, ja das ist unser Problem. Teilweise sind die bürgerlichen Verlage auf den Dreh gekommen, das Buch verkauft sich und deshalb machen wir es. Das ist für uns die Schwierigkeit. Deshalb soll er es da nicht kaufen, sondern warten, bis es einer von uns bringt."
Verlegerin: "Bücher für so eine Minderheit, wie Anarchisten und Anarchistinnen in der Gesellschaft nun einmal sind, sind einfach keine Verkaufsschlager und werden von daher nur sehr selten von den großen Verlagen für sinnvoll in der Produktion erachtet."

Verleger: "Oder sie suchen sich Perlen heraus, wie Hans Magnus Enzensberger 'Vom Wesen der Anarchie'."

Also gut, aus Solidarität soll ich beim anarchistischen Verlag kaufen, und weil ich hoffen kann, daß der Verlag - solange er nicht Pleite ist - noch mehr mich interessierende Bücher herausbringt. Gibt es keine politischen Gründen, weshalb ich mein schmales Bücherbudget einem anarchistischen Verlag anvertrauen soll, obwohl ich häufiger dort weniger Buch für die Mark erhalte? Auf die Frage: "Welche Ansprüche habt Ihr überhaupt noch?" folgte erstmal allgemeines Lachen. "Das sind ja Unterstellungen!" und, als Zwischenbemerkung an eine dabeisitzende Frau: "Frau Verlegerin, man kann nicht nur mit seinen Diamanten auf der Buchmesse rumrennen."

Nein, als anarchistische VerlegerIn muß mensch sich in Sackleinen hüllen, um zu zeigen, daß mensch noch Ansprüche hat. Ansprüche habe ich nur an mein Äußeres?

An anderer Stelle sagt ein Verleger: "Das ist unsere Hauptaufgabe: Die bürgerliche Frankfurter Buchmesse zu unterlaufen, indem wir dort sozusagen alle Genossen reinführen. Das ist unser politisches Sendungsbewußtsein."

Neuer Versuch: "Was heißt anarchistischer Verlag?"
Verlegerin: "Alles, da kannst Du reinpacken, was Du willst."
Na gut, nehme ich Euch beim Wort: "Dann kann ich Rowohlt auch als anarchistischen Verlag bezeichnen!"
Verleger: "Die sind kein anarchistischer Verlag, weil die einfach mehr Grundkapital haben."
Allgemeines Lachen.
Verleger: "Anarchistischer Verlag heißt: Armut, kein Geld - das kommt zwangsläufig. Indem Du mehrere Jahre einen anarchistischen Verlag führst, verarmst Du nicht nur materiell sondern wahrscheinlich auch geistig."
Protest hat diese Aussage nicht hervorgerufen.

Natürlich ist der Zusammenschnitt des Gesprächs bis zu diesem Punkt überspitzt. Die Zitate sind aber wirklich auf die Fragen so gefallen und mußten auch nicht extra aus dem Zusammenhang gerissen werden. Es wurden lediglich einige Themen übersprungen. Ich überspringe nochmal ein paar Spielbälle um auf ein ganz anderes Puzzlesteinchen zu stoßen:
Verleger: "Ich gründe einen Verlag, 1978, mit dem Buch "Wozu in die Parlamente?". Ich will direkt in eine Aktion (Einzug Der Grünen - und damit linker Bewegungen mit einer eigenen Partei - in den Parlamentarismus - d. R.) eingreifen, weil mir dazu von anarchistischer Seite zu wenig kommt. Ich merke nach zwei Jahren Verlagsproduktion, daß ich mit einem Buch nicht wirkungsvoll in aktuelle Diskussionen eingreifen kann und gründe eine Zeitschrift (Schwarzer Faden). Ich merke nach weiteren drei Jahren, daß mir für die Zeitschrift ein Diskussionsforum fehlt, das mich an Leute rückkoppelt, die in anderen Städten in den sozialen Bewegungen oder in irgendwelchen sozialen Zusammenhängen arbeiten. Mit denen gründen wir das Forum für Libertäre Information (FLI), um zu halbjährlichen Treffen zusammenzukommen und zu diskutieren."

Vom Verlag kann kaum jemand leben, so ziemlich alle jobben neben-

bei noch. Manche wollen auch bewußt nicht vom Verlag leben, "um nicht zu schnell in irgendein Fahrwasser zu geraten, wo wir in Panik ausbrechen". Einer bemüht sich "immer genug Überziehungskredite zu bekommen. Einen anarchistischen Verlag zu führen ist ein teures Hobby ... Die bürgerlichen Verlage haben natürlich Möglichkeiten, eine wirkliche Rendite rauszukriegen. Das ist ein Hobby, ein Sendungsbewußtsein, eine Verrücktheit, daß du als anarchistischer Verleger immer wieder Bücher herausgibst. Wir sind alle irgendwie krank."
Verlegerin: "Wir sind Wiederholungstäter."

Wiederholungstäter im doppelten Sinne: Etwa zwei neue Bücher pro Jahr können sich die Verlage leisten und fast immer sind es historische Bücher. Dieses Manko, daß so wenig aktuelles im Verlagsprogramm enthalten ist, sehen auch die VerlegerInnen.

Verleger: Ich würde gerne zu bestimmten Themen, meinetwegen Sozialtechnologie, oder in Fortsetzung der Frankfurter Libertären Tage - zu Anarchisten und Autonomen Reader erstellt bekommen, von Leuten, die sich beteiligt haben, die in der Diskussion stekken und die diese Reader durch eigene Beiträge ergänzen und einleiten. Ich hätte absolut nur einen Hurra-Schrei auf den Lippen, wenn mir diese Manuskripte tatsächlich unter die Nase gehalten werden, mit der Forderung: 'Veröffentlicht das!' Aber ich kann nicht in Grafenau sitzen und all diese Themen mit zwei oder fünf Leuten durchziehen.
Weil: Es ist unvorstellbar viel organisatorischer, bürokratischer Kram, der mit einem Verlag anfällt."

Probleme mit Autoren haben auch all die anderen:
Verleger: "Fakt ist, daß die meisten Leute in Historie machen ..., daß es kaum Autoren gibt, die was aktuelles schreiben. Ich als Verleger übersetze schon jede Menge selber, was andere Verleger nicht machen. Aber dann auch noch selber schreiben, das wird zuviel. Wo sind die Autoren?
Anarchafeminismus aus England war vielleicht das einzige, wo wir mal ein bißchen Tuchfühlung zur Aktualität bekamen."
Verlegerin: "Wir haben die Schwierigkeit, mit Büchern überhaupt nicht schnell genug auf soziale Auseinandersetzungen reagieren zu können. Das ist auch vom finanziellen her ein wahnsinnig großes Risiko. Die Tendenz ist, daß sich die großen Buchverlage auf diese Themen stürzen und sie in irgendeiner Art und Weise zu vermarkten trachten. Die haben viel mehr Finanzmöglichkeiten, um solche Bücher in einer hohen Auflage auf den Markt zu schmeißen, da können wir so nicht mithalten."

Eine Lösung für dieses Dilemma ist nach einhelliger Meinung eine verstärkte Broschürenproduktion. Mit Broschüren läßt sich nicht nur schneller und kostengünstiger auf aktuelle Entwicklungen reagieren, Broschüren erreichen scheinbar auch eher die unmittelbar Beteiligten der Bewegung: Ein Verlag hatte sich jüngst errechnet, daß 30 % seiner Broschüren über Büchertische verkauft werden.
Verleger: "Das hat mich selber überrascht."
Bei Büchern wollen die VerlegerInnen den Verbreitungsweg Büchertische zwar nicht missen, aber der dort verkaufte Anteil ist minimal. Dabei wurde den nur noch wenigen Leuten von den Büchertischen ein Lob ausgesprochen:
Verlegerin: "Im Moment kommen wir bei den Büchertischen besser an unser Geld als beim Buchhandel. Vielleicht, weil da tatsächlich noch eine Solidarität übrig ist, während der Buchhandel darauf pfeift und pokert."

Wo ich gerade beim Verkauf bin: Macht sich die Stärke der Bewegung bei der Zahl der verkauften Bücher bemerkbar (z. B. Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er Jahre)?
Verlegerin: "Deutliche Senkung! Die Leute haben die Häuser besetzt und haben nicht mehr gelesen."

AKTION: "Und wie steht es mit dem Interesse am Anarchismus über die Jahre?"
Verlegerin: "Hält sich die Waage. Der Verkauf ist nicht gesunken, er ist nicht gestiegen. Aber die Bedingungen, unter denen die Literatur über

Gedichte fürein Lächeln



Anarchismus vertrieben wird, haben sich unheimlich verändert." Da es nicht mehr in jeder Stadt eine linke Buchhandlung gibt, "mußt Du versuchen, den Kunden direkt zu erreichen. Wie erreichst Du den, wenn Du kein Werbebudget hast?"
An anderer Stelle fiel ein Vorschlag zur (teilweisen) Lösung der fortgesetzten Finanzprobleme:
Verleger: "Es wäre ja nicht schlecht, in diesem Punkt endlich mal den Zusammenhang zu den sozialen Bewegungen zu haben, was ja leider noch nie passiert ist. Nämlich, daß aus einem Bankraub mal was abgezweigt wird."
Verleger: "Daß von den sozialen Bewegungen mal was in die Verlage reinkommen würde, daß sozusagen ein gegenseitiges Befruchten da wäre."
Verleger: "Wir haben noch nie angebotenes Geld abgelehnt, nur ist es uns noch nie angeboten worden."

Ansprüche. In den Themenbereich Ansprüche gehört auch die Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit an der Bücherproduktion Beteiligten, z. B. Druckern/Druckereien. Außer einem Verlag hat, aus finanziellen Erwägungen heraus, keiner eine angeschlossene Druckerei. Einige Verlage lassen bei linken Druckereien drucken:
Verleger: "Ich denke auch irgendwie, daß es eine politische Geschichte

ist, daß ich als linker Verlag meine Aufträge an linke Druckereien gebe. Die geben mir faire Preise und faire Konditionen."
Ein Verlag nimmt, um bei anarchistischen Kollektiven drucken zu können, auch die Transportkosten für mehrere hundert Kilometer in Kauf. Natürlich gestaltet sich die Bezahlung schwierig, aber über Ratenzahlungen kommen die Druckereien schon zu ihrem Geld.
Ein anderer Verleger dagegen:
"Die linken Druckereien können sich bei mir bedanken, daß ich nicht hab' bei ihnen drucken lassen. Die können mir die Füße küssen. Was kann ich als Verleger dafür, daß die Scene die Bücher nicht kauft."
Er läßt bei bürgerlichen Druckereien drucken. Wenn für ein Buch die Kosten nicht wieder hereinkommen, kann eine bürgerliche Druckerei den Ausfall überstehen - einer linken ist dagegen dann ganz leicht die 'Kapitaldecke' weggeschmolzen. Derselbe Verleger:
"Es geht darum, ob die linken Verlage die Stirn haben, zu den linken Druckereien zu sagen: Aus Solidarität geben wir Euch den Auftrag nicht."
Eine Verlegerin hielt dagegen:
"Es geht aber auch anders. Wir haben auch noch keine Druckerei über den Tisch gezogen, keine."

Ansprüche. Das Gespräch verlief relativ offen. Die Geschäftszahlen wurden zwar nicht auf den Tisch gelegt, aber ich hatte auch nicht das Gefühl, daß die anwesenden Verlage voreinander fortgesetzt mauern. Es herrschte jedoch eine gewisse Angst vor der Gründung eines neuen anarchistischen Verlages, was als eine Überlegung eingebracht worden war. Eine leichte, kapitalistische Angst vor Konkurrenz lag in der Luft.



Wie steht es mit einer Zusammenarbeit der Verlage untereinander? Einige Verlage bauen sich mit dem Anares-Buchvertrieb ein gemeinsames Vertriebsnetz für den deutschsprachigen Raum auf. Außerdem gibt Anares einen Katalog anarchistischer Literatur mit einer vollständigen Bibliografie (inklusive der anarchistischen Bücher aus bürgerlichen Verlagen) heraus - in Zukunft jährlich. Zusätzlich zu den Einnahmen aus den bezahlten Anzeigenseiten anarchistischer Verlage werden die an Anares beteiligten Verlage noch Geld zuschießen müssen. Sie sehen den Katalog aktuell als das wichtigste in ihrer Zusammenarbeit an. Fernziele sind: Buchprojekte gemeinsam durchziehen, anderen Verlagen Abnahmegarantien zu geben, damit bestimmte Bücher erscheinen können, etc. Das mit der Abnahmegarantie ist in einem konkreten Fall bereits gelaufen.



Ansprüche. Das Gespräch wurden von den AKTIONistInnen mit dem Themenkreis Buchmesse - Gegenbuchmesse eingeleitet. Die Gegenbuchmesse gibt es seit drei Jahren nicht mehr. Auf der Buchmesse - längst nur noch Konsumtempel des Literaturbetriebs - präsentieren sich die anarchistischen Verlage verteilt über zwei Stockwerke, ein wenig konzentriert zwischen Esoterik-, Meditations-, und Ökoliteratur (auch Baghwan ließ noch grüßen). Die Verlage waren zum Verkaufen nach Frankfurt gekommen - und sonst?
Verlegerin: "Wir wollten den Leuten nicht die Gelegenheit geben, wenn wir uns zusammen präsentieren, einfach einen großen Bogen drum zu machen. 'Da stehen die Leute mit der anarchistischen Literatur, da brauchen wir überhaupt nicht hinzugucken.' Wenn man vereinzelt auftritt, lockert es das ganze Bild auf. Wenn das zwischen den großen literarischen Verlagen ist, ist der Besucher wahrscheinlich froh, endlich mal was anderes zu sehen als die hochglanzlackierten Bücher - und interessiert sich viel mehr dafür."
Verleger A: "Es gibt auch andere Entwicklungsgeschichten. Wir machen einen Gemeinschaftsstand, aber nicht mit anarchistischen Verlagen ..."
Verleger B: "... das ist Euer Fehler! ..."
Verleger A: "... das hat sich mehr zufällig entwickelt ..."
Verleger B: "... das ist regional bedingt ..."
Verleger A: "... das ist überhaupt nicht regional bedingt und jetzt red' nicht immer mit irgendwelchen Sprüchen dazwischen. Das ist einfach die Entwicklung aus der Gegenmesse heraus."

Überlegt wurde von diesen Verlagen, eine Gegenbuchmesse selbst zu organisieren, einschließlich kulturellem Beiprogramm und politischen Veranstaltungen. Schnell stellten sie aber fest, daß sie als nicht in Frankfurt ansässige Verlage dazu nicht in der Lage sind. Weil die Gegenbuchmesse für Buchhändler vorher schon unattraktiv geworden war, hatten die Verlage auch schon Stände auf der Hauptmesse - und sich dann zusammengelegt.
Die Gegenbuchmesse starb an einer kaputtgehenden Trägerschaft, dem fehlenden Beiprogramm, fortgesetzten Spaltungen. Am Schluß zog ein einziger Verlag seine Gegenbuchmesse durch, die die anderen nicht mehr mittragen konnten. Gleichzeitig hatten viele linke Verlage bereits nach dem bürgerlichen Buchmarkt geschielt und ihre Ansprechpartner für den Buchhandel und die AutorInnen nur noch auf der Hauptmesse sitzen.
"Auf der Gegenbuchmesse wurde nur noch verramscht." Versuche, dem gegenzusteuern, schlugen fehl.
Was hat sich für die Verlage seit dem Fehlen der Gegenmesse geändert?
Verleger: "Es ist sehr viel weniger Streß - keine zwei Messen mehr. Wenn heute die Gegenbuchmesse noch existieren würde, könnten wir gar nicht hier sitzen."
Im Kontakt zum Leser und zur Leserin hat sich nach einhelliger Meinung nichts geändert.
Verlegerin: "Den Kontakt zu den Lesern hältst Du ja nicht nur während der Messe, egal, ob Haupt- oder Gegenmesse, sondern soweit das möglich ist, oder die Leute sich an Dich wenden, oder Du Kontakt zu Gruppen hast während des ganzen Jahres. Das ist natürlich regional beschränkt und begrenzt."

AKTION: "Wir danken Euch für das Gespräch."



kurz und schmerzhaft

kurz und schmerzhaft

kurz und schmerzhaft

Hausbesetzungen

Gießen. Nachdem drei Leute die Schnauze vom Wohnungssuchen voll hatten, obwohl Wohungen leer stehen, sie immer abgewiesen wurden, besetzten sie kurzerhand in der Rüppurrerstr. 13, Gießen, eine Wohnung. Das Haus ist für eine "Baumaßnahme" vorgesehen - Umwandlung halbwegs billigen Altbaus in Eigentumswohnungen. Darum wurde es nicht mehr neu vermietet. Die Aussage der Vermieterin, der Sparkassen-Wohnbaugesellschaft, den noch verbliebenen Mietern sei bereits gekündigt, erwies sich jedoch als Lüge. Die Vermieterin hat für den 1. 12. 87 mit Zwangsräumung gedroht, in Gießen wurde dagegen mobilisiert. (Was daraus wurde, wissen wir nicht.)

Braunschweig. Braunschweigs Oberbürgermeister scheint ProvinzDohnanyi werden zu wollen. Seit dem 2. 11. 87 geht er massiv gegen ein besetztes Haus (Erwerbslosenzentrum) und ein ehemals besetztes Haus mit befristetem Nutzungsvertrag (Böcklerstraße, die Grundstücke beider Häuser grenzen aneinander) vor, läßt Polizeieinsätze fahren, beide Häuser gründlich durchsuchen - wobei auch etliche Privatsachen zu Bruch gehen, dem Zentrum Strom und Wasser sperren, und als Höhepunkt schließlich Anfang Januar das Erwerbslosenzentrum kurzfristig niederreißen. Die NutzerInnen, großenteils Autonome, waren gerade auf einem Prozeß. Da am Tag vorher der Bürgermeister Glogowski (SPD) noch von der Suche nach friedlichen Lösungen sprach - durch die vorhergehenden Aktionen war die Situation schon äußerst angespannt - scheint niemand so unmittelbar mit der Räumung gerechnet zu haben, die auch erst am Morgen verfügt worden war.
Glogowski hat Verhandlungen über ein neues Erwerbslosenzentrum zugesagt; doch das alte wurde am 1. Mai 1986 besetzt, nachdem monatelange Verhandlungen von Erwerbslosen-Initiativen mit der Stadt ergebnislos geblieben waren. Nach der Abräume gab es eine Spontandemo und eine breite Solidarität von anderen Gruppen.
Der Ein-Jahres-Vertrag für die Böcklerstraße läuft Ende April aus, es war Ostern '87 besetzt worden.

BRD. Liebe BesetzerInnen im ganzen Land, meldet Euch doch mal bei uns AKTIONistInnen. Wir möchten gern mal wissen, wieviele besetzte Häuser (ohne Verträge und Miete) es noch in der BRD/Westberlin gibt.



Solidaritätsaktion mit dem Hungerstreik von Gefangenen aus der Action Directe.

Seit dem 1.12.87 befinden sich diese im Hungerstreik für Zusammenlegung. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, kam es an der Frankfurter Universität am 3.2.88 zu einer Blitzaktion. Etwa 40 Menschen errichteten mit Autos Straßensperren, zündeten Reifen auf einer Hauptverkehrsstraße an, hängten Transparente quer über Straßen und drangen in das Institute Francaise ein. Die Eingangstür und die Inneneinrichtung ging zu Bruch und Parolen wurden gesprüht.
Alle Leute konnten in die Universität entkommen.

Karlsruhe. In der Leopoldstr. 24 wohnten seit 10 Jahren einige Leute, die das von einem Brand mitgenommene Haus überhaupt erst bewohnbar machten. Trotzdem zahlten sie sieben Jahre lang Miete, bis es ihnen zuviel wurde und sie diese kürzten. Es folgte eine lange Zeit von Prozessen und schließlich ein fristloser Räumungstitel im Januar.

Mit der Unterstützung anderer Karlsruher besetzten sie kurzerhand das Haus, feierten ein Fest und eröffneten ein Cafe. Am nächsten Tag rückte ein massives Bullenaufgebot an und räumte. Jene 15 Leute, die gerade im Haus waren, verschwanden für fast einen Tag im Polizeipräsidium. Den Menschen der sich am selben Abend formierenden Spontandemo wurde erklärt, die 15 kämen erst frei, wenn auf der Straße wieder Ruhe sei - das scheint wohl alle Bedingungen einer staatlichen Geiselnahme zu erfüllen!
Am Wochenende darauf war die nächste Demo (mit 300 Leuten) in Karlsruhe.



Das Zitat

"Der dreijährige Widerstand gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage hat sich nun auf dem juristischen Weg am erfolgreichsten erwiesen."
MdB Daniels (Die Grünen, Landkreis Schwandorf) laut FAZ nach der Nichtig-Erklärung des Bebauungsplans westlicher Taxöldener Forst.

Recht hast Du, Daniels, schade, daß wir das nicht schon vorher gewußt haben. Das Foto soll Dich an Deine Jugendsünden erinnern: Zweite Hüttendorfräumung, Januar 1986. War ja alles überflüssig, wir wären auf juristischem Weg erfolgreicher gewesen!





Dokumentation zum Wuppertaler 129a-Prozeß

7 Jahre Ermittlungen gegen die sogenannte "Antifa-Gruppe", versuchte Kronzeugeneinführung, Parallele zu 18.12.87

Dokumente, Analysen, Erklärungen

Preis 5.– incl. Porto in Briefmarken an:
Wuppertaler zeitung
c/o die borse
Viehhofstr. 125
5600 Wuppertal 1

ab 10 Stck. Rechnung möglich mit 20 % Wiederverkaufsrabatt

Streik seit 11 Monaten

Thailand (Ecomedia, Toronto). Seit 11 Monaten befinden sich thailändische Textilarbeiterinnen in einem Streik für höhere Löhne und gegen Entlassung. In Kanada werden UnterstützerInnen zu einem Boykott der Adidas- und Puma-Produkte aufgerufen.

Scottland Yard's Anti-terrorist Branch schlägt zu - gegen Tierschützer

Am 11. und 12. 7. 1987 haben mehrere Angriffe der ALF (Animal Liberation Front, Tier-Befreiungs-Front) in England bei der Kaufhauskette Debenhams mehr als 9 Millionen Pfund (ca. 17 Millionen DM) Sachschaden hinterlassen. Das ist ein höherer Sachschaden als im Grand Hotel in Brighton 1984 durch eine Angriff der IRA entstanden ist. Dieses Wochenende war Aktionswochenende gegen den Pelzhandel.

Am 9. September fanden in diesem Zusammenhang in Nord-London 5 Hausdurchsuchungen statt, unter anderem in besetzten Häusern in Tottenham. Dabei wurde massig 'Material' beschlagnahmt: Batterien, Kabel, Wecker, Glühlampen, Kohlenanzünder! Drei Menschen wurden von der Anti-TerroristBranch verhaftet, einer von ihnen wurde am nächsten Tag wieder freigelassen. Er erhielt seine beschlagnahmten Sachen zurück.
Geoff Sheppard (30) und Andrew Clark (25) sitzen seitdem in U-Haft. Ihnen wird die Vorbereitung von Sprengstoff- bzw. Brandanschlägen vorgeworfen.
In Anbetracht des Schadens hat die englische Justiz einen sehr hohes Interesse an einer heftigen Verurteilung der beiden, außer den beschlagnahmten Sachen hat sie jedoch - soweit bekannt - keine weiteren 'Beweismittel' oder (Zeugen-)Aussagen. Die beiden haben sich bei ihrer Festnahme gar geweigert, ihre Personalien anzugeben!

Am 29. 10. 87 wurden sie erneut der Staatsanwaltschaft vorgeführt, wo ihnen das Verfahren für drei Anschläge eröffnet wurde:
Debenhams in Luton (8,7 Mio Pfund Schaden), in Harrow (350 000 Pfund) und in Romford Essex (205 000 Pfund). Keine der drei Niederlassungen verkaufte Pelze. (Vielleicht richteten sich die Anschläge gegen den Verkauf von Lederwaren - so der ALF-Sprecher.) Angeblich sind die beschlagnahmten Sachen identisch mit den bei den Anschlägen verwendetem Material.
Der genaue Ort, wo die beiden zur Zeit eingeknastet sind, ist nicht bekannt, es wird vermutet, daß sie ins Brixtoner Gefängnis gebracht werden sollen. Dennoch ist es möglich, ihnen zu schreiben: c/o S.A.R.P. (support animal right prisoners); BCM Box 59 11; London WCIN.
Schreibt ihnen massenhaft, damit sie nicht im Knast versauern.

Gebär-Streik

Finnland (Ecomedia, Toronto). 4000 finnische Frauen im gebärfähigen Alter verweigern es, Kinder auszutragen, bis die Regierung verspricht, das einzige Kernkraftwerk Finnlands bis 1990 stillzulegen. Es produziert gegenwärtig 40 % des in Finnland verbrauchten Stroms.

3000 Tonnen Bomben

El Salvador (Ecomedia, Toronto). Unter Reagan in Washington wurden 3000 Tonnen Bomben auf El Salvador abgeworfen, unter anderem die aus dem Vietnam-Krieg berüchtigten Napalm-Bomben sowie die schon im zweiten Weltkrieg als Brandbomben benutzten Phosphor-Bomben. Es geht um die Entvölkerung von Gebieten, in denen die Widerstandkämpfer der FMLN/FDR stark sind. 62 000 Zivile wurden in den letzten 7 Jahren umgebracht, 1,5 Millionen Menschen vertrieben - El Salvador hat gerade 4,5 Millionen Einwohner. Die USA stecken täglich 2 Millionen Dollar in die Duarte-Diktatur.



kurz und schmerzhaft kurz und schmerzhaft kurz und schmerzhaft

Letzter Prozeß gegen Omori

Japan. Für den 21. Januar 88 wurde das Urteil im letzten Berufungsprozeß Kasuhisa Omori's erwartet. Er wurde am 10. 8. 1976 auf Hokkaido verhaftet - er soll in einem Verwaltungsgebäude der Regierung in Sapporo-City eine Bombe gelegt haben. 1983 wurde Omori dafür zum Tod durch den Strang verurteilt - er sei eine Bedrohung für die Gesellschaft und habe nur den Tod verdient. Einzige Beweismittel: Er hatte Zucker und Batterien zu Hause, aber keinen Feuerlöscher. Der einzige Zeuge, der Omori in der Nähe des Gebäudes gesehen haben wollte, widerrief seine Aussage später. Seitdem sitzt Omori in der Todeszelle.

Hokkaido, die nördliche Hauptinsel des heutigen Japans, wurde 1868 von den Japanern kolonialisiert. Die Eingeborenen, die Ainus, wurden systematisch unterdrückt - als Arbeitstiere und, sofern weiblich, als Sexobjekte ausgenutzt. Omori zeigte sich solidarisch mit den Ainus und kämpfte gegen den japanischen Imperialismus. Der Anarchist Omori ist der japanischen Regierung ein Dorn im Auge - die Bombe gegen das Büro des Ainu-Beauftragten der Regierung war ihr eine willkommene Gelegenheit, Omori zum Schweigen zu bringen.

Anschlag gegen Munitionsdepot

Griechenland. Kurz nach Sylvester begrüßte eine anarchistische Gruppe auf ihre Weise das neue Jahr - sie ließ ein Munitionsdepot in der Nähe von Athen explodieren. Splitter flogen bis zu 6 km weit. Trotzdem Anarchisten die Verantwortung übernommen hatten, erklärte die Polizei, sie wüßte noch nicht, ob es eine Selbstentzündung gewesen sei. Seitdem scheint Nachrichtensperre zu herrschen.

70 % des Militärs gegen Aufständische

El Salvador (ides). Guerillaeinheiten griffen am 5. 1. 88 den Militärstützpunkt "El Poy" an der Grenze zu Honduras an. Das dort stationierte Bataillon zur Aufstandsbekämpfung erlitt zehn Verluste.
Der Operationschef des Bataillons, Oberst M. Vargas, kündigte daraufhin die Durchführung von zwei Militäroperationen an: Unter Beteiligung der Luftwaffe wurde bereits am frühen Morgen des 6. 1. das Gebiet um Guazapa bombardiert. Die zweite Operation läuft im ganzen Land. 70 % der Streitkräfte sollen an den Operationen beteiligt sein, die Vargas total auf 52 000 bezifferte!

Zerstörter Amazonas

Lateinamerika (Ecomedia, Toronto). Zwischen 1976 und 1986 wurden 30 % des Regenwaldes im AmazonasGebiet abgeholzt - hält dieser Trend an, wird es im Jahr 2000 dort keinen Wald mehr geben. Unterstützt von der CIA sorgten multinationale Konzerne für die Vernichtung. Zerstört wird dabei auch der Lebensraum von 300 verschiedenen Indianerstämmen. Ihr Widerstand wird brutal niedergeschlagen, Stämme gegebenenfalls 'umgesiedelt'.
Es besteht die Gefahr, daß das Gebiet, in dem gegenwärtig die Hälfte des Welt-Sauerstoffs produziert wird, zur Wüste wird - mit allen Auswirkungen auf das Weltklima.

Boykott israelischer Produkte

Angesichts der jüngsten Straßenkämpfe im Gaza-Streifen und auf der West-Bank wird in Kanada zu einem Boykott israelischer Produkte entsprechend dem Boykott Südafrikas aufgerufen.
"In beiden Ländern verweigert eine kleine, gut bewaffnete Minderheit einer großen Mehrheit der Bevölkerung persönliche oder politische Freiheit durch Massen-Einknastung, Nazi-ähnliche Folter (bevorzugt gegenüber Kindern und Jugendlichen), und zufällige Tötung von Zivilisten. ... Sowohl Südafrika als auch Israel überfallen häufig umliegende Länder, auch mit dem Ziel, den Widerstand zu schwächen, indem so viel Menschen wie möglich in kurzer Zeit getötet werden.
Seit 1976 haben Israel und Südafrika kein Geheimnis mehr aus ihrer Zusammenarbeit gemacht. Südafrika erhält von Israel moderne Technologie, einschließlich Militär-Technologie, unabhängig von irgendwelchen Sanktionen und Embargos.

Im Gegenzug erhält Israel von Südafrika Rohstoffe und Kapital zu verschiedenen Zwecken. Diese Situation ermöglichte es den USA, ein Embargo über strategisch wichtige Waren gegenüber Südafrika zu verhängen, denn im Endeffekt senden sie diese nun über Israel (und andere rechte Diktaturen). Der Tourismus, kulturelle und sportliche Kontakte zwischen Israel und Südafrika florieren. Die USA gaben Israel Militär--Technologie und politische Unterstützung und nutzen Israel und Südafrika als Schnelle Eingreiftruppe in der Dritten Welt.
Die Organisationen, die derzeit den Boykott südafrikanischer Waren und diplomatischer Kontakte propagieren, betrügen sich selbst, solange sie den Boykott nicht auf Israel ausweiten."
(Aus: Ecomedia Bulletin Nr. 17, 12. 1. 88, Toronto, Canada)

Arbeitslose

Der letzte Weltarbeitsbericht der IAO (Internationale Arbeitsorganisation der UNO) sagt, daß in den industrialisierten Ländern 31 Millionen Menschen arbeitslos sind. Die Reallöhne für die meisten ArbeiterInnen in Lateinamerika und in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sanken um 40 % (vermutlich innerhalb eines Jahres).

REMEMBER !

Mit der hiesigen Ausgabe beginnt eine neue Serie - in eigener Sache, aber auch in allgemeiner.

Es wird jeweils eine alte AKTION-Issue vorgestellt, besonders wenn wir sie noch auf Lager haben!

Diesmal hat es die AKTION Nr. 2-82 erwischt: DIN-A 4 Format, 32 Seiten, randvoll gepackt mit Action aus deutschen und internationalen Landen.

Beiträge:

1. - wie man über 1 Million (1.000.000) Liter Kerosin in das Grundwasser leitet, es trotzdem nicht beeinträchtigt, und freigesprochen wird, weil "man nun mal damit rechnen muß." Die FAG (Ffm Flughafen AG) machte dies vor - die AKTION schaute nach.

2. eine Startbahn 18 West Chronologie und das Widerstandskonzept, sowie die Rolle der Grünen.

3. Anarchafeminismus - das Patriarchat läßt nicht locker.

4. ein Bulle räsoniert vom besten: die Technologie des Krawalls.

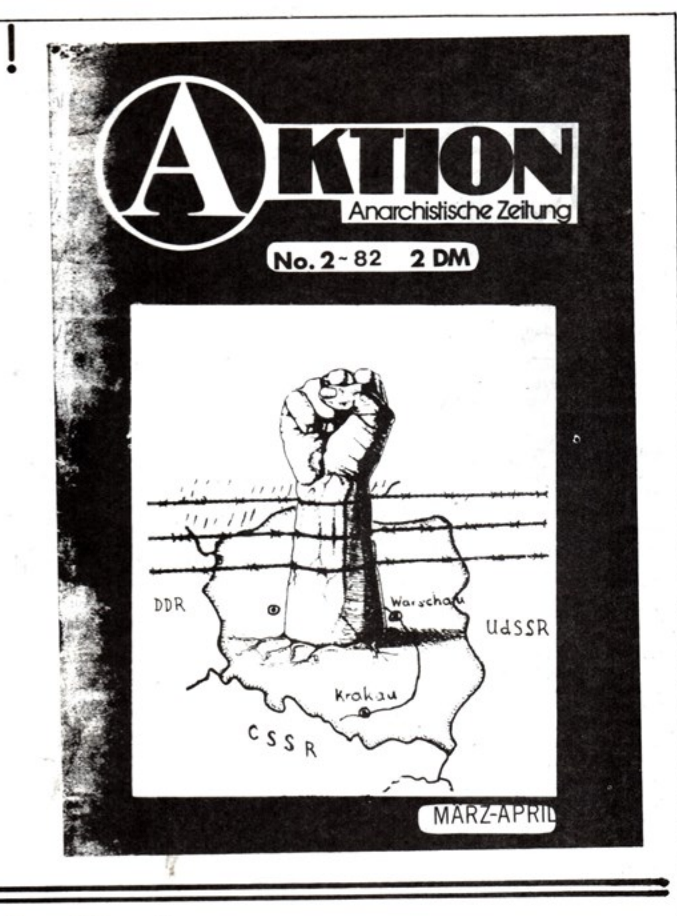
5. politische und wissenschaftliche originelle Lösungen: die Isolationsfolter.

6. Polen: die Geschichte von Hitler, Stalin und anderen Schweinen.

7. sowie EMP (elektro-magnetic-puls), Beschäftigungsprogramm, Griechenland (Molotowcocktailparty) und ein Kommunique der Autonomen Gruppen!

Diese Ausgabe (Nr. 2-82) kostet 2 DM incl. Porto. Bei Mehrfachbestellungen (auch von anderen Nummern) gibt es Massenrabatt!

Hegesias



PRESSERKLÄRUNG

*Beschluß der Sonder - Bundeskonferenz der Anti - AKW - Bewegung am 24.1.88 in Marburg

Am 24.1.88 fand in Marburg die Sonderbundeskonferenz der Anti - AKW - Bewegung statt. Anwesend waren 200 Vertreter und Vertreterinnen der "alten" und der "neuen" Anti - AKW - Bewegung aus 35 Städten aus dem gesamten Bundesgebiet.
Die Sonderkonferenz wurde organisiert, um darauf angemessen reagieren zu können, daß von den jahrelangen Machenschaften der Atommafia nun einiges ans Licht der Öffentlichkeit gekommen ist. Die Konferenz einigte sich auf ein Konzept, in dem die regionalen Aktivitäten miteinander verknüpft werden und an vier Orten der BRD die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen zum Ausdruck gebracht wird. Die vier Demonstrationen werden am 5. März stattfinden. Die Konferenz schlug folgende Standorte vor: Gorleben, Essen (RWE - Hauptsitz), Rhein - Main - Gebiet (Degussa, Nukem), Wackersdorf. Die Anti - AKW - Konferenz konzentriert sich auf diese vier Orte, um einmal neu darzustellen, daß das Atomprogramm überall in der BRD Wirklichkeit und Alltag ist. Sie will dadurch der Medienfixierung auf Hanau entgegenwirken.

Auf den Demonstrationen soll thematisiert werden:
- daß, was jetzt als Skandal aufgekocht wird, der Alltag im Atomstaat ist,
- daß zivile und militärische Nutzung der Atomenergie nicht voneinander zu trennen sind,
- daß der Widerstand gegen Atomanlagen legitim ist und deshalb unseren kriminalisierten Freundinnen und Freunden unsere ganze Solidarität gehört,
- daß die Atommafia weltweit organisiert ist - z.B. Uran aus Namibia in der BRD verarbeitet wird,
- daß auch der BRD - Staat sich durch die Atomenergienutzung den Weg zur Atombombe offenhalten will.
Es wird die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit gefordert.
Ein bundesweiter Abschalttag mit zahlreichen dezentralen Aktivitäten wird bereits seit längerem für den 29.2.88 vorbereitet. Er soll auch zur Mobilisierung für die Demo am 5.3. genutzt werden. Für den Fall, daß Nukem wieder in Betrieb geht, kündigt die Anti - AKW - Konferenz bereits jetzt für den 2. Samstag nach der Wiedereröffnung eine bundesweite Demonstration in Hanau an. Dieses Konzept wird ergänzt durch Aktivitäten gegen den nächsten Transport abgebrannter MOX - Brennelemente von Kahl nach Lübeck am 16./17.2.88, gegen den entlang der gesamten Strecke Aktionen vorbereitet werden. Am 13.2.88 wird dazu eine Großdemonstration in Lübeck stattfinden.
Marburg, 24.1.88

Autonome Internationalismus-Tage

Wir übernehmen einen Beitrag aus: Treibsand, Nr. 67, 08.01.88, Bremen.

Im September 1988 findet in Berlin der Gipfel des Internationalen Währungsfonds (IWF) statt. Dazu wird eine bundesweite Debatte geführt, die sich mit der Weltsozialkonfliktualität auseinandersetzt und in eine Kampagne zu einem neuen Internationalismus und gegen den IWF mündet. In Bremen finden, als Bestandteil dieser Debatte, vom 14. bis 17. April 1988 die Autonomen Internationalismustage statt. Die AAL/der Asta treten als Veranstalter dieses Vorhabens auf.

Die Konzeption geht von folgenden Ausgangspunkten aus:

I.1. Ganz oben stehen die weltweit beachteten Kämpfe in Südafrika, den Philipinen und Südkorea, die Riots und Hungerrevolten in Haiti, Tunesien, Marokko, Ägypten und Sambia, die Landbesetzungen in Brasilien, Mexiko, Bangladesh und den Philipinen, der Zyklus weltweiter StudentInnenunruhen in FRankreich, Spanien, China und Korea, die Kämpfe und Kriege im Libanon und auf Sri Lanka.

I.2. Wir müssen uns vor Augen führen, daß das Subjekt dieser Kämpfe wie auch eines ganz alltäglichen Widerstandes (häufig) Frauen sind. Sie tragen einen großen Teil der "neuen sozialen Bewegungen", viele, wenn nicht die meisten, Ansätze einer Organisation bzw. Infrastruktur von unten werden von Frauen organisiert. Meist sind sie es, deren Kämpfe und Widerstandsformen nicht begrenzt sind, sondern einen umfassenden Widerstand ausdrükken, einen gegen Patriarchat und Imperialismus.

II. Auf der anderen Seite steht eine imperialistische Strategie, die weltweit eine halbe Miliarde Menschen vertrieben hat, deren einer Teil in Lagern und Slums ein ständig gefährdetes Dasein führt, deren anderer Teil in Hungermärschen und Hungerlagern schlicht dem Tode ausgesetzt, der Vernichtung preisgegeben wird. In weiten Teilen Afrikas, wie auch Brasiliens und den Lagern des Libanon und den Städten Sri Lankas findet ein Völkermord unermesslicher Dimension statt, während z. B. in Teilen Asiens die Landflüchtigen noch eingebaut werden in einen Verwertungs- und Akkumulationszyklus. Insgesamt liegen jedoch, betrachtet mensch sich Süd- und Mittelamerika, Vertreibung, Entwicklung und Vernichtung dicht beieinander.

III. Ein zentraler Bestandteil und Ansatz der derzeitigen Strategie der Weltbank und des IWF ist der verstärkte Zugriff auf die Frauen weltweit. In der offiziellen Version verschiedener entwicklungspolitischer Modelle soll ihre Einbindung in den Weltmarkt ausgedehnt werden. Einerseits werden sie zunehmend - dies ist nicht neu - den sozial- und bevölkerungspolitischen Absichten (gen)technologisch unterworfen, andererseits verschärft sich der Angriff des Weltkapitals auf die Frau, die Arbeitskraft der Frau als ganzes weltweit.

IV. Weiter bahnt sich ein Weltdemokratisierungsprozess an, der unter anderen Brasilien, Argentinien, Philipinen und Südkorea umfaßt, aber entgegen allen Hoffnungen den dort lebenden Menschen keine Verbesserung ihrer Lage gebracht hat, sondern sich nur eine neue, bürgerliche Basis für das ewig alte Geschäft des Kapitalismus verschafft.

V. Besonders spektakulär ist der Börsenkrach am internationalen Weltfinanzmarkt und die weltweite Schuldenkrise. Beides ist Inhalt linker Verständnisdiskussionen. Während die Schuldenkrise einen ungeheuren Kapitaltransfer von der 3. Welt in die Metropolen bedeutet und die Massenverarmung von 4/5 der Weltbevölkerung besiegelt, ist der Börsenkrach gleichbedeutend mit mehr oder minder großen Einbrüchen in den Weltmarkt, deren Folgen weitere sozialpolitische Sparoperationen und steigende Massenarbeitslosigkeit hier sein werden. Beides sind zwei Seiten der Welt(finanz)krise.

VI. In vielen Regionen sind die Menschen konfrontiert mit Todesschwadronen, Low-Intensity-Wars und Massenvernichtungskriegen wie am Golf. Aufstandsbekämpfung, Krieg, Massenvernichtung und Entwicklungsmodelle liegen häufig dicht beieinander. Um zu einem strukturellen Verständnis der gesamten weltweiten imperialistischen Strategie zu kommen, müssen wir die genannten bisherigen weitgehend einzeln betrachteten Konflikte zu einer Darstellung der derzeitigen Weltlage zusammenfassen und auseinanderheraus erklären und begreifen. Angesichts unserer Ohnmacht gegenüber den Dimensionen globaler Prozesse reicht es nicht mehr, in Einzelaspekten zu verharren. Vielmehr ist ein anti-imperialistisches Neuverständnis vonnöten, um uns unserer internationalen Bezüge zu versichern.

Unsere zentralen Fragen in aller Kürze sind die nach:
- Klasse und Klassenbegriff
- Frauen und Patriarchat
- den Flüchtlingsbewegungen
- einem Neuverständnis sozialer Bewegungen und Widerstands- und Verweigerungsformen
- dem Verhältnis von politischer Organisation zu sozialen Bewegungen.

Fragen richten sich nach einer Imperialismusanalyse zwischen den Eckdaten
- Weltsozial- und Bevölkerungspolitik
- Entwicklung und Modernisierung
- Geld-, Schuldenkrise
- Low-Intensitiy-Wars
- strategischen Sektoren des Kapitals.

Fragen richten sich nach den Brennpunkten der Weltklassenkämpfe
- unseren Bezügen
- unserer Praxis, Solidaritätsarbeit, praktischer Internationalismus.

Diesen Fragen wollen wir näher kommen durch Veranstaltungen zu verschiedenen Regionen, Nahost, Brasilien, Lateinamerika, Südkorea, Philipinen, usw., zu verschiedenen Themen, IWF und Weltfinanz- und Schuldenkrise, Frauen, Historisches etc. und durch Arbeitsgruppen und Diskussionen.

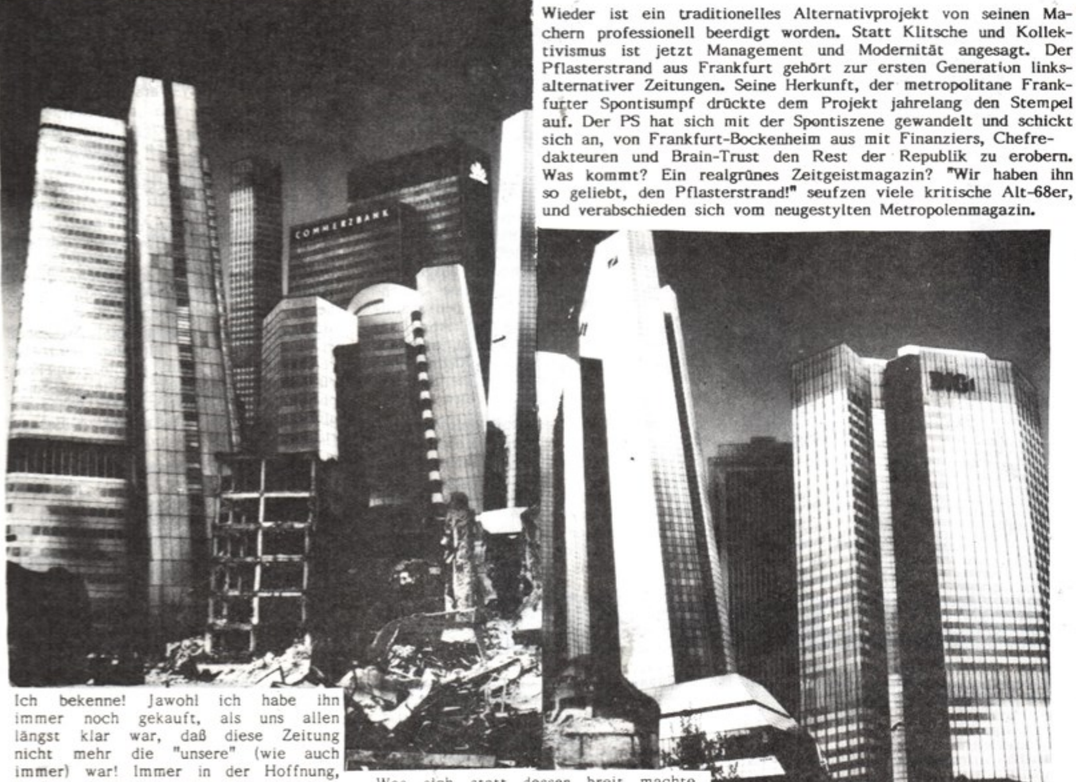
Am Ende steht der Versuch, aus den einzelnen Fragen, Veranstaltungen und Diskussionen ein Neuverständnis des Anti-Imperialismus und Internationalismus zusammenzufügen und eine linke Praxis, die diesem Imperialismus entspricht, zu entwickeln.

Vorab erscheint: Ende Januar ein erster Reader als "Sondertreibsand" zum Thema IWF, neuer Internationalismus. Er wird noch einiges mehr zu unserer Absicht, unseren Fragen enthalten, sowie erste Materialien zu den verschiedenen Themen.

Kontakt über:
AG Europäische Migration
c/o Asta Uni Bremen
Bibliotheksallee 29
2800 Bremen 33
tel.0421-2183314

Vom ENDE einer Liebesbeziehung

Wieder ist ein traditionelles Alternativprojekt von seinen Machern professionell beerdigt worden. Statt Klitsche und Kollektivismus ist jetzt Management und Modernität angesagt. Der Pflasterstrand aus Frankfurt gehört zur ersten Generation links-alternativer Zeitungen. Seine Herkunft, der metropolitane Frankfurter Spontisumpf drückte dem Projekt jahrelang den Stempel auf. Der PS hat sich mit der Spontiszene gewandelt und schickt sich an, von Frankfurt-Bockenheim aus mit Finanziers, Chefredakteuren und Brain-Trust den Rest der Republik zu erobern. Was kommt? Ein realgrünes Zeitgeistmagazin? "Wir haben ihn so geliebt, den Pflasterstrand!" seufzen viele kritische Alt-68er, und verabschieden sich vom neugestylten Metropolenmagazin.



Ich bekenne! Jawohl ich habe ihn immer noch gekauft, als uns allen längst klar war, daß diese Zeitung nicht mehr die "unsere" (wie auch immer) war! Immer in der Hoffnung, doch noch einmal etwas zu entdecken, was den Kauf rechtfertigt. Meist suchte ich vergebens. Der "Pflasterstrand", denn von diesem ist hier die Rede, war schon lange kein "radikales Medium" mehr. Vielmehr entwickelte er sich, nach einer kurzen Blüte von ca. zwei Jahren seit 1978 zielstrebig zu einem Zentralorgan zunächst diffus grüner Ansprüche, und versuchte mit einer fast an Denunziation grenzenden Distanzierungskampagne während des deutschen Herbstes (Jemand-Drohung!) mit aller Kraft und Cohn Bendit am Ruder, das Segel in den leicht auf rechts drehenden Wind zu bekommen.

Auch die für die Nischengesellschaft der 70er Jahre so typischen "Alternativbetriebe", die für Teile meiner Generation der "Nicht mehr 68" und "noch nicht Autonomen" eine Möglichkeit der Loslösung vom verhaßten System bedeuteten, verschwanden aus dem PS. Zu gleicher Zeit auch die teilweise fetzigen, teilweise sehr peinlichen Debatten (mir fällt da z. B. sofort der berüchtigte Leserbrief-provokateur "Siegfried Knittel" ein, der "Frauenfeind", der besonders die feministische Leserschaft auf die Barrikaden brachte).

Was sich statt dessen breit machte, war neben dem Personenkult um Joschka Fischer und Cohn Bendit, der zu dieser Zeit gerade in seine Midlife-Krise gekommen sein dürfte, eine Mischung aus "Lebensgefühl", wie es außer einem Absolventen des Fachbereichs 10 (Germanistik, Romanistik etc.) keinen weiter berührte und einer Schreibe, die selbst bei Menschen mit einer abgerundeteten humanistischen Halbbildung wie dem Autor, meist keinen greifbaren Anhaltspunkt mehr bot, um was es in den jeweiligen Text ging. Garniert war das Ganze stets mit etwas grün.

Als die Grünen dann endlich in Hessen an der "Macht" waren und der PS durch die Staatsbürgschaft mit absahnen durfte, suchte man nach neuer Klientel und entdeckte den "Yuppy". Ein Menschentyp, ähnlich hohl wie ein Schokoladenosterhase, dazu pseudointellektuell und habgierig, also, wie zugeschnitten auf den PS! Auch die übrigen Kleiderständer, Zeitgeistfuzzis und Cafe-existenzialisten kamen nicht zu kurz. Der PS wurde unerträglich! Trotzdem habe ich ihn immer wieder gekauft. Liebe, auch vergangene, macht halt sentimental.

Ich nahm noch hin, was R. Mohr bezüglich des 2.11. absonderte (er hatte schon immer dieses sozialdemokratische Sendungsbewußtsein!), und schöpfte Hoffnung als sich einer der berüchtigsten Schrottschreiber, H.J.Klein, verabschiedete. Die Hoffnung trug. Der neue Pflasterstrand, trotz des Che (als Leithammel) und dem 68er Revival bringt zusammen mit dem Rest lediglich eine Steigerung der Tendenz der letzten Jahre.

Ich erkläre hiermit an den Pflasterstrand: Ich liebe dich nicht mehr und bin tief enttäuscht von dir! Mögen deine LeserInnen in Zukunft hoffentlich andere sein, als die der AKTION!

Und dann wünsche ich dir noch einen gnädigen Zeitgeist, den du als Schutzengel im Kampf mit ähnlichen Medien wie "Wiener" und "Tempo" sicherlich brauchen wirst.

Übrigens noch ein Typ: Wenn du mal wirklich keine Kohlen mehr hast, frag nach bei Möllemann (FDP). Da bleibst du im Trend, und der gibt wirklich etwas (remeber Twen!).

WRIGLEYS

BUNDESWEHR

—Auftrag Landesverteidigung—

Vom Vergnügen in Reih und Glied zu marschieren und der Zersetzung der Bundeswehr, von österreichischen Totalverweigerern und bundesdeutschen Alkoholikern auf Wache, von militanten Autonomen, die in Wilhelmshafen ein Werkstattschiff der Bundesmarine kaperten handeln die folgenden Beiträge. Politische Zersetzung der Bundeswehr oder totale Verweigerung, die tägliche Sabotage oder die kämpfenden Genossen mit den Unterwanderstiefeln, die Liste bewußter oder natürlicher Formen antimilitaristischer Aktivitäten wird von Tag zu Tag länger.

Dokumentation

Kleine Geschichten zur Einführung.

"Wenn einer mit Vergnügen in Reih und Glied zu einer Musik marschieren kann, ... hat er sein Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark schon völlig genügen würde."
(Albert Einstein).

Unsere kämpfenden Genossen in der Bundeswehr haben uns folgendes berichtet, teils aus eigener Erfahrung, teil aufgeschnappt am Frankfurter Hauptbahnhof, sonntags zwischen 17 - 23 Uhr, wenn die Soldaten in die Kasernen zurückfahren.

1. Aus der Region Süd, Ressort Aufklärung:

Tatort: Unteroffizierschule
Tatzeit: immer
Leerkörper: Ein Diplompädagoge im Range eines Leutnants. Er erkärt die Vorzüge der Demokratie und die Notwendigkeit der Bundeswehr, und: "Wir haben keine Feindbilder."
Jedoch bei pausenlosen Manövererklärungen ist der potentielle Gegner entweder rot oder orange, sitzt immer im Osten, heißt einmal "Feind" und ein andermal "Russe". Der Diplompädagoge redet über Psychologie (Primitiv-special zur Beherrschung von Untergebenen) und wird dabei von zwei kritischen Menschen vorgeführt bzw aufgeklärt. Das gehört sich aber nicht. Er befiehlt ihnen, den Mund zu halten, und läßt ihnen später über den Kompaniechef Redeverbot erteilen.

Diplome für Pädagogik und Psychologie werden in München verschenkt, an einer Bundeswehrhochschule!

Ein Soldat hängt einen Protestaufruf der Grünen ans schwarze Brett, das ansonsten voller Bundeswehrwerbung ist. Er wurde dabei erwischt. Weil er sich reuig zeigte, bekam er nur eine erzieherische Maßnahme und kein Disziplinarverfahren.

Region Nord: Auf einem Kriegsschiff wurde als offizielle Tageszeitung der "Preußenkurier" ausgehängt - auf Wunsch des Kommandanten.

Region Nord-Mitte: Auf einem Fest der Kompanieausbilder stimmte der Chef "SA marschiert" an. Die Ausbilder fallen ein. Ein Ausbilder protestiert dagegen. Er wird niedergeschrien, steht vor einer Schlägerei (alle für einen!) und muß sich am Ende entschuldigen.

2. Region Mitte, Ressort Zersetzung:

Alkohol wird getrunken, allerdings nur im Dienst. Danach wird gesoffen - notfalls bis der Arzt kommt (Blutvergiftungen sowieso, im Norden fielen Leute über Bord, im Süden zückte man die P1, 9mm, usw). Dabei macht man lustige Spielchen, z. B.: nackt ausziehen und/oder auf dem Tisch tanzen, nicht oder Wenigtrinkern den Schnaps oder das Bier mit Gewalt einflößen, usw.

Hasch ist sehr beliebt. Aber kein Vorgesetzter merkt es.

Region Mitte: Ein Joint wurde während eines Kurzgesprächs mit einem Offizier geraucht. Einmal haben sie es doch kapiert. Das Opfer hatte allerdings eine absolut nicht unerhebliche Menge Hasch im Spint (er war der Dealer!).

Region Süd: Joints im Geschützturm, Haschpartys in den Unterkünften.

Region Nord: Joints auf vielen Schiffen und Booten der Marine. Join(t) the Navy!

3. Region Süd, Ressort Emanzipation:

Bei einer Übung sollten Soldaten eine umstellte Kaserne verteidigen: gegen Demonstranten, die von Soldaten der gleichen Kompanie gestellt wurden. Die letzteren taten unter den Augen des Kompaniechefs bieder ihre Pflicht und riefen: "scheiß Imperialisten, nieder mit der Fascho-Bundeswehr!" Der Chef freute sich ob diesem Engagement, feuerte aber auch die Kasernenverteidiger an. Darauf zückten diese ihre Waffen (Übungsmunition) und drohten den simulierenden Demonstranten damit (P1, G3 (ein Gewehr), MG). Als dies und ihr wildes Schreien keinen Erfolg zeigte, rückten sie aus und nahmen fest; dabei brüllten sie die Demonstranten an, gingen recht brutal vor, und schlugen sogar - die eigenen Kompaniekameraden, nur um dem Kompaniechef zu gefallen!

Bei Wachgängen fallen immer mal Schüsse, einfach nur so, weil jeder mit Knarre ein König ist (ab und zu gibt es Tote). Ein Wachgänger kann übrigens ein Disziplinarverfahren bekommen, wenn er auf Wache raucht. Im Norden säuft man dazu und darauf!

Bei einer Wache fühlten sich zwei Wächter als Könige: Beim Wetttkampf, wer denn der schnellste Django sei, war der Sieger zu imitationsgetreu. Der unterlegene Django zieht jetzt nur noch an den Saiten seiner Harfe.



Die Bundeswehr.... Part II

Leere Patronenhülsen sind ein begehrtes Souvenir - größere Kaliber dienen als Aschenbecher. Volle Patronen sind auch ein begehrtes Souvenir; größere Kaliber auch ...

4. Region Süd, Ressort Spionage:

Erst gelesen, dann ausführlichst diskutiert, wurde die Zeitung AKTION, ganz nahe und nur getrennt durch eine Tür und zwei Meter von einem besetzten Offiziersaufenthaltsraum ...

Für einige Spione ist es ein leichtes, an Papiere zu kommen, bis zum Geheimhaltungsgrad "geheim".

5. Region Nord bis Süd, Ressort Sabotage:

Leider haben die meisten Sabotageakte keinen politischen Charakter. Aber welcher Mensch mit letzterem ausgestattet geht schon zur Bundeswehr? Trotzdem findet Sabotage statt. Durchgetrennte Kabelstränge, verschwundene Munition, Ersatzteile, Waffen, Papiere, Klamotten usw., nicht funktionstüchtige Fahrzeuge und Geschütze, bewußt wortgetreu ausgeführte Befehle und anderes sinnvolles.



MK 25

Wenn schon kein Marlboro-Land oder keine Camel-Tropic-Tour, dann wenigstens die Waffe in der Hand (das Gewehr ist die Braut des Soldaten. Oder: I got my rifle, I got my gun! one is for killing, the other is for fun!).

Daß die Bundeswehr eine solch tolle Armee ist, verdankt sie zweifellos ihren preußisch-braunen Nachwehen. Denn ein solch waffenstarrendes Vehikel (Staat im Staate) braucht eine faschistoide Gehorsamsstruktur, um die alltägliche Suizidgefährdung dieses erbärmlichen Landes auf kleiner Flamme zu halten. Sehen wir also die Bundeswehr als das, was sie ist: bestehend aus einem Haufen nicht ganz heller Köpfe und potentiellen Mördern. Im Kriegsfall stirbt die Zivilbevölkerung mit größter Wahrscheinlichkeit zuerst.

Die sowjetrussische oder die amerikanische Armee besteht auch nur aus nicht ganz hellen Köpfen; wie sehr dieses Räubersyndikat an seiner Dummheit leidet, erkennt mensch daran, daß sie sich, trotz aller Gemeinsamkeiten, gegenseitig totschießen wollen! Wünschen wir den Genossen der Regionen Nord, Süd und Mitte und der ganzen Welt die baldige Befreiung von ihrem Moloch, und rufen den Armeen ein fröhliches "Dumm dreist!" aus den tieferen Tiefen unseres Rükkenmarks oder aus dem Auge Molotows zu!

HEGESIAS

Organisationsstruktur für die Luftverteidigungsplanung der NATO

SECRETARY GENERAL

NORTH ATLANTIC COUNCIL
DEFENCE PLANNING COMMITTEE

NATO AIR DEFENCE COMMITTEE

PANEL ON AIR DEFENCE WEAPONS

PANEL ON AIR DEFENCE MANAGEMENT AND CONTROL SYSTEMS

PANEL ON AIR DEFENCE PHILOSOPHY

ACCS TEAM

Die Bundeswehr ist übrigens ein hervorragendes Material- und Ersatzteillager. Vom Putzmittel bis zum Autoreifen kann mensch alles bekommen.

"Die Existenz des Soldaten ist, nächst der Todesstrafe, das schmerzlichste Überbleibsel der Barbarei, das es unter Menschen gibt."
(Vigny)

Die Soldaten leben im Käfig ihrer Dummheit. Sie fürchten sich vor der Wahrheit und reden den Vorgesetzten nach dem Maul, nur um einen Streifen mehr auf die Schulter zu bekommen oder ein Stück Blech an die Brust. Im Grunde sind diese vielen Rambos nur kleine Kinder, die am immer lodernden Feuer des Abenteuers sitzen.



PART III

Verweigert Alle !

Totalverweigerer aus Österreich berichten. Im Schreiben der "Schwarzen Distel/Revolutionsbräuhof" aus Wien lesen wir: "Am 04.01.88 hätten Bassam Al-Taher in der Bolfraskaserne Mistelbach und Wolfgang Mundstein in der Carl-Kaserne Wien ihren Präsenzdienst (Militärdienst) antreten sollen. Beide haben die Annahme von Befehlen verweigert. Die Behörden reagierten unterschiedlich: Wolfgang wurde zwei Psychiatern vorgeführt, die nach nur jeweils zehnminütigen Gesprächen eine "schizophrene Psychose mit paranoiden Zügen" attestierten - Entlassung aus dem Präsenzdienst wegen Heeresuntauglichkeit.

Bassam hingegen sitzt seit dem 05.01. in Korneuburg in Untersuchungshaft. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen § 12 Militärstrafgesetz (Befehlsverweigerung), Höchststrafe zwei Jahre, eingeleitet. Bassam kann nun die Unterstützung und Solidarität der inter(anti)nationalen libertären Bewegung gebrauchen! Schreibt ihm massenhaft Briefe:

Al-Taher Bassam

Kreisgericht Korneuburg
Hauptplatz 18
2100 Korneuburg - Austria

Erklärung von Bassam Al-Taher:

Es existieren für mich mehrere Gründe, dieser Einberufung nicht Folge zu leisten, welche ein Teil meines politischen Verständnisses zur Förderung und Erreichung einer befreiten und herrschaftslosen Gesellschaft entspringt.

Ich bin Anarchist, infolgedessen Mensch, der für ein selbstbestimmtes Leben, Denken und Handeln kämpft. Es läßt sich daher mit meiner Überzeugung nicht vereinbaren, einen Dienst anzutreten, der die Aufgabe und das Ziel der Entmündigung (Gehorsam, Pflicht, nationales Bewußtsein) und Unterdrückung (Ausbeutung, Bürgerkrieg, Krieg) des Menschen durch den Menschen hat.

Unter Entmündigung verstehe ich, wenn meine Identität als selbständig denkendes Individuum, einem sogenanten Pflicht- und Nationalbewußtsein gegenüber diesem Staat, zugunsten hierarchischer Strukturen und Ausbeutung entgegen meiner eigenen Bedürfnisse und Interessen gestellt wird.

Krieg (und dessen Vorbereitung allgemeine Wehrpflicht) ist nun mal die schnellste und rationelste Art und Weise der Erweiterung der Mehrwertgewinnung, die der herrschenden Klasse (im Kapitalismus) zur Verfügung steht, welche diese wenn nötig auch anwendet - Beispiele hierzu finden wir in der Geschichte und Gegenwart. Daß derzeit diese Form der Macht- und Profiterweiterung nicht hier, sondern in der Peripherie ausgetragen wird, ergibt sich aus politischen und strategischen Tatsachen, der Existenz des Imperialismus, der in engem Zusammenhang mit dem Militarismus steht.

Es soll dabei jedoch nicht vergessen werden, daß das österreichische Bundesheer schon einmal gegen Zivilbevölkerung vorgegangen ist und dies sicherlich unter "Befehl" und dem Vorwand "Demokratie und Recht" (das Recht, Menschen auszubeuten) gegenüber ihren Konflikten bzw. Aufständen zu verteidigen, wieder tun würde.

Weiterhin steht für mich fest, keinen Zivildienstantrag zu stellen, da der Zivildienst so und so nur ein Ersatz- bzw. Hilfsdienst (Nachschub, Verpflegung, Sanitätsdienst usw.) für das Militär ist und im Sinne der ULV seine Aufgabe, als eben dieser, erfüllt. Der Zivildienst ist wie der Militärdienst ein unumgänglicher Staatsdienst und von seinem Ziel und von seiner Struktur her diesem ähnlich. Abgesehen davon ist es für mich unverständlich, wie man sich von einer staatlichen Institution wie der Zivildienstkommission ins Verhör (sogenannten Gewissensprüfung) nehmen läßt, die alleinig die Aufgabe besitzt, im Rahmen der ULV zu selektieren und zu spekulieren, wo mensch sein Vaterland am effektivsten verteidigen kann.

Durch das Erscheinen vor der Zivildienstkommission, der wir dadurch die Legitimation und Gewalt geben, über uns zu entscheiden, entmündigen wir uns selbst. Ich möchte damit nicht behaupten, daß es mir absurd erscheint, wenn sich jemand durch eine sogenannte Gewissensprüfung der unmittelbaren Repression des Staates zu entziehen versucht - aber diese Frage würde sich dann nicht mehr stellen, wenn wir gemeinsam Bundeswehr und Zivildienst boykottieren.

Es gibt sicherlich andere Möglichkeiten, sich dem Ganzen zu entziehen (Psychiater, Flucht usw.). Deshalb sehe ich auf keinen Fall meine Totalverweigerung als etwas Heroisches oder Einzigartiges an. Sie wird auch nicht dieses System und seine verbindlichen Strukturen zu Fall bringen. Sie ist für mich und hoffentlich für viele andere Ausdruck politischen Bewußtseins und Protest gegenüber dem Bestehenden.

Daß der Staat Österreich zahlreiche Möglichkeiten hat (Kriminalisierung, Verurteilung, Häfn, usw.), mit denen er versucht, uns gefügig zu machen, um den reibungslosen Ablauf dieser ganzen Scheiße zu garantieren, brauche ich hier nicht großartig zu erwähnen. Es ist daher sehr wichtig, daß unser Widerstand in vielen Bereichen unseres Lebens geführt wird, und eine Totalverweigerung nur eine Form von vielen ist. Daß man dadurch mit einer Gefängnisstrafe rechnen muß, ist eine Nebenerscheinung.

Bassam Al-Taher



NEU
RECHTS-STAAT BRD
eine Broschüre mit vielen eigenen Erfahrungen zu den Themenbereichen
KDV/t.KDV/"Zivii"dienst
Auf-/"Ab"RÜSTUNG/Friedensbewegung
"Frauen zum Bund"
Blockaden und Blockadeprozesse
STARTBAHN/Polizei(staat!)
"Asylpolitik"
Rechtsextremismus
VOBO/"Volks"ZÄHLung"
CDU ect.
--lesenswert--
Zu bestellen gegen Spende bei:
(für Wiederverkäufer 10Stk.=12DM)
Holger Halfmann
postlagernd
7075 MUTlangen
Wer noch Beiträge hat, kann sich auch bei mir melden (veröffentlichung gegen Mithilfe bei der Finanzierung/- falls es wiedererwartens einen Gewinn gibt wird der natürlich auch geteilt).

Stehe zu diesem Thema auch als Referent zur Verfügung!--



PART IV

ZERSETZUNG

Unter dem Titel "Zersetzung" erscheint ein anti-militaristisches Soldaten- und Reservisten-Info, das wir hier in Auszügen dokumentieren.

Die meisten von euch, die diese "Zersetzung" jetzt in Händen halten, sind zur Zeit beim Bund. Gern oder freiwillig ist keiner dabei, zumindest von denen, die "Wehrpflicht" ableisten müssen. Mit anderen Worten: ihr seid zwangsrekrutiert, und kommt aus dem Fluchen nicht mehr raus. Die ganze Scheiße beim Bund kotzt euch an. Das ist verständlich. Da hilft es auch nicht, wenn man sich einredet oder einreden läßt, daß es halt angeblich sein muß - es müßte eben nicht sein, und für diesen Staat schon zweimal nicht!

Sich vor dem Bund drücken zu wollen, ist o.k.. Aber beim Zivildienst wird man für den Saftladen BRD genau so eingespannt. Aber wenn sie einen schon drankriegen, dann ist es doch besser dafür zu sorgen, daß ihre scharfe waffe "Bundeswehr" für sie unbrauchbar wird. Denn wir Wehrpflichtigen sind es, die letztlich bestimmen können, wohin die Kugel fliegt und der Panzer rollt. Wir Zwangsrekrutierten sind die Schwachstelle im Sicherheitsapparat der Bourgeoisie. Dies gilt es zur Sabotage, Zersetzung und direkten anti-militaristischen Aktionen auszunutzen. Das beim Bund erlernte Waffenhandwerk läßt sich am besten gegen diesen Staat und seine herrschende Bande einsetzen, statt gegen das Volk oder gegen fremde Länder.

Wenn der Befehl zum Einsatz gegeben wird, marschieren wir nach Bonn!

Praktische Tips und Tricks

Kameraden, ihr könnt euch wehren! Das Grundprinzip eines jeden Heeres ist der Druck, der von oben nach unten ausgeübt wird, von Kompaniechef, Zugführer, Gruppenführer bis hin zu den einfachen Soldaten. Diesem Prinzip gilt es von unten entgegen zu treten. Haltet zusammen gegen Unteroffiziere und Offiziere. Laßt euch nicht spalten in "Neue" und "Alte", in verschiedene Manschaftsdienstgrade, usw. Manchmal kann man auch mit einzelnen Unteroffizieren (meist Zeitsoldaten für zwei bis vier Jahre) gut zurecht kommen und zusammenarbeiten. Prüft diese Möglichkeit, um euch besser wehren zu können. Helft euch gegenseitig beim Waffenreinigen, Sauberkeitsappels. Untestützt einzelne, die Strafen aufgebrummt bekommen haben. Nutzt eure Funktionen aus und schanzt euch gegenseitig Vorteile zu.

Setzt die Macht des Kollektivs gegen die Macht einzelner. Befehle können übrigens auch gründlich mißverstanden oder falsch ausgelegt werden, ohne daß ihr zur Verantwortung gezogen werden könnt.

In diesem Zusammenhang ist es auch äußerst wichtig, daß ihr die euch als Soldaten noch verbleibenden legalen Rechte (die man euch gern verschweigt) konsequent ausnutzt, so das Beschwerderecht, daß ihr als Soldaten nach § 34 Soldatengesetz habt. Beschwerde erheben könnt ihr gegen eine schlechte Behandlung durch Vorgesetzte oder gegen Befehle, die ihr als ungerecht empfindet. Die Beschwerde geht dann durch, wenn der Befehl nicht durch eine Dienstvorschrift gedeckt ist. Zwar werden die Vorgesetzten meist nur über ihr falsches Verhalten belehrt. Aber Ärger bedeutet es für sie allemal. Und zuviel davon, können auch sie nicht gebrauchen. Keine Angst. Wer bekannt dafür ist, daß er sich wehrt, ist bei den Vorgesetzten eher gefürchtet, als daß er dadurch Repressalien ausgesetzt wäre.



Je mehr sich wehren, desto besser. Und vor allem sofort in der ersten Woche damit anfangen! Zur Not könnt ihr auch den Wehrbeauftragtren des Bundestages anmachen. Oder belästigt einfach laufend den Standortpfarrer.

Ein weiteres wichtiges Mittel, euch zu wehren, ist der Vertrauensmann nach § 35 Soldatengesetz. In der Grundausbildung muß der Kompanieboss der Ausbildungskompanie spätestens in der zweiten Woche von der Rekrutenversammlung per Akklamation einen Wahlvorstand wählen lassen. Spätestens zehn Tage danach muß in einer weiteren Versammlung die Wahl stattfinden. Ort und Zeit der Wahl muß zwei Tage nach der Wahl des Wahlvorstandes festgelegt werden. Darauf müßt ihr achten, damit sie nicht durch kurzfristiges Ansetzen die ihnen unangenehmen Kandidaten austricksen. Wählt nur Kandidaten, die das Maul aufmachen, eure Interessen vertreten und nicht als Spitzel vom Kompaniechef fungieren. Je unbeliebter sie beim Offizierspack sind, desto besser! Der Vertrauensmann kann einmal im Monat Rekrutenversammlungen einberufen (wichtig zwecks Besprechungen) und beim Kompaniechef Forderungen stellen. Die entsprechenden Vorschriften sind übrigens alle beim Spieß in der Schreibstube einsehbar. Der freut sich über jeden Besuch!

Wir gehen davon aus, daß die herrschenden Zustände in diesem Land hier (Kriegstreiberei, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Überwachungsstaat, Ausbeutung, Scheindemokratie) durch eine soziale Revolution geändert werden müssen. Auf sie kann man aber nicht warten, sondern muß was dafür tun. Und zwar schon jetzt, z. B. gegen die WAA in Wackersdorf, Atomanlagen, Kriegsvorbereitungen etc.

Friedensgestaltung

Schon jetzt sind Besetzungen, Blockaden, Streiks und weitere vielfältige Formen von Aktionen gegen Institutionen und Einrichtungen dieses Schweinesystems an der Tagesordnung. Die meisten werden sagen: das alles hat doch keinen Sinn. Doch wer nicht kämpft, hat jetzt schon verloren!

Also eignet euch Kenntnisse und Fertigkeiten bei der Bundeswehr an. Meldet euch zu Spezialausbildungen. Sammelt brauchbare Informationen. Seid Sand im Getriebe und wehrt euch täglich. Redet mit euren Kameraden. Macht ihnen klar, daß die Bundeswehr nicht nur für revanchistische Absichten da ist, sondern auch, um auf das eigene Volk zu schießen, Streiks zu zerschlagen. Verteilt Flugblätter, wie dieses. Vervielfältigt sie. Legt sie z. B. nachts in allen Stuben und Gebäuden aus. Macht selber welche. Bildet Soldatenzellen!

Darüber hinaus empfehlen wir, haltet Kontakt zu Kollegen und Freunden außerhalb. Macht alles, was beim Bund läuft, öffentlich. Das erschwert die Arbeit der Dunkelmänner. Alternative und linke Presse sind da nicht die schlechtesten Anlaufstellen. Ebenso wie revolutionäre Organisationen. Notfalls auch Gewerkschaften. Unterstützt Forderungen nach tariflichen Rechten für Soldaten, gegen Hungersold, Kasernierung und Grußpflicht. Es braucht euch nicht zu jucken, daß darunter vielleicht die Schlagkraft der Bundeswehr leiden könnte. Denn ihr seid ja weder freiwillig dabei, noch habt ihr ein Interesse für den Saftladen BRD einen Finger zu rühren!

Widerstand braucht Phantasie!. Macht kaputt, was euch kaputt macht!

HEER LUFTWAFFE MARINE

PART V



Autonome kapern Kriegs-schiff

Wir borgten uns ein Ruderboot, in dem wir unbemerkt zu sechst über den Kanal in das militärische Hafengelände eindrangen. An der Reeling des Achterdecks befestigten wir ein Transparent mit der Aufschrift: FRIEDEN STATT WAFFEN. Vier von uns schafften es ohne Schwierigkeiten bis zur Mastspitze hochzuklettern. Dort ketteten wir uns fest, um zu demonstrieren, daß der militärische Sicherheitsbereich so sicher ist wie der Frieden. Ein Ofizier des Schiffes meinte uns den Hintern mit Hilfe eines schnell installierten Wasserwerfers versohlen zu müssen. C-Rohr mit 12 bar Druck! Seine Kameraden waren etwas humaner. Sie fragten uns: "Wie seid ihr an Bord gekommen? Wie lange wollt ihr da oben sitzen bleiben? Kommt doch wieder runter!"

Bewußt hatten wir die Schlüssel der Vorhängeschlösser schon vorher ins Wasser geworfen. So beobachteten wir drei Stunden, bei Dosenbier und Zigaretten das kopflose und hektische Treiben von Schiffsbesatzung, Sicherheitsoffizieen, zivilem Wachpersonal, Feldjägern, politischer Polizei, Wasserschutzpolizei und Feuerwehr.

Parallel zu unserer Aktion hatten der DGB und die Friedensliste eine Kundgebung mit anschließender Podiumsdiskussion im Pumpwerk gemacht. Der Demozug (Krögelplatz, Pumpwerk) mußte über eine Brücke, die nah an dem von uns besetzten Schiff lag. Dort agitierten unsere Genossen mit Flugblättern und einem weiteren Transparent mit der Aufschrift: HANDELN STATT REDEN.

Die Demonstranten hatten so die Wahl zwischen der totredenden Friedensdiskussion von DGB/Friedensliste und den Gästen aus der DDR, Thema "Atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa" und unserer aktiven Friedensdemonstration. Ein Großteil der Menschen entschied sich, Solidarität am Haupttor der Marinekaserne zu zeigen. Dank der Verhandlungen am Tor gewährte man uns freien Abzug. Mit Information und Musik besorgte uns per Megaphon "Radio Anarchia" vom anderen Kanalufer aus.

Das Durchtrennen der Ketten wurde zum Problem, da in dem ganzen Militärbereich kein Bolzenschneider zu finden war, so sehr die uniformierten Sklaven des Imperialismus auch suchten. Erst ein städtisches Feuerwehrauto konnte mit Blaulicht ein solches Werkzeug bringen. Nach Feststellung der Personalien verließen wir das Kasernengelände und gingen mit den Demonstranten vom Haupttor zum Pumpwerk. Dort hatte man sich auf eine Konfrontation mit uns eingestellt. Bedingt durch das Konkurrenzverhalten von Friedensliste/DGB glaubte man, daß wir der Podiumsdiskussion geschadet hätten. Deshalb konnten sich die einzelnen Persönlichkeiten der FL/DGB nicht mit unserer Aktion solidarisieren.



Die Wilhelmshavener Zeitung, ein faschistisches Marine orientiertes Käseblatt, verschwieg unsere Aktion. Denn Verleger Bruns hatte ja für gute Marineberichterstattung das Bundesverdienstkreuz über die Admiralität erhalten. Am 5.9.87 ist er daran erstickt.

Dies ist eine Tagebuchaufzeichnung, von der wir wollen, daß sie so gedruckt wird. Entschuldigt, aber wir haben euer elitäres Geschwafel satt!

Wilhelmshavener Autonome W A U

Das BOOT

Am 11.1.88 stellte die Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel ein Bußgeldverfahren ein. Aber das macht ja nichts. Dabei ging es jedoch um Pläne für die U-Bootherstellung, welche HDW/IKL nach Südafrika verkauft hatte. Südafrika ist jedoch durch die UN mit einem Waffenembargo belegt worden. Aber das macht auch nichts. Schließlich stellte die OFD Kiel fest, daß mit jenen Plänen kein U-Boot konstruiert werden kann. Woher die OFD dies weiß? Natürlich von den HDW/IKL, also den Beschuldigten!

Weshalb die Faschisten in Südafrika für den Ramsch, also die Nicht-Herstellungspläne von U-Booten, 45 Millionen DM ausgaben, ist unbekannt. Nicht unbekannt dagegen ist, daß Bundesverschuldungsminister Stoltenberg Vorgesetzter der OFD ist, und ebenfalls Kontrolleur der HDW; die sind nämlich zu 75% im Besitz der BRD; das jedoch bedeutet absolut gar nichts.

Daß ein Vorgesetzter dabei von Entlassungen und Entehrung von Untergebenen spricht, ist wohl nicht unbekannt. Bei Stoltenberg und Co. trifft dies aber nicht zu. Die sind schließlich integere und seriöse Leute. Daß gewichtige Angeklagte mit Enthüllungen drohen, die Politiker betreffen könnten, kommt sicherlich auch schon vor, aber schließlich doch nur in Bananenrepubliken.

Zu Anfang der U-Boot-Affäre sagte ein Bonner Sprecher: "Ein solcher Export wäre eine klare Verletzung deutscher Gesetze und würde mit allen rechtlichen Mitteln aufgeklärt und verfolgt."
Welch ein Glück gibt es deutsche Gesetze!

Hegesias

CNT

Von einem erfolgreichen militanten Widerstand der ArbeiterInnen berichteten zwei Vertreter der spansichen anarchistischen Gewerkschaft CNT während einer Veranstaltung in Frankfurt. In diesem Lande gibt es zwar Rheinhausen und andere kapitalistische Schweinereien. Aber eine massenhafte Radikalisierung ist bisher nur ein Alptraum westdeutscher Staatsschützer. Oder?



Der Prolet als Autonomer?

Während der letzten Aktionstage der Rheinhausener Stahlarbeiter fiel der Satz: "Wenn wir richtig loslegen, dann sind die Jungs aus der Hafenstraße gegen uns kleine Buben." Wir haben es zur Kenntnis genommen. Aber so recht kann es sich keiner von uns vorstellen: Prollis, die sich mit "unseren Methoden" ihre Interessen wahren und verteidigen? Das kann doch nur der Wachtraum einiger Revolutionsromantiker sein!

Daß es das alles wirklich gibt, konnten wir auf der CNT-Veranstaltung am 03.02.88 im Uni-KOZ Frankfurt erfahren. Dort präsentierten zwei militante Aktivisten der CNT einen Bericht und Dias über einen mehrere Monate dauernden Streik in einer Werft in Puerto Real bei Cadiz. Ähnlich wie in Rheinhausen war auch hier die gesamte Infrastruktur einer Region bedroht. In dieser Situation gelang es den CNT-Leuten ausgehend von einer Basis von 20? Aktivisten innerhalb weniger Tage einen militanten Massenwiderstand zu organisieren, bei dem auch Widerstandsmittel wie Zwillen und Leuchtraketen eingesetzt wurden. Obwohl, wie auch bei uns, die rechte und sozialdemokratische Presse laut geiferte und der Zivilgouverneur (Innenminister) versuchte, die Streikenden als "Terroristen" zu diffamieren, gelang es nicht, trotz des massiven Einsatzes der als nicht zimperlich bekannten spanischen Bullen, den Widerstand zu brechen. Zuletzt konnten Entlassungen verhindert werden und, das ist ebenso wichtig, die Arbeitsbedingungen sogar noch verbessert werden.

Um es noch einmal klar zu sagen: "nicht das Verhandlungsgeschick eines Betriebsrates oder die Gnade eines Politikers (egal welcher Partei) haben hier die Lösung gebracht, sondern der militante Widerstand von Tausenden, die sich mit Steinen, Zwillen und auch mit 'heißeren Mitteln' gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen gewehrt haben. Ein Modell also für die zu erwartenden sozialen Unruhen, die sich im Zusammenhang mit dem Umbau des Kapitalismus für die 90er Jahre auch bei uns ankündigen?

Dazu müßte zunächst die Macht der Einheitsgewerkschaft gebrochen werden. Wenn dann die Lage sich weiter zuspitzt und das soziale Netz weiter beschnitten wird, dann könnte es doch noch auch hier andalusisch werden!"

Der Bericht der Spanier zeigt deutlich. Wenn der Streik zum militanten Massenwiderstand wird und der Widerstand zu einer sozialen Revolution, werden Alpträume westdeutscher Staatsschützer wahr. Und so wäre der Widerstand in der Hafenstraße wirklich ein kleines Flämmchen gegen das dann zu erwartende Feuer!

WRIGLEYS

Fortsetzung von Seite 14

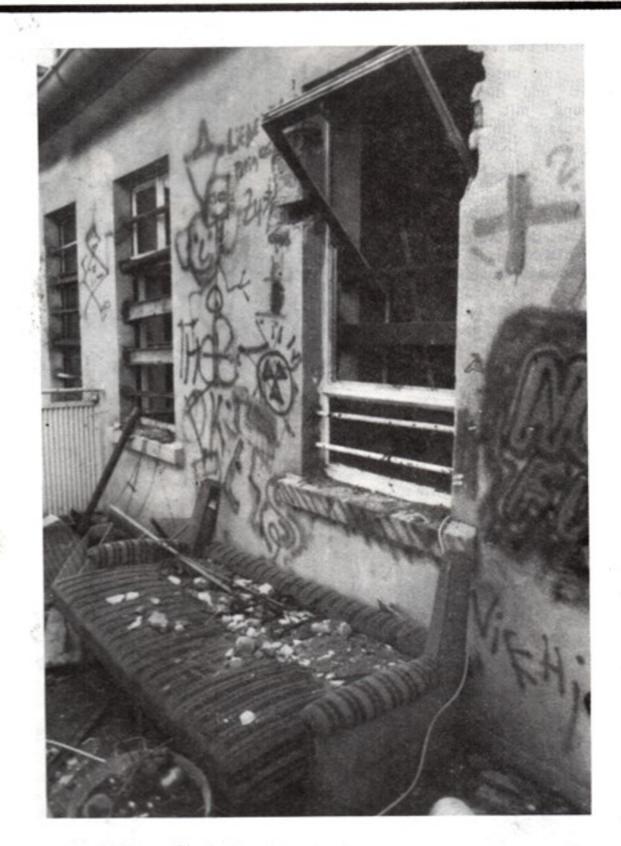
wertvolle dinge wurden mit äxten bearbeitet. während dieser zerstörungsorgie rief der sprecher des HLKA mehrfach über megaphon, daß wir uns das alles selbst zuzuschreiben hätten. wir hätten ja gleich öffnen können. nach einer personalienfeststellung, die von einigen anwesenden ohne ED-behandlung auf dem PP erzwungen wurde, verließen sie das haus. nicht ohne 150 solidarische menschen, die in dieser situation zu uns wollten, massiv daran zu hindern, so daß es zu einigen verletzungen kam.

es ist offensichtlich, daß der anlaß vom 2.11.87 an der startbahn-west benutzt wird, nach über 100 hausdurchsuchungen und vernehmungen im rhein-main-gebiet, um die startbahn-bewegung und alle ansätze von sozialer verteidigung aufzurollen und zu zerstören. bei uns wurde die fahndung nach frank h. benutzt, um die geplante räumung des hauses weiter voranzutreiben.

selbstbestimmte wohn- und arbeitskollektive sind dem staat ein dorn im auge, weil wir nicht nach dem kapitalistischen arbeitssystem verwertbar sind. uns ist ein schaden von über 30.000 dm entstanden. wir haben genug von ihrem terror!

zur information über die vorfälle machen wir einen stand am sa. den 13.2.88 um 10 uhr in rödelheim

wer uns unterstützen kann:
Stadtsparkasse Ffm
KtoNr. 110 030 343
Th. Schlegel
Kennwort: Solidarität mit der Au



Nach dem Bullenüberfall in der Au

LESERBRIEF

1988 ein neuer Kampfzyklus?
Ein paar Gedanken zusätzlich.

Wie lassen sich die Pistolen-Schüsse in Frankfurt einschätzen? Und wie geht es weiter? In der Balance zwischen Links-Reformismus der Linken und andererseits die Hoffnung von uns AnarchistInnen und Autonomen neben den Anti-Imps usw. auf dem Weg zur sozialen Revolution. So bleibt trotz aller Unterschiede eins sicher, der "berüchtigte Klassenkampf" geht weiter und mit ihm die Polarisierung, die allerdings die Mehrheit der Linken gerne wegsteckt. Nach dem Motto: was nicht sein darf, nicht sein kann. Doch es wird auch ihnen nichts nützen. Immer mehr Arbeitslose und damit Nichtintegrierte des ehemaligen Wohlfahrtstaates stehen vor dem Dilema: was nun? So steigen ungewollt auch die neofaschistischen Tendenzen verbunden mit einer "Asylanten-Flut-Debatte" am Biertisch oder Kneipe. Der Schoß ist fruchtbar noch, nach Brechts Auffassung u. a.
Klassenkampf, ein Delikt der zwanziger Jahre, in dieser Hinsicht tatsächlich die "goldenen", wenn mensch bedenkt die vielen roten Sportvereine und sonstige. Mit 1968 nochmal zum Leben erweckt, wenn eher künstlich mit all ihren "Vorhuten" der Parteien der Arbeiterklasse(n).
Und siehe da, es regt sich was. So stehen Stahlarbeiter ordentlich noch Blockade und mit der Polizei ausgemacht. Und selbst das Schild "Aufruhr" mit Schablonenschrift dekoriert, als wäre die alte Tante SPD ein klein wenig dem Klassenkampf aufgesessen. So blockieren die kleinen Bauern irgendwelche Grenzübergänge und als Puppe wird ihr Vorsitzender verbrannt. Wann gab es das schon. Hier, so meine ich, tun sich "Arbeitsfelder" auf. Neben Hafenstraße und Kreuzberg liegt unsere Schwierigkeit darin, hier Anklang zu finden. Das heißt, im Ruhrgebiet machen sich schon Anarcho/a-GenossInnen auf (Glück auf), die Ideen des Anarcho-Syndikalismus an den Mann und die Frau zu bringen. Etwas schwieriger gestaltet sich die "Bauern-Fängerei". Hier liegt noch vieles in den Anfängen. Doch wer weiß, vielleicht gibt es auch hier bald die in den zwanziger Jahren so bekannten Land-Agitationen. Wobei vor Hundebissen gewarnt wird. Denn nicht jeder Bauer wird uns unsere Überlegungen abnehmen wollen. Doch versuchen sollten wir es schon. Zumindest eine nicht unmögliche Haltung. Als wäre der Anarchismus nur für die Großstädter gepachtet. Denn wie sollen wir Leute erreichen, wenn wir ihnen nicht mal die Gelegenheit geben, sich mit unseren Ideen zu befassen. Der Umkehr-Schluß: Wir warten, bis die dann zu uns kommen, läßt uns tatsächlich schwarz werden. Oder wieviel Chemie muß den Rhein noch runter fließen? Eventuell liegt hier die Militanz darin, dies zumindest zu wagen, mal sehen was dabei raus kommt (und wenn's sein soll mit'm Seppl-Hut in Bayern). Wäre es so abwegig - wenn die Möglichkeit besteht - in ländlicher Provinz eine Bakunin-Hütte zu errichten? In den zwanziger Jahren gab es diese da und dort, nur leider zu wenige. Reißen wir unsere Vorbehalte ab. Denn die Bauern sind nur so dumm, wie wir es selber sind, wenn wir es nicht auf die Reihe kriegen, uns damit zu befassen. Zumal ein Sprichwort doch besagt: Aller Anfang ist schwer. Oder Klassenkampf auf andere Weise. Verhindern wir damit die Paralysierung (Lähmung) einer Gesellschaftsschicht und stechen wir hinein in die CDU-Hochburgen, bevor morgen die Faschos wieder absahnen. Dies ist nur ein Vorschlag, diese Provinz-Politik nicht ganz zu vergessen, auch wenn's schwer fällt.
Vielleicht gäbe es auch die Möglichkeit, föderative Anarcho-Sportvereine oder was immer zu gründen ohne irgendwelche Kommerz-Scheiße im Hintergrund. Selbst was Kultur-Sachen betrifft ist noch viel Dunkel bei uns. Wo sind die Anarcho/a-Bands. Meinetwegen bis zum Zitter-Clubverein in Hinterdupfing (wo droben auf der Alm die schwarze Fahne weht). Sicher etwas Spass doch die Realisierung so mancher Ideen bedürften doch einer "geistigen Anstrengung", dies in Richtung konstruktiver Anarchismus überzuleiten oder gar überhaupt einzuleiten.

Warum also die Aura der AnarchistInnen nur in den Zentren (libertären) begründen. Erobern wir Freiräume, ohne damit falsch verstanden "zurück zur Natur) zu wollen, was so manche Alternativ-Bauernhöfe wohl gestalten und dabei vergessen, daß hinter'm Hof die Politik weiter geht. Zeigen wir den Kleinbauern ihre Perspektivlosigkeit mit der Landwirtschaftspolitik der CDU, wie gleichfalls den Berg- und Stahlarbeitern das gleiche mit der SPD.



Versuchen wir aber auch, unter uns Zwistigkeiten - soweit möglich - abzubauen, wenn nicht eine klaffende Spaltung zwischen Militanz und Gewaltfreiheit unser Vorgehen erschwert. Wobei die einen auf die anderen zeigen, in der Hoffnung ihre Politik sei die einzig wahre, wobei natürlich Unterschiede weder abgewischt noch übergangen werden sollen. So soll sicher der oder die Gewaltfreie angesprochen werden, ob er den UnternehmerInnen die Füße küsst, damit diese freiwillig ihre Fabriken den ArbeiterInnen schenken. Genauso aber umgedreht, ob unser Weg mit Leichen gepflastert sein soll. Gut, Übertreibungen doch so daneben? Stolpern wir nicht über hausgemacht Hürden, wobei natürlich hinterher jede/r weiß, woran's gelegen hat. Das bezieht sich vom Anarcho-Punk bis zum alten Anarcho-Kämpfer, der mit Anzug und schwarzer Krawatte seine Kreise zieht. In der Hinsicht bleiben und werden wir alle Chaoten für diesen Staat - Feuer und Flamme trotz all dem Auf und Ab unserer Bewegung. Die Kampfzyklen haben ihre Eigenartigkeiten voller Anachronismen (Zeitwidrigkeit-Irrtum). Heraus aus den Inseln und hinein ins Vergnügen.

Andere kennenlernen, deren Ansichten oft unseren diamentral (ganz entgegengesetzt) stehen, ob das Bauern oder die Malocher im Hamburger Hafen, die Berg- und Stahlarbeiter im Ruhrgebiet oder anderswo sind. Vor allem was zur Zeit in gemäßigter Aufruhr-Stimmung zum Aufbruch unserer Idee anbelangt, die Vergesellschaftung der Stahlindustrie zum Beispiel, wo ohne weiteres die ehemaligen spanischen Erfahrungen mit neueren einbezogen werden können.



Dieser Kampf steht heute wieder an, neben dem der Frauen und der Ökologie, um einige zu benennen. So ließen sich ohne weiteres in manchen Stahlfabriken alternative Kraftwerke wie Wärmekraft-Kopplung oder Sonnen- und Windkraftwerke dezentral und natürlich keine superpotenten errichten. Arbeit für jede/n, der will, in Selbstverwaltung in der Auflösung soweit möglich (wenn ein militanter Verteidigungskampf dies hindert) von Hand- und Kopfarbeit, so wie eben in Spanien: einen Rat der Bergbau- und Schwerindustrie, mit einbezogen die Ökologie. Die Chancen wären nicht schlecht. Die weitere Verschärfung der Krise, denn es folgen unweigerlich weitere Betriebe; die Perspektivlosigkeit einer SPD, die zudem mehr Angst vor einer sozialen Revolution hat als dem weitere Zusammengehen mit Papa Staat und Unternehmern mit dem illusionären Luft-Schlößchen "demokratischer Sozialismus"; die Erfahrungen eines Faschismus, der zudem heutzutage die Atom- und Gen-Bombe in der Hand hat usw. Und auf der anderen Seite der reale Sozialismus, der nicht nur des Anti--Kommunismus wegen nicht die "Erleuchtung" sein kann, denn die Vorgeschichte eines Stalins zeigt umso mehr, wie weit ein Polizei-Staat roter Coleur die Stimmen der ArbeiterInnen und anderer erwürgen kann. So wie Gorbatschow nichts mehr anderes übrig bleibt, als die Mega-Maschine anzutreiben, so sollen die Betroffenen ihren Kummer nicht allein im Wodka ertränken. Eher scheint es, als wäre der Kommunismus weltweit auf Spuren einer angepassten Mehrheit, die gut leben will. Die dritte Welt bleibt "außen vor".

Es wäre doch einmalig, einmal mehr die Chance zu nützen, neben dem Beispiel Hafenstrasse und einiger Alternativprojekte solch ein größeres Projekt einer Selbstverwaltung der ArbeiterInnen voran zu bringen, und sei es nur erstmal auf dem Papier mit konkreten Anweisungen, ohne Patentrezepte doch mit viel Elan. Zeigen wir den Menschen, es gibt eine Alternative zum Kapitalismus und realem Sonstwiewas. Zumal hier uns die Deterä-Militanten (?, d.T.) und Oppositionellen näher kommen (siehe 17.1.88 Rosa-Luxemburg-Demo). Ihnen liegt ebensowenig am Kapitalismus aber umso mehr am freiheitlichen Sozialismus, frei nach Rudolf Rocker: Entweder es gibt ihn oder es gibt ihn nicht. Gewisse Antworten sollten von uns schon folgen, vor allem mit Inhalt. Das heißt nicht, daß die Hafenstraße und Kreuzberg jetzt abgestempelt werden sollen, die es ja ermöglicht haben, Freiräume zu erkämpfen, um andere neu auszufechten. So hatten ja schon 1919 Stahlarbeiter im Ruhrgebiet den Sechs-Stunden-Tag ohne Bonzen und Antreiber sich selbst angeeignet.

So zu Schluß unsere italienischen Genossen von der Gruppi Anarchici Federati:

Die größtmögliche qualitative und quantitative Entfaltung der anarchistischen Bewegung
Die organisierte libertäre Präsenz im sozialen Konflikt
Die größtmögliche Verbreitung eines kritischen Bewußtseins
In diesem Sinne:
Alle Energie in die Anarchie
Freiheit und Glück

Ein Anti-Berliner

VIDEOS

DIE NEUE KUNST DES STRAFENS

23 min., u-matic, 1987

In den Augen des Gesetzes mag die Haft bloße Freiheitsberaubung sein. Tatsächlich enthielt sie immer ein technisches Projekt. Der Übergang von den Martern mit ihren aufsehenerregenden Ritualen und ihrer reichen Kunst der Schmerzzeremonie zu den Gefängnisstrafen, die hinter massiver Architektur vergraben und durch das Geheimnis der Administration behütet sind, ist nicht der Übergang zu einem undifferenzierten, abstrakten und formlosen Strafsystem. Vielmehr der Übergang von einer Bestrafungskunst zu einer anderen, die nicht weniger gelehrt ist.
(Michael Foucault, Überwachen und Strafen)

Im Frühjahr 87 ging vor dem Landgericht Stuttgart ein Prozeß zu Ende, in dessen Verlauf der Angeklagte sowie Zeugen der Verteidigung von Zwangsbehandlungen mit Psychopharmaka in den Vollzugsanstalten berichteten. Sie bezeugten, daß diese Medikamente nicht nur auf Grund medizinischer Indikationen verabreicht wurden, sondern der "Ruhigstellung von renitenten und querulatorischen Vollzugsstörern" dienten. Im Film erzählen der Angeklagte und einige Zeugen über ihre Erfahrungen mit "Betonspritzen", Beruhigungszellen und der Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka als Disziplinierungsmittel in den Knästen. Wir sprachen mit:
Horst Kreuz, 32 Jahre Haft wg. wiederholtem Diebstahl und Betrugsdelikten, zwangsbehandelt mit Neuroleptika, z.Z. in Sicherheitsverwahrung.
Bernd Anonym, 6 Jahre Haft wg. Betrug und Drogenmißbrauch, zwangsbehandelt mit Neuroleptika, z.Z. draußen.
Roland Mehrbrei, 12 Jahre Haft wg. Raubüberfall und Herstellung von Falschgeld, zwangsbehandelt mit Neuroleptika, z.Z. draußen.
Der Anstaltsarzt der JVA Straubing, Dr. G. Last, schrieb in der Fachzeitschrift "Therapie der Gegenwart" Nr. 113:
"Heilen statt Strafen" ist ein gutes Schlagwort. Es setzt aber voraus, daß der Delinquent bereit ist, sein eigenes Fehlverhalten zu erkennen. Eine derartige Selbsterkenntnis ist in Strafanstalten nicht allzu häufig und oft nur durch die Anwendung von Psychopharmaka zu erreichen...
Die Wirkungsdauer einer einmaligen Dapotum-D-Injektion wird von verschiedenen Autoren übereinstimmend mit drei Wochen angegeben. Die eigenen Erfahrungen mit Dapotum-D beruhen auf der Behandlung von 193 Patienten im Alter von 23 bis 73 Jahren. Danach ordneten sich 60% der so behandelten Strafgefangen über ein halbes Jahr, teilweise sogar länger, besser in die Gegebenheiten einer Justizvollzugsanstalt ein."

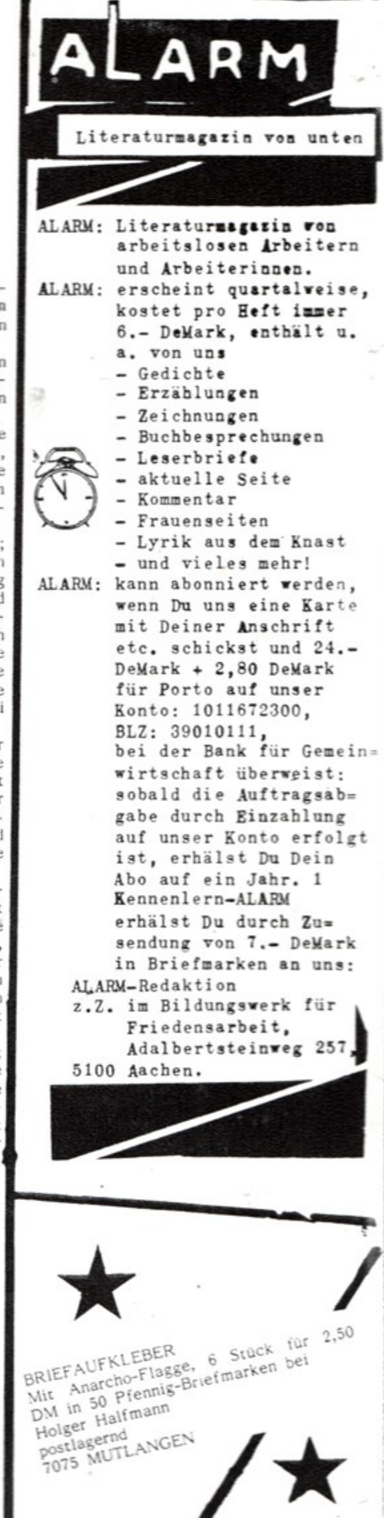
der Medienwerkstatt Freiburg
Konradstr. 20
7800 Freiburg
Tel. 0761/709757
(Verleih und Vertrieb)

Projekt Arthur
DIE GEWALTFRAGE - 1968

72 min., u-matic, 1987

Ende der 60er Jahre; die Nachkriegsgeneration war angetreten sich von dem Nazierbe zu befreien, ein Schatten von Revolution liegt über dem Land.
Doch es ist der Schatten der Revolution einer anderen - der hungernden ausgeplünderten und von Bomben zerfetzten Dritten Welt.
Und wenn es ein Wort gibt, das alle Diskussionen in dieser Zeit sich vereint, so ist dies: 'Vietnam'. Alles politische Handeln hier steht und fällt jetzt im Kontext der internationalen revolutionären Bewegungen.
Dann der Tod von Benno Ohnesorg; der Staat hatte gezeigt, zu welchen Mitteln er greift, wenn eine Bewegung auf ihr Recht, das Recht auf Widerstnd pocht. "...bisher haben wir da die richtige Antwort nicht gefunden, wir dürfen aber von vornherein nicht auf eigene Gewalt verzichten, denn das würde nur ein Freibrief für die organisierte Gewalt des Systems bedeuten." (Rudi Dutschke, Filmzitat)
Eine ganze Bewegung steht vor der Frage der nächsten notwendigen Schritte gegen die Gegenwart der Vergangenheit und im Bündnis mit dem System war eine wirkliche Demokratie in der Bundesrepublik nicht denkbar. Und während die einen noch diskutieren haben andere die Frage längst praktisch entschieden.
Sie nannten sich 'Haschrebellen', 'Tupamaros Westberlin' und hatten weit entfernt von den Universitäten eine eigene politische Kultur entwickelt, wo einfach klar war, "daß, wenn wir das mit der Solidarität mit der Dritten Welt wirklich ernst meinen, dann müssen wir den Feind hier bekämpfen." (Norbert Kröcher, Filmzitat)
In Gesprächen mit Zeugen dieser Zeit zieht der Film einen Bogen über die Auseinandersetzungen in der Frage der Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele, der Frage von Gewalt und Gegengewalt - ein Fragment dieser Zeit, für die Diskussion heute.

Weitere Videofilme der Medienwerkstatt zu autonomen Kämpfen:
- "9 Tage auf den Barrikaden" - Häuserkampf in Dänemark
- "Kraak de Leegstand" - Kraakerbewegung in Amsterdam
- "Martxa eta Borroka" - Kampf der Basken um Autonomie
- "Plastic Bullets" - Aufstandsbekämpfung in Irland
- "Cuentame de Esteli" - Nicaragua
- ab März - "Schatila" - Lagerkrieg in Beirut



BGH
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe



6000 Frankfurt/M. 1
Kriegkstraße 38

B e s c h l u ß

gegen den Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 8.1.88

wegen der zur Habe genommenen Exemplare des anarchistischen Magazins AKTION Nr. 32, 8/87 für Andreas Eichler, Reiner Hübner und Andreas Semisch

Die AKTIONen sind den o.g. in U-Haft gehaltenen Sartbahngegnern unverzüglich auszuhändigen. Eine Zur-Habe-Nahme ist unzulässig, da auf Seite zwei der betreffenden AKTIONen ein Eigentumsvorbehalt ausdrücklich erklärt wird, so daß diese unter genauer Angabe von Gründen zurückgesendet werden müssen.
Die Begründung des BGH für die Nicht-Weiterleitung ist äußerst oberflächlich. Es werden ein paar Seitenzahlen aufgeführt, in denen angeblich "der gewalttätigen Bekämpfung des Staates und seiner Organe das Wort geredet wird" bzw. "Polizeibeamte beleidigt und diffamiert werden". Dies wurde in keinem einzigen Fall verdeutlicht.
Der Pauschalwurf, daß durch die Zeitung die Gefangenen in ihrer "staatsfeindlichen Gesinnung" bestärkt werden und "zu Widersetzlichkeiten" aufgereizt werden, kann nicht akzeptiert werden.
Außerdem wird das im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbriefte Recht auf freie Meinungsäußerung direkt unterminiert. Ebenso die Unantastbarkeit der Würde der Gefangenen, indem ihnen u.a. das Recht auf freie Information vorenthalten wird. So ist und bleibt das Grundgesetz ,was es ist: Makulatur.

Die Zensur ist aufzuheben und freie Information für <u>alle</u> Gefangenen ist zu gewährleisten!

Frankfurt, den 27.1.88
Das Redaktionskollektiv der AKTION

Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes

1 BJs 280/87
I BGs 13/88

7500 Karlsruhe 1, den 8. Januar 1988
Herrenstraße 45 a
Postfach 1661
Fernsprecher (0721) 159-0
Durchwahl 159- ________

B e s c h l u ß

in dem Ermittlungsverfahren

gegen

Andreas E i c h l e r u.a.

wegen Mordes u.a.

wird auf Antrag des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof
die Druckschrift "Aktion,Anarchistisches Magazin" Nr. 32/8 - 1987
von der Weiterbeförderung an den Beschuldigten ausgeschlossen; sie ist
zur Habe des vorgesehenen Empfängers zu nehmen.

G r ü n d e :

Das anarchistische Magazin "AKTION" Nr. 32/8-1987 enthält durchgängig eine Vielzahl von Beiträgen, in denen der gewalttätigen Bekämpfung des Staates und seiner Organe das Wort geredet wird (vgl. z.B. S. 4-6,10-12, 20,22, 26-27,48) bzw. Polizeibeamte beleidigt und diffamiert werden (vgl. z.B. S. 8, 18,28-30,32-33,42).

Eine Aushändigung der Zeitung an den Beschuldigten wäre daher geeignet,diesen in seiner staatsfeindlichen Gesinnung zu bestärken und ihn zu Widersetzlichkeiten aufzureizen, die die Sicherheit und Ordnung in der Haftanstalt und einzelne Bedienstete gefährden könnten.

Die Fülle der im einzelnen zu beanstandenden Beiträge läßt deren Abtrennung von der Broschüre ohne deren vollständige Zerstörung nicht zu, so daß diese insgesamt von der Aushändigung auszuschließen ist.

BUNDESGERICHTSHOF 80

(Dr. Rinne)
Richter am Bundesgerichtshof

Ausgefertigt

Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Bundesgerichtshofs